

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Als Titel für unseren heutigen Bergedorfer Gesprächskreis haben wir absichtlich ein Schlagwort gewählt, das in manchen Farben schillert. Wir taten dies nicht, um uns interessant zu machen, sondern weil sich in dieser tautologischen Formel "Demokratisierung der Demokratie" Zweifel an der Demokratie verbergen; Zweifel allerdings, die von dem Willen zur Reform oder zur Weiterentwicklung der Demokratie getragen werden.

Wohin soll der Weg gehen? Diese Frage wird uns heute beschäftigen. Mir geht es nicht um eine Definition, nicht um einen verwissenschaftlichten Begriff - ich möchte meinen, daß auch Sie sich diese rein begriffliche Arbeit ersparen werden. Mich interessieren besonders diejenigen Fragen, die sich auf die Grundform unserer demokratischen Praxis beziehen: Meint Demokratie nur Herrschaftsordnung im Sinne einer Institutionalisierung der politischen Entscheidungsprozesse, oder konkretisiert sie sich zugleich in einer bestimmten Lebensform der Gesellschaft? Diese Frage scheint mir insofern bedeutsam zu sein, als ich gerade in der Tendenz zur Ausweitung des Demokratie-Begriffs auf die Bereiche der Gesellschaft die entscheidende Problematik unseres heutigen Gesprächs sehe.

Demokratisierung wurde vor einigen Jahren noch neomarxistisch - als Sozialisierung der Wirtschaft, als Überführung der Produktion in Gemeineigentum ausgelegt. Es könnte darüber hinaus eine revolutionäre Parole mit Richtung auf die Diktatur des Proletariats sein. Demokratisierung ist aber auch ein Stichwort für die Reform der Demokratie, für einen Abbau veralteter, nicht mehr zu rechtfertigender hierarchischer Strukturen der Gesellschaft und des Staates. Solche Formeln klingen in der Theorie allerdings manchmal klarer, als sie es in der Praxis sind.

Nun können wir feststellen, daß zwischen dem Staat und seiner Repräsentation, seinen Herrschaftsinstitutionen, die sich verselbständigen und die auch Autonomie haben müssen, daß zwischen dieser Hierarchie der staatlichen Ordnung also und der demokratischen Idee eine latente Spannung besteht. Diese Spannung ist trotz der demokratischen Prinzipien unserer Staatsordnung und trotz der auf den ersten Blick - im Vergleich zu anderen Staaten unseres Kontinents - bestechenden Stabilität unserer parlamentarischen Demokratie unvermeidlich.

Der moderne Verwaltungsstaat ist eine Großorganisation, umgeben von den Großorganisationen der Gesellschaft. Sie alle arbeiten mit bürokratischen Methoden. In der Tat hat sich neben dem demokratisch-repräsentativen Organ des Staates so etwas wie eine bürokratische Demokratie entwickelt, die ihr Eigenleben führt und das Schwergewicht der Staatsmacht auf ihre Seite zu verlagern droht.

Das ist die eine Seite des Problems. Die andere läßt sich leicht entdecken, wenn man nach Osteuropa blickt. Dort läßt sich unsere tautologische Formel sogar verdreifachen, wenn man von einer Demokratisierung der Volksdemokratie spricht. Das würde dann Liberalisierung bedeuten, und zwar keineswegs nur der Wirtschaft, auch nicht nur Konsumfreiheit, sondern vor allem mehr Recht auf Teilnahme an der politischen Willensbildung, auf Freiheit in kultureller Hinsicht und anderes mehr.

Doch dieses Problem eines östlichen Demokratieverständnisses steht heute abend nicht zur Debatte. Für uns, das heißt für den Westen, geht es bei der Frage der Demokratisierung generell um mehr Möglichkeit und um mehr Recht zur Teilnahme. Auch Mitbestimmung meint solche Teilnahme, wie man im einzelnen zu den gewerkschaftlichen Forderungen auch stehen mag. Worauf zielt diese Forderung nach mehr Teilnahme? Handelt es sich vor allem um ein Recht, das vorzüglich und zuerst eine Organisation der Bürger verlangt und deshalb primär den Interessenverbänden zusteht? Oder geht es um die Teilnahme des einzelnen? Unvermeidlich ist wohl beides gemeint, obwohl dies gewiß ein sehr schwieriges Problem ist.

Wo findet diese Teilnahme an der politischen Willensbildung statt? Sicherlich überall dort, wo die Interessen des Bürgers auf dem Spiel stehen, in erster Linie in der Gemeinde, in der Region.

In unserem kleinen Kreis hier ist Teilnahme kein Problem. Es gibt keine Repräsentation, keine Organisation und keine Bürokratie. Für die Verkehrsregelung wird Herr von Bismarck sorgen. Das

erste und das letzte Wort sowie die Last des Vertrages jedoch hat Herr Rován, dem ich herzlich für seine Bereitschaft danke, sich dieser Mühe zu unterziehen.

Rovan

Ich hatte schon vor vier Jahren Gelegenheit, über ein ähnliches Thema im Bergedorfer Kreis zu referieren. Damals haben wir mit Herrn Altmann über Veränderungen diskutiert, die in die Maschinerie des demokratischen Staatswesens eingeführt werden sollten. Ich halte es für sehr nützlich festzustellen, wie man sich im Laufe von vier Jahren in den Problematiken und den Lösungsvorstellungen von seinen eigenen Positionen entfernt hat, beziehungsweise wie notwendig es ist, neue Positionen zu beziehen.

Ich nehme an, daß wohl niemand unter uns die Absicht haben wird, hier den Begriff Demokratie wissenschaftlich zu definieren. Mir als Vortragendem scheint es jedoch nötig zu sein, nun zwar keine Definition, wohl aber eine Konfession vorzulegen und zu bekennen, was ich bei meinen Ausführungen unter Demokratie verstehe. Ich werde also davon reden, welche Ordnung der gesellschaftlichen und insbesondere der politischen Verhältnisse den einzelnen und den Gruppen auf allen Lebensgebieten eine aktive Mitwirkung an der Vorbereitung, Fassung und Ausführung von Entscheidungen gewährleistet beziehungsweise fördert.

Diese Definition oder Arbeitshypothese setzt unter anderem voraus, daß ich Demokratie als wünschenswert und als möglich ansehe. Dabei ist Demokratie nicht ein für allemal gegeben, sondern sie verwirklicht sich in der Geschichte, das heißt, sie entwickelt sich in verschiedenen Gesellschaften und zu verschiedenen Zeiten graduell in verschiedenen Formen - schnell oder langsam, rabiät oder ruhig. Es gibt die unterschiedlichsten Wege, das, was sich als Demokratie seit langer Zeit in unseren Gesellschaften entwickelt, zu fördern und weiterzuentwickeln. Wir werden uns in unserem Gespräch immer in einer gewissen Spannung befinden, wenn wir von der heutigen und der morgigen Demokratie reden, oder wenn wir ständig auf die gestrige Demokratie Bezug nehmen müssen.

In dem erwähnten Bergedorfer Gespräch vor vier Jahren hatte ich acht Thesen aufgestellt. Dieses Mal habe ich mir zwanzig Fragen notiert. Der Übergang von der These zur Frage erschien mir angesichts der Problematiken der Demokratie, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, sinnvoll.

1. Meine erste Frage lautet: Wie kommen wir überhaupt zu der hier zu behandelnden Frage? Zunächst drückt sich darin die Spannung aus zwischen der Demokratie als Idee einerseits und der Feststellung, daß sie nicht voll verwirklicht worden ist, andererseits. Ist die Demokratie deshalb - wie Sartre es einmal gesagt hat - "un mythe régulateur", ein Regulativmythos, also etwas, das im Grunde gar nicht verwirklicht werden kann, sondern das als ein Leitbild zum Handeln vorschwebt? Ich meine, sie ist mehr als das; sie hat bereits ihre schrittweise Verwirklichung in der Geschichte erlebt, Gleichzeitig stellt sie sich aber als ein Gebäude dar, das im Stadium seiner gegenwärtigen Verwirklichung zahlreiche leere Räume enthält, so daß eines der Probleme, über das wir zu sprechen haben, darin besteht, wie diese Räume aufzufüllen sind. Der Rahmen ist durch die traditionelle politische Demokratie abgesteckt; die Frage ist, ob auch in anderen Lebensräumen als dem politischen Bereich - ob sie nun geographisch oder sachlich definiert sind - solche Auffüllungsprozesse möglich und nötig sind.

2. Eine zweite Begründung des Themas sehe ich darin, daß die Demokratie in Frage gestellt ist. Das ist keine Neuigkeit. Wenn ich die Dinge einmal provokatorisch vereinfache, dann behaupte ich, daß die Demokratie vor 1939 oder vor 1945 in einer leidenschaftlichen, expliziten und aggressiven Form bekämpft wurde. Seit 1945 wird sie in einer mehr impliziten, verächtlichen oder technokratischen Form in Frage gestellt, ohne daß man sie frontal angreift. Vielmehr führt man sie sozusagen ad absurdum und behandelt sie als ein nebensächliches Problem.

Die Berechtigung der Ausgangsfragestellung steht natürlich auch in einem engen Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über die verschiedenen miteinander rivalisierenden Formen von Demokratie. Dabei leitet sich die eine Form aus der Beobachtung der ständigen Weiterentwicklung der Demokratie in bestimmten aufeinanderfolgenden Phasen ab, während die andere die Demokratie sozusagen als die Lebensform einer endgültigen klassenlosen Gesellschaft ansieht und daher Demokratisierung als globale Veränderung der Gesellschaft im Namen eines historischen Auftrags durch damit beauftragte Minderheiten versteht.

3. Mit meiner dritten Frage möchte ich die historische Entwicklung aufgreifen. Die Demokratie war lange Zeit eine Honoratioren-Oligarchie, was sie zum Teil auch heute noch ist. Ihre politischen Lebensformen sind in sehr minoritären Gesellschaften entstanden, und zwar mit einem äußerst zensitären Stimmrecht. Von dem Zeitpunkt an, in dem das Stimmrecht verfassungs- und gesetzmäßig gegeben war, bis zu dem Moment, da der einzelne Stimmbürger tatsächlich seine Stimme abgibt und

bis zu einem gewissen Grade weiß, daß er damit eine Mitentscheidung hat, sind Jahrzehnte, wenn nicht ein Jahrhundert vergangen - soweit man überhaupt sagen kann, daß dieser Zustand heute bereits erreicht ist. Lange Zeit hindurch haben traditionelle Honoratioren die Vermittler gespielt, während im Laufe des 19. und in steigendem Maße im 20. Jahrhundert andere Typen von Vermittlern erschienen. Man könnte sie ebenfalls Honoratioren nennen, besser sollte man sie vielleicht als Notabein bezeichnen. Diese Notabein übernehmen zum Beispiel innerhalb der Arbeiterbewegung und auch in anderen Lebensbereichen die Stellen, die ehemals der Pfarrer, der Gutsbesitzer, später der Arzt, oder der Notar innehatten. Diese Vorgänge spielen sich bis in die jüngste Zeit hinein in einer Gesellschaft ab, die die Mehrheit der Bevölkerung - die Minderbesitzenden, die Minderwissenden und vor allem die Frauen - legal oder de facto ausschließt.

Bei dieser Frage kann man weiter darüber nachdenken, inwieweit diese Demokratie der Honoratioren-Oligarchie als Instrument eines demokratischen Fortschritts wirksam geworden ist. Sie hat immerhin im Laufe der Zeit zu einer stärkeren Verwirklichung des allgemeinen, geheimen und gleichen Stimmrechts beigetragen und das Frauenstimmrecht realisiert. Sie hat eine Ausweitung der Prärogativen von Volksvertretungen durchgesetzt und den Rechtsstaat gefestigt, und zwar durch das Auftreten von immer neuen Schichten von Mediatoren, Notabein und Honoratioren.

Für die Weiterentwicklung kommt aber noch mindestens drei Faktorenreihen eine erhebliche Bedeutung zu. Eine dieser Reihen nenne ich die technologische. Eine Demokratie des allgemeinen Stimmrechts war zum Beispiel im Römischen Reich des Trajan oder im Frankreich zur Zeit Ludwig XIV. weder verwaltungstechnologisch noch informations- und bildungstechnologisch denkbar. Ein allgemeines Stimmrecht ohne eine allgemein verwirklichte Schulbildung auf einem gewissen Niveau ist nicht vollziehbar.

Die zweite Faktorenreihe ist die ideologische; darin drückt sich die Überzeugung aus, daß Demokratie zu den Menschenrechten gehört. Diese Überzeugung hat Jahrhunderte hindurch die demokratischen Ideologien bewegt und sich als ein bedeutendes Element erwiesen.

Eine dritte Faktorenreihe besteht in folgendem: Von einem gewissen Zeitpunkt ab wurde von einer Mehrheit der sozialen Kräfte die Notwendigkeit erkannt, daß Interessen von Klassen und Gruppen vertreten werden müssen und daß diese Interessen widersprüchlich sein können. Das Zusammenspiel solcher Interessen kann man an vielen Beispielen zeigen. So wurden etwa in Frankreich die protestantischen Arbeitgeber des Elsaß früher Republikaner und Demokraten als die katholischen Arbeitgeber in Zentralfrankreich.

Eine Reihe weiterer Fragen in bezug auf die Problematik der Notabein, der Honoratioren, Mediatoren und Animatoren in der bisherigen Demokratie ergibt sich aus eben der Rolle, die sie darin spielen. Wie können sie selbst demokratisiert werden, wenn sie nun einmal da sind, wenn sie wichtig und unentbehrlich sind? Welche Kontrollmittel gibt es ihnen gegenüber? Wie werden sie rekrutiert, und auf welche Weise könnte man diese Rekrutierung regulieren? Welche Ausbildung haben sie genossen - angefangen von der privaten Schulung der Aristokraten des Ancien Régime bis hin zu der organisierten Ausbildung des Parteinachwuchses und der hohen Beamten in der Ecole Nationale d'Administration. Ist es denkbar, die Rolle der Mediatoren, Honoratioren und Notabein in der Demokratie aufzuheben und auf welche Weise? Ist es richtig, daß alle derartigen Bemühungen an anthropologischen und soziologischen Gegebenheiten scheitern? Erscheinen also diese Minderheiten nach einer oder zwei Generationen wieder, selbst wenn man alles daran setzt, ihre Wiedergeburt zu verhindern? Kann die Idee von antiautoritären Autoritäten verwirklicht werden? Inwieweit sind Entscheidungsautoritäten in jedem demokratischen System notwendig? Alle diese Fragen könnte man aus meiner dritten Fragestellung erörtern.

4. Stimmt es, daß wir uns in einem Prozeß der Publizisierung neuer Lebensräume befinden? Ich verwende das Wort Publizisierung, um nicht Politisierung zu sagen. Immer mehr Lebensräume, die es früher nicht gab oder die öffentlichen Entscheidungen nicht ausgesetzt waren, werden nicht nur zum Schauplatz solcher Entscheidungen, sondern diese werden geradezu als lebensnotwendig gefordert. Ein Beispiel dafür ist der Wohnungsbau. Niemand hätte vor zweihundert Jahren auf diesem Gebiet öffentliche Entscheidungen für notwendig gehalten. Heute kann es sich keine Regierung - ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene - mehr leisten, nicht in irgendeiner Form auf diesem Sektor zu intervenieren. Es sind Gebiete, die sich gleichzeitig verdinglichen und publizisieren.

Ein anderes Beispiel dafür sind die Familien. Wer hätte noch vor wenigen Jahrzehnten über eine Demokratisierung der Familienstruktur sprechen können? Ohne Zweifel sind die innerfamiliären Beziehungen heute ein Raum, in dem sich eine demokratisierende Entwicklung abzeichnet. So fordert die Familienpolitik ein immer stärkeres Eingreifen der Öffentlichkeit auch auf diesem Gebiet. Ob es also um Wohnung, Freizeitgestaltung, Betriebsordnung, Umweltordnung, Familie oder Bildung geht,

ob es sich um die Mitwirkung an Gaswerken, Kirchen oder anderen Institutionen handelt: in allen diesen Bereichen geht es heute darum, inwieweit Möglichkeiten zur Mitwirkung bestehen und sich der Anspruch darauf realisieren läßt.

5. Welche Stellung haben heute die Verbände und Gruppen im Rahmen der Entwicklung der Demokratie? Welche Veränderungen zeigen sich dabei, welche werden hier und da gefordert? In den letzten Jahrzehnten ist man sich immer bewußter geworden, welche Bedeutung dem Eingreifen von Gruppen in die Entscheidungsprozesse auf den drei Stufen der Vorbereitung, Fassung und Ausführung zukommt. Die Gruppierungen sind in die politischen Strukturen einbezogen, ohne jedoch eigentliche politische Strukturen zu sein. Im allgemeinen haben sie nicht einmal den Grad formaler Demokratie, der den Parlamenten oder anderen Typen von Volksvertretungen eigen ist. Daher versucht man immer wieder, ihre Existenz auf irgendeine Weise verfassungsmäßig oder legal zu institutionalisieren. Da diese Institutionen erstens notwendig und zweitens gefährlich sind, ist zu fragen, ob es einen Weg gibt, gleichzeitig ihre Notwendigkeit zu bejahen und ihre Gefährlichkeit zu neutralisieren. Das hat auch einen direkten Bezug zu ihrer internen Struktur. Wenn sie weniger formaldemokratisch sind als die formalen parlamentarischen oder paraparlamentarischen Institutionen, dann sind sie auch weniger überschaubar. Der Anspruch auf ein Minimum von formaler Demokratie in ihnen setzt sich viel schwerer durch. Es ist eine der zentralen Fragen, wie man den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden, den Kirchen und anderen Institutionen intern ein stärkeres demokratisches Leben entsprechend meiner einleitenden Definition verleihen könnte.

Abschließend ist zu den Verbänden und Gruppen noch folgendes festzustellen: Einerseits geht es um Mitwirkung in überschaubaren Räumen, die das tägliche Leben in den verschiedenen Bereichen betreffen - in dieser Hinsicht gibt es immer mehr Verbände, Gruppen und Vereine. Damit wird aber andererseits ihre Existenz immer notwendiger, um die Entscheidungsprozesse vollziehen zu können. Jedenfalls stehen und fallen die Verbände mit den vorhin beschworenen Honoratioren und militanten Aktivisten. Die Spannung zwischen der Selbstbeauftragung der militance auf der einen und der internen legalen und formellen Demokratie auf der anderen Seite zeigt sich hier vielleicht noch deutlicher als in den traditionellen politischen Organisationen.

6. Welche Bedeutung haben die Phänomene, die mit den Schlagworten Dezentralisierung und Supranationalität zu bezeichnen sind, für eine Weiterentwicklung der Demokratie? Trifft es zu, daß in den geographisch der nationalen Ebene untergeordneten Bereichen ein gewisser Anspruch auf Vitalisierung der Institutionen der politischen Selbstverwaltung angemeldet und das Bedürfnis nach Mitwirkung und Mitentscheidung in diesem Rahmen stärker wird? In Frankreich lassen sich derartige Wünsche und ihre Mobilisierung ohne Zweifel feststellen. Hängt das mit der überalterten zentralisierten Struktur des französischen Staates zusammen, oder ist es ein allgemeines Problem?

Dabei besteht dann die Illusion, daß es eine normale Entwicklung gäbe, die von der Mitentscheidung in kleinsten bis zur Mitwirkung in immer größeren Räumen führt und sich die Demokratie etappenweise von der Nachbarschaft über die Gemeinde, die Region oder Provinz, über den Nationalstaat bis hin zu einem übernationalen Europa von selbst verwirklichen werde, indem der jeweilige Kreis die Selektion für den nächsthöheren ausübt. Hier besteht eine Spannung zwischen den Aufgaben und Problematiken der einzelnen Kreise, die ein solches automatisches Übertragen keineswegs als förderlich erscheinen läßt. Die Gemeinde als Schule der Demokratie ist zumindest würdig, befragt zu werden. Welche realen Machtbefugnisse haben die Strukturen, und welche können sie besitzen? Einer der Gründe zur Demobilisierung der Demokratie ist die Enttäuschung über die realen Begrenzungen der Machtbefugnisse der geographisch nachgeordneten Bezirke. Aber auch hier ist festzustellen, daß die reine, formale politische Demokratie, die sich in der Wahl von beigeordneten Gemeinderäten und Bürgermeistern vollzieht, immer stärker durch freiwillige, sich selbst aktivierende Einwohnergruppen ergänzt wird.

Betrachten wir das andere Extrem, so ist die Abgabe von Kompetenzen von der nationalen an eine höhere internationale Ebene ohne Zweifel problematisch, weil sie die Übersichtlichkeit, die Möglichkeiten der Kontrolle und der Mitwirkung noch weiter von den Bürgern und ihren Gruppen entfernt. Es ist schon fraglich, ob ein Abgeordneter, der hunderttausend Wähler vertritt, tatsächlich noch ein Vertreter dieser Wähler ist. Wie sieht es aber aus, wenn ein solcher Abgeordneter eine Million Wähler vertritt? Alle Probleme, die wir in bezug auf den nationalen Rahmen erwähnt haben, werden sich im Hinblick auf eine Demokratie in größeren geographischen Bereichen in noch viel stärkerem Ausmaß zeigen.

7. Gibt es heute mehr Möglichkeiten einer direkten Demokratie, und welche Folgen erwachsen daraus? Als die Älteren unter uns Staatsrecht studierten, war die direkte Demokratie auf die schweizerischen Landgemeinden beschränkt. Inzwischen wählt man den Präsidenten der

französischen Republik direkt. Hier scheinen sich also Möglichkeiten einer direkten Mitbeteiligung anzubieten. Sind diese Möglichkeiten real, oder handelt es sich um Illusionen? Welche neuen Möglichkeiten des Volksentscheids bieten uns die technologischen Entwicklungen? Zweifellos sind Volksbefragungen heute technologisch erleichtert worden. Wird es dadurch mehr direkte Demokratie geben, und empfindet man es auch als eine solche? Besteht die Problematik dann nicht in der Definition der Fragen, wird also die Formulierung der an das Volk zu stellenden Fragen zu einer der wichtigsten politischen Formen der Machtausübung? Zu den neuen technologischen Möglichkeiten gehört zum Beispiel auch die Organisation einer augenblicklichen Volksbefragung durch das Fernsehen, indem man die Fernsehzuschauer bei einer bestimmten Sendung in der Form mitentscheiden läßt, daß man sie auffordert, eine Lampe mehr in der Wohnung einzuschalten. Das ist zwar noch folkloristisch, weist aber auf große Möglichkeiten hin.

Auf einer ganz anderen Ebene taucht gerade in den Formen der contestation von traditionellen demokratischen Lebensformen der Begriff der Generalversammlung auf. Theoretisch werden dabei alle Interessenten berücksichtigt, während tatsächlich nur selbstberufene Minderheiten erscheinen, die dann in dieser Form repräsentieren. Man kann behaupten, daß auch die allgemeine Stimmabgabe am Wahltag eine Art Generalversammlung ist, nur ist dort die Beteiligung im allgemeinen größer als bei dem Typus von Generalversammlung, den wir bisher kennen. Andererseits nimmt die Tendenz zu derartigen Versammlungen in den letzten Jahren zu, und man muß darüber nachdenken, in welcher Beziehung sie zu den Möglichkeiten direkter Demokratie stehen.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, inwieweit Aktion und Manipulation der Meinungsbefragung etwas mit direkter Demokratie zu tun haben. Das alles steht im Zusammenhang mit dem Wachsen der zentralen Machtposition. Direkte Demokratie braucht, wenn sie in einem großen Rahmen ausgeübt wird, die zentralen Machtpositionen nicht zu schwächen, sondern kann sie im Gegenteil sogar verstärken. Andererseits kann eine häufige Verwendung der direkten Demokratie auch rasch Ermüdungserscheinungen provozieren, wie wir sie zum Beispiel an den Beteiligungsergebnissen der Wahlbestimmungen in der Schweiz feststellen. Es besteht natürlich auch die Möglichkeit - wie in der Generalversammlung, von der ich sprach;- , daß entschlossene Minderheiten auf diese Weise ihre Machtpositionen schneller durchsetzen als auf dem Wege über die traditionelle indirekte Demokratie.

8. Was hat die Demokratie im Hinblick auf den nicht mehr anonymen oder nicht mehr mythologischen Inkarnierer der Macht auf den verschiedenen Ebenen für eine Bedeutung? Der Dorfbürgermeister war nie unbekannt. Als aber die Franzosen im Jahre 1848 zum ersten Mal einen Präsidenten durch das Volk wählen ließen, nämlich Louis Napoleon, wußte die große Mehrheit der Wähler nicht, um wen es sich dabei handelte, sondern mußte sich auf die Interpretation verlassen, die von den Notabein geliefert wurde. Durch die technologische Entwicklung ist die Anonymität des Verkörperers der Macht zumindest anderer Natur geworden als bisher, wenn sie überhaupt weiterbesteht. Inwieweit aber trägt die Personifizierung der Macht dazu bei, die Rolle der zentralen Entscheidungsinstanzen zu fördern und überzubetonen?

9. In engem Zusammenhang mit der achten Frage: Haben wir zuviel Information? Die Entwicklung geht dahin, daß wir nicht mehr zu wenige, sondern zu viele Informationen bekommen. Die neuen Typen von Honoratioren und Mediatoren sind hier von besonderer Bedeutung; denn die Möglichkeit einer universellen Information, eines allgemeinen Stimmrechts in Informationsfragen, spielt damit den Auswählern, Aufbereitern und Vorsetzern von Informationen eine gewaltige Rolle zu. Auch hier handelt es sich um Funktionen, die keineswegs im Wege der traditionellen Demokratie entwickelt, gefördert, geregelt, kontrolliert oder beschränkt werden können, obgleich sie in der politischen Welt eine immer größere Rolle spielen.

Als Folge der Konzentrationserscheinungen auf diesem Gebiet werden Machtzusammenballungen geschaffen, die als solche zwar de facto erkannt, de jure jedoch noch nicht bearbeitet worden sind. Sie werden immer unüberschaubarer und unkontrollierbarer. Man muß darüber nachdenken, ob man derartige Phänomene mit Verfassungsparagraphen oder mit den Mitteln der Legislative kontrollieren und in den Griff bekommen kann. Das ist wahrscheinlich zum Teil möglich. Bestimmte Elemente dieser Phänomene sind jedoch einer Kontrollierbarkeit nicht zugänglich. Kann man hier an so etwas wie eine periodische Neuverteilung der Karten und der Chancen denken? Wir haben erlebt, daß nach großen Zusammenbrüchen und Zäsuren alle ausgegebenen Karten in bezug auf Informationsmittel eingesammelt und dann neu verteilt wurden. Das hat sich in jedem unserer Länder einmal zugetragen. Ohne Zweifel führte dies zunächst zu wesentlichen Veränderungen gegenüber der vorangegangenen Zeit. Daher ist es die Frage, ob man so etwas periodisieren kann.

Es wäre also zu untersuchen, ob den Honoratioren und Mediatoren im Hinblick auf die Kontrollierbarkeit ihrer Funktionen und Rollen eine Rotation aufgezwungen werden kann. Es gibt Verbände, in denen die periodische Ablösung als ein ehernes Gesetz praktiziert wird. So muß man in den katholischen Jugendverbänden in Frankreich ausscheiden, wenn man das Alter von 25 Jahren erreicht hat oder heiratet - unabhängig von der Bedeutung, die man in dem entsprechenden Verband hatte, und selbst wenn der Nachfolger ein weniger guter Mann ist. Kann man an etwas Ähnliches auf dem Gebiet des Informationswesens denken, und ist von da aus eine gewisse Selbstbeschränkung der Informationsfülle zu erwägen? Welche Folgen für ein eventuelles Übermaß an zentralen, nicht vor- und aufbereiteten Informationen wird die Möglichkeit hervorrufen, daß Miniatur-Fernsehsysteme durch Kabelfernsehen im Räume von Gemeinden und Nachbarschaften, von Schulen und Kulturhäusern selbstgestaltete Kleinangebote gegenüber den großen zentralen Angeboten liefern?

10. Können demokratische Einschaltungen in der veränderten Struktur der Entscheidungsprozesse stattfinden? Diese Prozesse werden immer komplizierter und länger, wobei sie sich unter einem bestimmten Gesichtspunkt in verstärktem Maße rationalisieren lassen. Das Vor- und Nachher gewinnt immer mehr an Bedeutung. Gibt es Eintrittspforten für die Mitwirkung, und wo können diese geöffnet werden? Die Grenzen zwischen Vorbereitung, Fassung und Ausführung werden immer mehr verwischt. Dadurch wird das ganze System der Gewaltentrennung im Sinne von Montesquieu in Frage gestellt. Denn welche Rolle bleibt unter diesen Umständen der Exekutive, der Legislative und anderen Mächten, die in der Vorbereitung und Planung intervenieren, die sich in die Ausführung einschalten oder die von einer ganz anderen Ebene aus in der Information mitwirken?

Zum Beispiel bestand die Hauptaufgabe der Legislative früher in der jährlichen Bewilligung des Staatshaushaltes; um dieses Recht ist jahrzentlang bitter gekämpft worden. Heute ist die annuelle Struktur des Staatshaushaltes eine ausgesprochen konservative und reaktionäre Institution, die jede mittelfristige Planung lahm. Die Abstimmung im Parlament über den Staatshaushalt weist zweifellos ein nur äußerst geringes Maß an Entscheidungsintensität auf; denn alle Entscheidungen sind praktisch bereits vorher gefallen. Von Parlamenten, die keine sicheren Mehrheiten aufweisen, einmal abgesehen, geht es hier eigentlich nur noch um einen symbolischen Akt. Wo liegen also die Momente, in denen sich der Wille zur Mitwirkung aktiv betätigen könnte? Wo finden heute zum Beispiel im Prozeß der Entscheidungsfassung über Haushaltsfragen die wirklichen Entscheidungen statt? Sie sind nicht mehr an einer Stelle zu lokalisieren. Damit wird die Frage der Demokratisierung der Prozesse und der Eintrittspforten für eine Mitwirkung auf eine neue Ebene gehoben.

Eine andere sehr wichtige Funktion der Legislative war die Verteidigung der individuellen und der kollektiven Freiheiten. Diese Funktion, die in der Gesellschaft immer wichtiger wird, wird in immer größerem Ausmaß an neue Institutionen übertragen, etwa an den Ombudsmann oder an den Freiheitsprokurator und andere, so daß die Legislative hier keine Rolle mehr spielt.

von Bismarck

Ich bin in der Begrüßung als derjenige angesprochen worden, der für die Spielregeln als eine Art Lotse verantwortlich ist. Aber ich muß bekennen, daß ich zugleich ein Betroffener, ein existentiell Beteiligter an diesem Gespräch bin.

Ich bin nun kein Wissenschaftler, und man hat mich ermutigt, meinerseits dahin zu wirken, daß das Gespräch in Erdnähe bleibt. Dabei werden wir natürlich auf den Rat der Wissenschaftler angewiesen sein.

Die zwanzig Punkte von Joseph Rován waren fast allesamt Fragen. Das hat den Vorteil, daß sie eine Fülle von Anreizen zum Gespräch geben. Wir werden diese Fragen sicherlich nicht alle durchsprechen können, sondern sollten uns in der Diskussion auf einige Punkte, die uns besonders wichtig erscheinen, konzentrieren.

Was den Demokratie-Begriff angeht, so schlage ich Ihnen vor, es bei der confessio von Joseph Rován bewenden zu lassen. Ich möchte Sie bitten, mich darin zu unterstützen, daß wir uns nicht in eine lange Debatte über die Begriffsbestimmung der Demokratie einlassen. Es gehört zum Pluralismus, daß wir vermutlich unterschiedliche Begriffe verwenden. Es erscheint mir wichtiger, pragmatisch in die Sache einzusteigen, wobei wir bei der Frage beginnen könnten:

"Wie kommt es eigentlich heute zu diesem Thema? Was nötigt uns, es zum jetzigen Zeitpunkt in dieser Form erneut aufzunehmen?" Hierzu würde ich gern Ihre ergänzenden Argumente hören.

Hinzu kommt die Frage: Was hat sich seit 1945 und insbesondere in den letzten zehn Jahren gewandelt? Joseph Rován hat schon vor 10 Jahren ein Buch über die Demokratie geschrieben. Seitdem ist viel Neues auch an Einsichten zu verarbeiten. Wenn wir nach dem Wandel von der Heute-

Demokratie zur Morgen-Demokratie fragen, sollten wir vielleicht bei der Anthropologie als Basis einsetzen. Hier könnte etwa die These miteinbezogen werden, ob die klassenlose Gesellschaft für die Formung der Demokratie eine Voraussetzung ist. In diesem Zusammenhang könnten wir außerdem die Frage behandeln, inwieweit wir noch einem idealistischen Bildungsoptimismus des 19. Jahrhunderts huldigen und hinsichtlich der Erziehbarkeit des Menschen im Grunde überholte Vorstellungen haben. Ferner: Gibt es nichtdemokratisierbare Minderheiten, die - denken wir etwa an die alten Menschen - sich sogar noch erweitern und ähnliches mehr?

Das alles müßte in die Beantwortung der Frage einmünden: Wo gibt es für den einzelnen Einschaltmöglichkeiten in die Entscheidungsprozesse? Welche Lebensbereiche können und müssen mehr demokratisiert werden, als das bisher der Fall ist? Ich füge eine Frage hinzu, die Joseph Rován nicht erwähnt hat, die mir aber nicht nur im Zusammenhang mit dem Stichwort Wirtschaftsdemokratie wichtig erscheint: Wieweit ist die Forderung nach hoher Leistung mit gewissen Demokratisierungsvorstellungen vereinbar?

Darf ich fragen, ob Sie mit diesen Spielregeln einverstanden sind?

Grossner

Mit den formalen Spielregeln ja, aber nicht mit den inhaltlichen.

Pirker

Die Frage der Demokratisierung und der Partizipation wird leider oft in wechselnden kulturellen und politischen Kontexten diskutiert. Dabei sind natürlich die Ausweichmöglichkeiten sowohl des Referenten wie auch seiner Kritiker eminent. Deshalb möchte ich eine sowohl methodologische als auch praktische Forderung stellen: Wir sollten die Diskussion auf einen bestimmten kulturellen Kontext, und damit meine ich die bundesrepublikanische Gesellschaft, reduzieren und nur zur Illustrierung einiger Thesen Beispiele der Demokratisierung und Partizipation aus anderen kulturellen Bereichen hinzunehmen.

Rovan

Ich kann mich nicht auf die Wirklichkeit in der Bundesrepublik beschränken, Herr Pirker. Einmal kenne ich sie zu wenig, zum anderen werden sich die Veranstalter ja auch etwas dabei gedacht haben, einen Referenten aus dem Ausland zu nehmen. Deshalb muß ich auf meinen eigenen Erlebnisbereich insistieren.

Grossner

Die confessio von Herrn Rován ging davon aus, daß Demokratisierung die Mitwirkung am Entscheidungsprozeß in einem bestimmten Grade ermöglicht. Diese These schränkt aber von Anfang an den theoretischen Rahmen für die Diskussion ein. Eine analoge Einschränkung ist bereits in der Themenstellung vorweggenommen. Wenn es im Untertitel heißt: "Möglichkeiten und Schwierigkeiten stärkerer Teilnahme an den Entscheidungsprozessen", dann wird damit von vornherein suggeriert, daß es erstens in der politischen Gesellschaft von heute überhaupt noch reale Entscheidungsmöglichkeiten gibt und daß sie zweitens graduell abgewogen werden können. Das ist aber gerade das Problem. Hierbei handelt es sich um die theoretische Rahmenfrage, auf welcher praktischen Spielweise wir uns heute abend bewegen wollen.

Inwiefern ist angesichts der Entwicklung von Wissenschaft und Technik eine "Technostruktur", eine Gesamtstruktur der Gesellschaft gegeben, die die realen Entscheidungsmöglichkeiten schon so weit präformiert und eingeschränkt hat, daß sie nur noch im subjektiven Bewußtsein des einzelnen bestehen? Dazu gibt es verschiedene Theorien sowohl von konservativer Machart, zum Beispiel von Gehlen, Schelsky oder in neuerer Fassung von Niklas Luhmann, als auch, als paradoxes Pendant im neomarxistischen Sinn, zum Beispiel Claus Offes Kritik der Leistungsgesellschaft. In beiden theoretischen Richtungen wird nämlich im Grunde bestritten, daß es in der heutigen Gesellschaft mit ihren präformierenden Tendenzen, mit ihren points of no return, noch reale Entscheidungsmöglichkeiten gibt.

Wenn wir derartige Thesen nicht wenigstens zur Kenntnis nehmen, dann werden wir uns bei allen zwanzig Punkten von Herrn Rován suggerieren, daß es sich um reale Entscheidungsmöglichkeiten politischer Einflußnahme handelt, während in Wirklichkeit vielleicht nur Funktionen erfüllt werden, die bereits präformiert sind. Insofern handelt es sich hier um eine theoretische Rahmenfrage, die das Verständnis von Demokratie, von Entscheidung und von realen Einflußmöglichkeiten bestimmt.

von Bismarck

Sie schlagen also vor, Herr Grossner, daß wir zuerst die Frage beantworten: Setzen technische und soziologische Gegebenheiten der Demokratisierung und damit einer stärkeren Partizipation von vornherein Grenzen?

Grossner

Mir geht es darum zu untersuchen, inwieweit uns der Entscheidungsspielraum heute schon verbaut ist und inwiefern Entscheidungsmöglichkeiten nur noch im subjektiven Bewußtsein bestehen. Diese Frage scheint mir bei den einzelnen Diskussionspunkten wichtig, um ihren systematischen Stellenwert zu erkennen.

Pirker

Das ganze Problem hängt doch aber von den kulturellen Vorbedingungen ab.

Rovan

Ich frage nicht nach der Berechtigung der Problematik, so wie ich sie aufgezeigt habe, Herr Grossner, weil ich sie für empirisch erlebt halte. Mit anderen Worten: Der Anspruch auf mehr Möglichkeiten der Teilnahme, das implizierte Recht und die Faktizität von Mitwirkung an den Entscheidungen, die einen selber angehen, die Ausweitung der Möglichkeit von Selbstbestimmung scheinen mir, jedenfalls aus der französischen Wirklichkeit heraus, eine Tatsache zu sein. Ob das nun ideologisch gerechtfertigt ist und ob die Leute ein Recht darauf haben, kann ich nicht beurteilen. Es ist jedenfalls eine Tatsache, mit der ich mich auseinandersetzen habe.

Grossner

Sind das nicht zunächst formale Selbstbestimmungsprozesse, die über die inhaltlichen Alternativen fast nichts mehr aussagen?

Rovan

Nein.

Litten

Wir hatten uns vorgenommen, praktisch zu verfahren. Aus diesem Grunde interessieren mich theoretische Rahmenfragen nicht so sehr. Wenn nach der Möglichkeit stärkerer Teilnahme an Entscheidungsprozessen gefragt wird, sollte in der Diskussion zunächst untersucht werden, wo und von wem entschieden wird. In diesem Zusammenhang müßte weiter die Frage gestellt werden, ob wir überhaupt mehr Entscheidung wollen. Diesen normativen Vorsatz, der im Untertitel unseres Themas enthalten ist, würde ich bestreiten. Ich halte dem die These entgegen, daß wir zuviel formale politische Demokratie auf Kosten einer substantiellen Demokratie in anderen Bereichen haben.

Grossner

Das impliziert aber ein personalistisches Entscheidungsmodell.

Litten

Wir können leider nicht umgehen, Herr Grossner, daß wir alle Personen sind.

Menke-Glückert

Die Möglichkeit der Teilnahme ist nur eines der Probleme in unserem thematischen Zusammenhang. Die Demokratie als Lebensgefühl, als pursuit of happiness, aber auch als Sich-mit-verantwortlich-Wissen, wie man es in der angelsächsischen Welt sieht, wird von den europäischen einschließlich den marxistischen Theorien vernachlässigt. Es gibt einen Ideenstrom der Demokratie, der noch etwas anderes bedeutet als das intellektuelle Spiel mit Entscheidungsprozessen und mit der Dialektik der Interessen. Es geht der Demokratie doch auch um eine Harmonie der Wertvorstellungen und um Konsens über Grundüberzeugungen und Spielregeln des politischen Lebens, also um eine politische Ethik. Die Wurzeln dieser Ethik liegen in christlichen Vorstellungen.

In einem Vortrag auf dem zweiten Weltkongreß der Zukunftsforscher in Kyoto hat Johan Galtung als eine mögliche, in der Zukunft liegende Gesellschaftsform die "nachrevolutionäre" Gesellschaft bezeichnet. Diese ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihr völlige vertikale und horizontale - auch intellektuelle - Mobilität besteht. Aus der Marxschen These "morgens fischen, nachmittags jagen und abends Kritiker sein" ist Wirklichkeit geworden. Jeder kann das, was er nach seinen Wünschen für richtig hält, auch realisieren. Damit baut sich die Gesellschaft sozusagen ständig um. Eine ähnliche Vorstellung entwickelten die japanischen Futurologen mit ihrer Idee der "Multikanal-Gesellschaft", die nun allerdings eine sehr technokratische Vision der Zukunft ist. Danach werden wir durch einen hohen Stand technischer Möglichkeiten in die Lage versetzt, uns gleichsam wie in einem Warenhaus ständig die neuesten technischen Errungenschaften auszusuchen.

Es gibt heute also eine Denkrichtung, die meint, sie könne auf eine ganze Reihe von anthropologischen Prämissen, die für uns durch viele Jahrhunderte hindurch selbstverständlich gewesen sind, verzichten. Sie vertraut auf die Möglichkeit, in eine Art Selbstbewegung der technischen Entwicklung einzutreten. Sie spricht von einem posthistorischen Zeitalter. Henry Ford meinte einmal, Geschichte sei Unsinn. Ebenso meinen viele Japaner, die Welt könne rational ohne historische Rücksichten ganz neu gestaltet werden. Auch die maoistische Kulturrevolution versuchte, aus der Geschichte auszusteigen. Die Chinesen wollen die völlige Durchdringung von beruflicher und schulischer Tätigkeit; erreichen. Zwei Jahren höherer Schule folgen zwei Jahre Beruf, dann zwei Jahre Parteitätigkeit, und dann erst erfolgt die endgültige Berufswahl. Ständiger Wechsel der Perspektiven soll einen anderen Lebensrhythmus herbeiführen. Damit wollten die Chinesen sozusagen die Konstante auflösen in dem ständigen zersetzenden westlichen Kulturkarneval - um es maoistisch zu formulieren. Hasch, Beat, Popart und andere Dinge erinnern ja an Kulturkarneval.

Wir sind in diesem ständigen Bombardement durch Werbung und Massenmedien vielleicht gar nicht mehr in der Lage, einen festen Punkt zu finden, der der Frage nach der Anthropologie ja zugrunde liegt. Für den Christen und auch für bestimmte radikale Minderheiten ist es klar, daß wir irgendwo diesen Punkt haben, von dem aus wir ragen: Weshalb bin ich da? Weshalb lebe ich? Für den Normalbürger in unserer Gesellschaft stellt sich diese Frage aber häufig gar nicht mehr.

Die Frage nach der Demokratie besteht nun darin, ob denn für die Mehrheit die Teilnahme an den Entscheidungsprozessen - und hier beziehe ich mich auf das, was Herr Grossner gesagt hat - überhaupt noch ein Problem ist. Wird Demokratie im Sinne individuellen politischen Engagements noch gewollt? Es wird gewissermaßen gar nicht mehr bemerkt, daß die Teilnahme und Mitbestimmung nur noch von wenigen aktiven und privilegierten Gruppen ausgeübt wird. Die Kernfrage der Demokratie - ob sie als Lebensform noch ein Recht hat, sich durchzusetzen - stellt sich nicht mehr, weil die Notwendigkeit der Teilnahme gar nicht mehr empfunden wird. Konflikte werden passiv nachempfunden oder als intellektuelles Ritual konsumiert, ohne eigenes Engagement, eigene Aktion zur Folge zu haben.

Neth

Wir hatten uns bei diesem Gespräch vorgenommen, nach praktikablen demokratischen Aktivitäten zu suchen. Es darf nun nicht bereits der Eindruck entstehen, daß mit Hilfe zum Beispiel technologischer Visionen einer Zukunftsgesellschaft, wie sie japanische Futurologen entwickelt haben, mehr gegenwärtige Möglichkeiten eines demokratischen Zusammenlebens einfach wegdiskutiert werden. Wir sollten nicht schon am Anfang dieses Gespräches resignieren, indem wir Demokratie im Rahmen eines Lebensgefühls diskutieren, das sich auf Mitkonsumieren beschränkt. Es sollte doch wenigstens der Versuch gemacht werden, die aktive Mitwirkung des einzelnen an der Ausführung von Entscheidungen in den Mittelpunkt zu stellen.

Dies verlangt allerdings, daß wir den Erziehungsoptimismus nicht aufgeben dürfen, sondern uns fragen müssen: Wo können wir - vom kleinen auf den großen Kreis übergehend - die Menschen zum Mitdenken und Mitagieren ermuntern? In allen zwanzig Thesen ging es immer nur um die Notwendigkeit zu informieren. Dafür haben wir große technische Möglichkeiten. Was uns dagegen fehlt, sind die Möglichkeiten des Mitdenkens und des Mitagierens. Das fängt beim einjährigen Kind an, das setzt sich in der Schule und im Berufsleben fort, das erleben wir, wenn wir die Zeitung zur Hand nehmen, Rundfunk hören oder fernsehen, und das ist auch hier im Gesprächskreis der Fall: Nirgendwo können wir mitagieren. Ohne diese Möglichkeit hat die Demokratie aber keine Chance.

Litten

Es ist Schelsky erwähnt worden, der in seinem Buch "Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation" den Versuch unternommen hat, quasi im Rücken von Marx anzutreten und die Mündigkeit,

zu der Marx in einer offenen Gesellschaft führen wollte, dadurch in sich selbst aufzuheben, daß es die Menschen dank der technischen Apparaturen gar nicht mehr nötig hätten, mündig zu werden. Denn der Anspruch auf Mündigkeit setzt ja immerhin einen Kraftaufwand beim einzelnen voraus. Mit diesen technischen Apparaturen wird also eine Entlastungsfunktion im Gehlenschen Sinne geleistet, die durchaus demokratisch sein kann. Demokratie braucht sich für jeden einzelnen nämlich keineswegs nur in dem Sinne zu vollziehen, daß er an allen denkbaren Entscheidungsprozessen teilnehmen kann. Darüber gibt es doch gar keine Diskussion.

Die Frage ist also - und ich weiß nicht, ob wir sie in diesem Kreise überhaupt beantworten können;- , welches Maß an Entscheidungsfähigkeit und welches Maß der Teilnahme an Entscheidungsprozessen für jeden einzelnen gewährleistet sein muß, damit wir von der Gesellschaft als einer demokratischen sprechen können. Ich behaupte - was sich empirisch beweisen läßt;- , daß sich diese Frage für die Mehrheit nicht stellt. Und weil ich sie für müßig halte, weigere ich mich, mir die Frage zu stellen, ob sie sich für eine Mehrheit stellen könnte.

Wenn man auf der anderen Seite einen Grundkonsens voraussetzt, dann handelt es sich bei der Demokratie nur noch um eine Form, in der es gar nicht mehr um eine allgemeine Partizipation an politischen Entscheidungen geht. Die Frage ist vielmehr, ob nicht unter dem Regulativmythos der Demokratie Entscheidungen im kleinen Bereich der Gemeinde, des Betriebes, des Wohnbereiches- und anderer Sektoren vorenthalten werden, und zwar im Hinblick darauf, daß man dem Bürger suggeriert, er habe die Möglichkeit, an formalen Entscheidungsprozessen - wie Wahlakten - teilzunehmen und damit indirekt auch auf allgemeine politische Entscheidungen Einfluß zu nehmen.

Ich halte es also durchaus für denkbar und mit demokratischen Vorstellungen für vereinbar, dem einzelnen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung im kommunalen, das heißt im direkten Lebensbereich, wie im Betrieb und in der Gemeinde, einzuräumen und ihn gleichzeitig von der formalen Teilnahme an den großen politischen Entscheidungsprozessen auszuschließen oder diese zu verringern.

Grossner

Das setzt eine Gesellschaftsstruktur voraus, die von kleinen Einheiten bestimmt wird.

Litten

Das würde konkret bedeuten, daß die großen Entscheidungsprozesse durchaus in Form einer konsularischen Diktatur vollzogen werden könnten, daß zum Beispiel der CDU die Möglichkeit genommen wird, den Moskauer oder den Warschauer Vertrag niederzustimmen. Diese Möglichkeit geht ja letztlich auf diesen formalen Prozeß der Auslese und der Teilnahme zurück. Eine konsularische Diktatur ist in einem demokratischen Verfassungssystem - so paradox das klingen mag - nur realisierbar, wenn sie rechtsstaatlich abgesichert ist. Die Grundrechte sollen also nicht etwa für einen bestimmten Zeitraum außer Kraft gesetzt werden, sondern die Regierungsgewalt im Sinne der Exekutive außen- und innenpolitischer Maßnahmen soll von der parlamentarischen Opposition befreit werden. Im Verfassungskleid der Demokratie gibt es solche Konsulardiktaturen schon seit langem. Denken Sie etwa an die Folgen der Tonking-Resolution des amerikanischen Senats und an den gaullistischen Cäsarismus.

Eine Gruppe politischer Entscheidungsträger müßte also für einen bestimmten Zeitraum die Entscheidungsprärogative erhalten. Es ist eine wirkliche Prämie auf den legalen Machtbesitz nötig, um bestimmte Entscheidungen durchsetzen zu können.

Wir hätten dann eine Zerteilung der Demokratie. Während wir in den lebenswichtigen Fragen der Gesellschaft die Teilnahme des einzelnen einschränken und den Trägern der Entscheidungsprozesse eine zeitlich begrenzte Entscheidungsvorgabe einräumen, hätten wir gleichzeitig eine sehr verstärkte Demokratie an der Basis, von der ja so viel geredet wird. Hier geht es also um Möglichkeiten, die für den einzelnen nicht nur überschaubar sind, sondern in denen er auch zur Teilnahme willens ist.

Grossner

Das subjektive Selbstbewußtsein des einzelnen spielt doch nicht die entscheidende Rolle.

Litten

Ich finde es interessant, daß Sie hier theoretische Modelle postulieren, bei denen Ihnen das subjektive Selbstverständnis gleichgültig ist. Damit befinden wir uns schon wieder in jenem normativen, ideologischen Rahmen, in dem alles modellartig abgeklopft werden kann.

Grossner

Sie haben hier die Möglichkeit einer konsularischen Diktatur eingeräumt; dagegen wehre ich mich.

Litten

Ich kann mir denken, daß Sie sich dagegen verwahren wollen.

Nach meiner Meinung sollten wir auf bestimmte Ideologien verzichten, zum Beispiel auf die Ideologie der Identität in der repräsentativen Demokratie, wie wir sie heute verstehen. Diese Ideologie verhindert nämlich die Demokratie an der Basis. Wenn wir auf diese Ideologie verzichten, räumen wir einerseits den Bürgern Basisrechte ein, während wir andererseits - durchaus auch im Sinne des einzelnen und in seinem Interesse - bestimmten Entscheidungsträgern die Möglichkeit geben, Entscheidungen durchzusetzen. Dabei denke ich nicht nur an den Moskauer Vertrag, sondern zum Beispiel auch an wirtschaftspolitische Entscheidungen, die heute von irgendwelchen oppositionellen Interessengruppen verhindert werden, welche sich dabei noch auf einen fiktiven Wählerwillen berufen können. Die Befugnis, Entscheidungen durchzusetzen, müßte natürlich mit der Möglichkeit einer entsprechenden Abwahl verbunden sein.

Wenn wir diese Dinge nicht zur Kenntnis nehmen, werden wir uns nur wieder gegenseitig ideologisch vorwerfen, eben nicht demokratisch zu sein.

von Bismarck

Das, was Herr Litten gesagt hat, war so hervorragend herausfordernd, daß wir zunächst dabei bleiben sollten.

Mahrenholz

Herr Litten hat die Kategorie des kleinen, überschaubaren Bereichs - Gemeinde, Arbeitsplatz und so weiter - eingeführt, um eine Art Zweiteilung demokratischer Teilhabe zu rechtfertigen. Da Sie die Ostpolitik anführten: Ohne "Ostfachmann" zu sein, glaube ich mich hier besser auszukennen als in den Problemen der "überschaubaren" Gemeinde Hannover. Das gleiche gilt mutatis mutandis auch für die Probleme des Arbeitsplatzes, die auf das stärkste mit dem allgemeinen Wirtschaftsgeschehen zusammenhängen. Kommen wir also mit der Überschaubarkeit weiter? Damit wird übrigens auch vorausgesetzt, daß es sich bei der Ausübung von Demokratie nur um ein Wissensproblem handelt, und das halte ich nicht für ganz zutreffend.

Zum anderen, Herr Litten: Was wird aus ihrem eigenen Beruf, dem des Fernsehredakteurs, in der von Ihnen dargestellten Gesellschaft? Wozu ist er dann da? Welche Struktur hat dann die "Öffentlichkeit"?

Litten

Die Kategorie der Überschaubarkeit würde sich beispielsweise für Sie als engagierten Ostpolitiker auf den Bereich der Ostpolitik beziehen. Überschaubarkeit am Arbeitsplatz meint die Möglichkeiten der Arbeitsplatzintensivierung, der Kooperation am Arbeitsplatz, den eigenen Arbeitsplatz gegen andere abzugrenzen, und zwar innerhalb einer formalen Struktur. Überschaubarkeit meint weiter, daß Entscheidungsprobleme für den einzelnen unmittelbar mit dem verbunden sind, was er täglich erlebt. Davon gehe ich aus. In dieser Beziehung werden dem einzelnen heute Entscheidungsmöglichkeiten weitgehend vorenthalten, auf die er einen Anspruch hat. Er würde diesen Anspruch wahrscheinlich eher durchsetzen, wenn man ihn auf der anderen Seite von der Fiktion befreite - die man ihm heute vorgaukelt;- daß er die Möglichkeit einer formalen Teilhabe an anderen Entscheidungsprozessen habe.

Natürlich reicht die Kategorie der Überschaubarkeit nicht aus in dem Sinn, daß man nur in dem Rahmen entscheiden darf, den man überschauen kann. Ich gehe dabei von dem Entscheidungsmodell bei vollständiger Information aus. Wo diese noch fehlt, müßte die Entscheidung erst einmal geprobt werden. Heute wird die unvollständige Information offenbar weder denen bewußt, die gegen bestimmte Entscheidungen opponieren, noch denen, die solche Entscheidungen vollziehen. Eine Zweiteilung der Demokratie könnte zu einer gewissen Ernüchterung beitragen über das, was und mit welchem Engagement heute entschieden werden kann.

Was die Funktion von Fernsehredakteuren oder Fernsehmoderatoren betrifft, so ist dies eine Kategorie von Berufen, die noch kaum ein Selbstverständnis oder nur ein Paraselbstverständnis entwickelt haben. Bei diesen Leuten kann man nur - lassen Sie es mich so ausdrücken - eine Form

von Inzest und mangelndem Feed back feststellen. Gerade denen wäre zu empfehlen, sich lieber um die eigenen Probleme zu kümmern, anstatt diese permanent auf andere Leute zu projizieren.

von Bismarck

Ihre etwas karikierende Darstellung der Fernsehredaktoren trifft meiner Ansicht nach jedenfalls für einige zu.

Stern

Nachdem wir hier etliche Konfessionen gehört haben, kommen wir, glaube ich, nicht darum herum, uns begrifflich zu einigen. Denn Herr Litten und Herr Mahrenholz haben offensichtlich, was den Begriff der Demokratie angeht, aneinander vorbeigeredet.

Ich habe das Thema "Demokratisierung der Demokratie?" so verstanden, daß das Fragezeichen bewußt gesetzt wurde und mitzulesen ist. Es scheint mir ein wesentlicher Gesichtspunkt zu sein, klar zu erkennen, daß man den Begriff der Demokratie den politischen Strukturen wie Bund, Land, Kreis, Gemeinde und so weiter zugeordnet hat. Hinzu kommen müßte die Frage, wie es mit den demokratischen Strukturen in der EWG aussieht. Dort ist davon herzlich wenig vorhanden - ob das nützlich ist oder nicht, ist eine andere Frage.

Herr Rován hat dann davon gesprochen, wir müßten das demokratische Prinzip auch auf andere Bereiche übertragen. Hier würde ich nun das große Fragezeichen setzen. In dieser Diskussion wird Demokratie immer wieder als Verfahrensmodus aufgefaßt. Das ist ein Unterschied zu Demokratie als Element politischer Form und materialer Werte. Unsere Demokratie in der Bundesrepublik versteht sich jedenfalls laut Grundgesetz als eine Staatsform, die nicht nur auf den formalen Verfahrensweisen des allgemeinen und gleichen Wahlrechts beruht. Wenn Sie in Hannover leben, Herr Mahrenholz, müssen Sie in der Gemeinde dort genauso mitwählen wie bei der Bundestagswahl.

Die Frage der werthafter Demokratie scheint mir im Vortrag zu kurz gekommen zu sein; ich vermißte vor allem die Stichworte freiheitliche Grundrechte und institutionelle Verbürgungen. Wenn wir uns diese nämlich vor Augen halten, kommen wir automatisch auf die gesellschaftlichen und sonstigen Lebensbereiche außerhalb der politischen Strukturen. Hier besteht nun sehr wohl das Problem: Wer redet mit und wer entscheidet - beispielsweise in der Universität, im Betrieb oder in der Kirche?

Dazu scheinen mir andere Kategorien nötig zu sein als in den politischen Strukturen. Dietrich Schindler hat 1932 in seinem Buch "Verfassungsrecht und soziale Struktur" die gesellschaftliche Gegenstruktur zum politischen Verständnis des Staates herausgearbeitet, nämlich die freiheitliche Ausgestaltung des individuellen Lebensraumes. Dieser Lebensraum muß von unten, von einzelnen und von der Familie her aufgebaut und aus den Gesetzmäßigkeiten der Institutionen verstanden werden. Es ist unmöglich - um bei der Familie als der untersten Zelle zu bleiben;- , für die Ehe die demokratische Struktur zu wählen; das kann 1:1 oder 2:0 ausgehen, und das ist nicht nur im Fußballspiel ein Unterschied, Insofern müssen wir hier die Positionen sehr klar trennen und uns erst dann verständigen, ob wir das eine auf das andere übertragen können.

Rován

Die Interventionen von Herrn Litten und von Herrn Stern sind in irgendeiner Weise zugleich komplementär und konträr. Die von Herrn Litten vorgeschlagene Arbeitsteilung in zwei Bereiche scheint mir irgendwie zu stimmen, zugleich aber grundfalsch zu sein. Ich will das an einem konkreten Beispiel verdeutlichen. Vor etwa sieben Jahren hat die politische Entwicklung in der Stadt Grenoble damit begonnen, daß in den vierten Etagen von Gemeindebauten das Wasser nicht ankam. Nun gab es schon seit einigen Jahren die sogenannten "unions quartiers", progressistisch eingestellte Gruppen, die Änderungen in ihrer Lebens- und Wohnsphäre herbeiführen wollten. Sie gingen davon aus, daß die bestehenden Organe des politischen Lebens dazu nicht ausreichen, daß es weder genüge, Petitionen an den Gemeinderat zu richten, noch diesen alle sechs Jahre neu zu wählen, noch über die Parteien oder über die Gewerkschaften zu agieren, die entweder diese Probleme nicht im Griff hatten oder in den bestehenden politischen Strukturen nicht in der Lage waren, die notwendigen Veränderungen herbeizuführen.

Nun hat sich - ich bin wieder beim fehlenden Wasser im vierten Stock - ein ebenfalls betroffener ehemaliger Marineoffizier und Atomphysiker diesen unions quartiers zur Verfügung gestellt und mit ihnen zusammen - anscheinend war er politisch begabt - eine größere Aktion im Hinblick auf die in Aussicht stehenden Gemeindewahlen durchgeführt. Diese Aktion hatte zur Folge, daß eine neue Gemeindeverwaltung gewählt wurde, die zwar zu zwei Dritteln aus Mitgliedern der Linksparteien

bestand, aber von den Vertretern der unions quartiers völlig überwältigt wurde. Diese unterschieden sich politisch vielleicht gar nicht so sehr von den linken Sozialisten, hielten aber den Weg über die Partei nicht für günstig, um ihr Anliegen durchzusetzen. Diese Gemeindewahl hat in sechs Jahren das Antlitz von Grenoble auf allen Lebensgebieten so grundlegend verändert, wie das in keiner französischen Stadt in den letzten fünfzig Jahren der Fall gewesen ist.

Die Problematik besteht nun darin, und da ist Herr Litten, glaube ich, doch auf dem falschen Wege, daß Veränderungen etwa im Wohnungsbau, in kulturellen Einrichtungen, im Schulsystem - sagen wir, bei der Verwirklichung der "éducation permanente";-, bei der Ansiedlung von Betrieben und in allem, was den Urbanismus betrifft, auf nationalpolitische Entscheidungen stoßen. Probleme wie die Stabilität der Gemeinde oder die Bodenpolitik sind auf lokaler Ebene nicht zu lösen. Es handelt sich dabei immer um politische Fragen, die entweder auf nationaler oder sogar auf internationaler Ebene entschieden werden. Wieweit ist zum Beispiel Raumordnung noch auf nationaler Ebene zu machen? Der militant der unions quartiers ist also gezwungen, bei einer ganzen Reihe von ihm direkt betreffenden Dingen nationalpolitische Entscheidungen anzustreben und für sie zu agitieren. Damit stößt er dann aber wieder auf die von Herrn Litten ausgesparten Räume. Denn die Fragen, ob man Atombomben herstellt oder nicht, ob man den Concorde baut oder nicht, haben unmittelbare Folgen für die anderen Bereiche. Die Selbstbeschränkung auf das Naheliegende ist also nicht vollziehbar, weil man ständig zu gesamtpolitischen Entscheidungen gezwungen wird.

Diese gesamtpolitischen Entscheidungen kommen nun aber keineswegs durch die formale Demokratie zustande; das heißt, die wirklich wichtigen Entscheidungen der Exekutive werden weder vom Parlament noch durch die Präsidentschaftswahlen wesentlich beeinflusst. Einfluß übt vielmehr die permanente Dialektik von Interessengruppen aus, ob diese nun in den Parteien mediatisiert sind oder auf den verschiedenen Ebenen der Exekutive direkt zur Geltung kommen. Das Parlament spielt dabei als eine Art Interventionsorgan für Einzelfälle nur noch eine nebengeordnete Rolle. Andere Entscheidungsmöglichkeiten gibt es in dieser politischen Struktur nicht. Hingegen hat der Machtkonflikt zwischen den Interessenorganisationen und der Exekutive einen permanent politischen Charakter, und die eigentlichen politischen Entscheidungen werden auf diesem Wege getroffen.

Die Wesensfrage der Demokratie liegt für mich also darin: Wie kann im Sinne einer Demokratisierung auf diejenigen Organe - auf der lokalen bis hin zur nationalen Ebene - zumindest konditionierend eingewirkt werden, die wirklich Entscheidungen treffen? Deshalb kann ich die Teilnahme nicht auf den überschaubaren Raum, auf die Municipalebene, den Betrieb oder das Gaswerk beschränken. Wir können auch - um ein anderes Gebiet zu nennen - die Problematik der Mitwirkung im kirchlichen Raum nicht auf die Ebene einer Pfarrei begrenzen; davon ist die gesamte Kirchenstruktur betroffen, denn es geht nicht nur um die Frage, ob die Gläubigen selbst predigen dürfen oder ob Priester es tun.

Daraus ergibt sich auch meine Antwort auf Herrn Stern. Die Unterscheidung zwischen den eigentlich politischen Strukturen der Demokratie und den anderen Bereichen scheint mir in der Realität eben nicht mehr möglich zu sein. Es gibt im Grunde keinen Unterschied mehr zwischen eigentlich politischen und sachlichen Problemen. Im Gegenteil: Die meisten Probleme der Politik, so wie sie im 19. Jahrhundert gestellt wurden, sind ausgelaufen. Wer interessiert sich zum Beispiel noch dafür, ob ein Staat, eine Demokratie, von einem König oder von einem Präsidenten symbolisiert wird? Diese Frage war im 19. Jahrhundert ungeheuer wichtig, hat heute aber praktisch keine Bedeutung mehr. Oder nehmen Sie die Beziehung zwischen Kirche und Staat, auf die wir in unseren beiden Ländern noch vor zehn Jahren sehr ansprechbar waren - heute ist sie ebenfalls weitgehend ausgelaufen. Das gilt selbst für Grenzfragen - von der außergewöhnlichen Situation in der Bundesrepublik einmal abgesehen: Wo gibt es sonst in Westeuropa eine Grenzfrage, die noch politische Bedeutung hätte?

Auch wenn diese Formulierung provokatorisch überspannt sein mag, behaupte ich, daß die Trennlinien zwischen dem politischen und dem nichtpolitischen Bereich weitgehend aufgehoben sind.

Altmann

Herr Litten unterscheidet im Gegensatz zur frühen Verfassungslehre zwischen der repräsentativen Demokratie und einem Pluralismus von kleinen Einheiten, zum Beispiel der Gemeinden, bei denen die Lage überschaubar und die Teilnahme möglich ist. Das bedeutet eine gewisse Entlastung der repräsentativen Demokratie. Wichtig ist nun - was Herr Rovon eben übergangen hat;-, daß Teilnahme wahrscheinlich das Vorhandensein echter Autonomien voraussetzt. Das läßt sich durch bloße Repräsentation nicht kompensieren. Ich sehe eine Schwäche der industriellen Demokratie gerade darin, daß sie diese Autonomien Stück für Stück auflöst.

So liegt zum Beispiel die Gestaltung der Schule - eine Frage der Bildungspolitik - überhaupt nicht in den Wirkungsmöglichkeiten der Eltern. Am Werk der Pädagogen, der Wissenschaftler,

Bildungspolitiker und Ideologen haben die Eltern keine Chance der Mitbestimmung. Was Frau Hambrücher im Bildungsbericht vorlegt, geschieht mit Sicherheit ohne Teilnahme der Eltern. Selbst wenn man auf diesem Gebiet einen großen Elternbeirat gründete, würde sich daran kaum etwas ändern. Die Eltern, die an der Schule für ihre Kinder tätig werden wollen, haben also nur einen beschränkten Teilnahmbereich, weil die zentralen Richtlinien für Lehrer inzwischen ausgearbeitet sind.

Die moderne Gesellschaft schmilzt diese Autonomien im sozial-ökonomischen Prozeß ein. So sind zum Beispiel aus früheren Staaten inzwischen Länder geworden, die eigentlich nur noch einen regionalen Pluralismus darstellen, im Grunde sind sie nicht einmal mehr - von Bayern abgesehen - echte Länder. Die Teilnahme an diesem zentralisierten und funktionalisierten Prozeß wird durch Mediatisierung ermöglicht, die von den großen Apparaturen ausgeht, von denen eine Herr von Bismarck repräsentiert.

Wocker

Und Herr Altmann die andere.

Altmann

Da sollen dann Fernsehmoderatoren die Darstellbarkeit, die Überschaubarkeit - affektiv - ermöglichen.

Wir können nicht mehr in Autonomien denken, denn die Fragen des Schul- und Krankenhauswesens, des Straßenbaues, der kommunalen Verkehrspolitik und viele andere Dinge mehr sind Aufgaben Zentralersteuerung, an der der einzelne Bürger nicht teilnehmen kann. Das gilt ebenso für die Universität, die auch kein autonomes Gebilde mehr ist, sondern von übergeordneten Strukturprinzipien her gelenkt werden muß. Wir haben wahrscheinlich gar keine Wahl und werden in diesem Sinne fortfahren müssen. Das ist nicht die Willkür einer Partei, in dem zentralistischen, funktionalistischen Prozeß die Autonomien einzuschmelzen. Die Gemeinde- und Gebietsreformen, die wir durchführen müssen, sind weitere Schritte auf diesem Wege. Herr Rovon hat recht: In einer gebietsreformierten gemeindlichen Struktur wird die Überschaubarkeit für den Bürger der Zukunft noch schwieriger.

Es ist kaum vorstellbar, daß Demokratie, das heißt Teilnahme, ohne das Prinzip der Repräsentation überhaupt durchgeführt werden kann. Die Frage nach Teilnahme an der Demokratie läuft also auf eine fundamentale Kritik an der gesellschaftlichen Kultur von heute hinaus.

Rollmann

Hier ist so viel die Rede von neuen Räumen, die geschaffen werden sollen, von mehr Demokratie und von mehr Teilnahme. Das vorrangige Problem scheint mir aber darin zu bestehen, wie wir die vorhandenen Räume der Demokratie besser ausfüllen, als es bisher der Fall ist. Diese Räume sind nämlich größer, als es in dieser Diskussion den Anschein hat.

Wie Sie wissen, kommt den politischen Parteien in unserem Lande sowohl in Verfassungsrecht als auch in der Verfassungswirklichkeit eine entscheidende Bedeutung für die Bildung, die Repräsentation und die Ausübung des politischen Willens zu. Wie wenige Mitglieder haben aber die politischen Parteien, und wie wenige von diesen wiederum wirken dort aktiv an den wichtigen Entscheidungen mit. Hier ist also noch ein großer Raum unausgefüllt für alle, die mehr Teilhabe an der Demokratie und an den Entscheidungen fordern.

Altmann

Das ist eine Selbsttäuschung!

Rollmann

Herr Litten und Herr Altmann sind offensichtlich von der Wirklichkeit der politischen Parteien frustriert. Natürlich gibt es diese Frustrationen; dabei können wir wohl auch viele Verbände miteinbeziehen. Wir in den Parteien wissen jedenfalls, wie viele Möglichkeiten vorhanden sind und wie wenige Menschen bereit sind, diese zu nutzen.

Grossner

Wir diskutieren doch gerade, ob die Möglichkeiten real sind.

Rollmann

Das sind meine praktischen Erfahrungen, über die Sie offenbar nicht verfügen.

Ein weiteres Beispiel sind die Gemeinden. Wie viele Gemeinderäte und -ausschüsse finden nicht genügend Menschen, die zur Mitarbeit bereit sind. Dabei hätten sie dort in beschränktem Maße durchaus etwas zu sagen.

Lassen Sie mich weitergehen zu dem System der Schöffengerichte - eine große liberale Errungenschaft des 19. Jahrhunderts. Man war sehr stolz, als sie damals in Deutschland eingeführt wurde. Heute muß man die Leute geradezu dazu zwingen, Schöffen zu werden. Nun wird man einwenden, daß die Schöffen durch die Richter manipuliert werden und praktisch nichts zu sagen haben. Jeder, der einmal auf diesem Gebiet zu tun hatte, weiß aber, daß es sehr wohl auf die Schöffen ankommt, wieweit sie sich auch gegenüber den Berufsrichtern durchsetzen.

Ein weiteres Beispiel sind die Betriebsräte. In Zehntausenden von Firmen scheitert die Errichtung von Betriebsräten, weil die Arbeitnehmer gar kein Interesse daran haben; sicherlich gibt es auch manchen Unternehmer, der in seinem Betrieb nicht gern einen Betriebsrat sieht.

Auch in gewissen Kirchengemeinden müssen sich die Pastoren oft verzweifelt bemühen, Mitglieder ihrer Gemeinde zur Kandidatur für den Kirchenvorstand zu bewegen. Dabei haben die Kirchenvorstände nach den Satzungen durchaus etwas zu sagen.

Ein weiteres Beispiel sind die Mitbestimmungsrechte, die die Studenten heute an den Hochschulen haben. Diese Rechte werden doch im allgemeinen nur von einer radikalen Minderheit gebraucht und oft genug mißbraucht.

Bevor wir also neue Räume der Demokratie fordern, was ich im Grundsatz bejahe, sollten wir unsere Aufmerksamkeit erst einmal darauf lenken, wie die vorhandenen Räume in unserer Gesellschaft besser genutzt werden, als es gegenwärtig der Fall ist.

von Bismarck

Welche Vorstellung haben Sie, Herr Rollmann, was man angesichts dieses Mangels an Aktivisten, wie Herr Rovon sie nannte, tun könnte?

Rollmann

Natürlich müßte man in unserem Staat, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft die Transparenz vergrößern, um mehr Menschen für eine aktive Mitarbeit zu interessieren. Insbesondere die Wirtschaft, die einzelnen Unternehmen, müßten transparenter werden. Das gilt aber auch für die Kirchen und andere Bereiche.

Darüber hinaus müßten den Mitbürgern qualifiziertere Informationen zur Verfügung gestellt werden, um die Engagementbereitschaft der einzelnen zu erhöhen. Wir kommen aber in keiner westlichen Gesellschaft um das Grundproblem herum, daß die meisten Menschen nicht bereit sind, sich über ihr enges persönliches Leben hinaus stärker zu engagieren.

Stern

Liegt das nicht auch an unserem Bildungswesen, Herr Rollmann?

Rollmann

Das ist ein Grund, und darum begrüße ich es auch, daß die Bildung in den letzten Jahren an die erste Stelle der Prioritätenliste gerückt ist.

Menke-Glückert

Wir haben die politischen Parteien in die Obrigkeit emporgehoben, sie gleichsam verstaatlicht und sie sozusagen zu den Oberanwälten der Demokratie gemacht. Wir haben politische Bildung als Institutionen- und Parteienlehre betrieben, aber nicht zur Aktivierung von Bürgerinitiativen. Plebiszite, Wählerinitiativen, Gründung neuer Parteien werden erschwert.

Glötz

Sie beklagen, Herr Rollmann, daß sich nicht genügend Leute finden, die in der Demokratie mitmachen. Ich will Ihnen sagen, woran das liegt. Ich sitze jetzt seit 1 1/2 Jahren in einem

Universitätsrektorat und habe mich immer gefragt, warum nicht genügend Leute in die studentischen Organisationen hineingehen und zum Beispiel für den AStA kandidieren. Wir wissen, daß von den 25.000 Studenten der Universität München sicher 24.850 demokratische Parteien wählen. Trotzdem haben wir seit vier Jahren einen Spartacus-ML-AStA. Woran liegt das?

Was geschieht denn - um das Beispiel von Herrn Altmann aufzunehmen;- , wenn Eltern sich organisieren, um, sagen wir, einen Kindergarten zu errichten, der anders aussieht als die klassischen Kindergärten? Ich habe einen solchen Fall an der Universität München erlebt. Dabei hat die Bürokratie den Eltern so viele Schwierigkeiten gemacht, daß dieser Plan nur auf vielen Umwegen durchzusetzen war. Die Studenten brauchten drei Jahre und hundert günstige Zufälle. Das verzehrt die! Bereitschaft zur Partizipation.

Was die Wahlen an Universitäten betrifft, so spielen viele Studenten, glaube ich, deshalb nicht mit, weil bei jedem Experiment, das sie unternehmen, sofort nach der "Freiheit der Wissenschaft" gerufen wird, nur um es zu verhindern.

Altmann

Das ist zu wenig substantiell und zu polemisch.

Glötz

Ich will gerade anregen, solche Einzelfragen substantiell zu diskutieren.

Um schließlich auf die Bezirksausschüsse zurückzukommen, so glaube ich, daß darin deshalb so wenige Leute mitagieren, weil diese Ausschüsse nur geringe echte Funktionen in einer Gemeinde haben. Ich habe einige Jahre lang in einem Bezirksausschuß in München-Schwabing gesessen. Als wir das fünfte Mal das Dirnenunwesen in der Hohenzollernstraße besprochen hatten und nichts daran ändern konnten, habe ich mir gesagt, wozu soll ich da meine Zeit verschwenden.

Deshalb muß man Herrn Rollmann widersprechen. Die mangelnde Bereitschaft zur Demokratie ist bedingt durch die allzu geringe Demokratiefähigkeit vieler unserer Institutionen.

Mahrenholz

Die mangelnde Beteiligung etwa bei Kirchenvorstandswahlen oder bei den unteren Parteigremien, Herr Rollmann, hat seinen Grund darin, daß dort entweder überhaupt keine Interessenkonflikte vorhanden sind oder sich niemand findet, der sie artikuliert.

Dahrendorf hat von aktiver und passiver Öffentlichkeit gesprochen; das heißt, man kann nicht von jedem Bürger die gleiche Aktivität verlangen wie von Herrn Rollmann. Hier gibt es also einerseits eine aktive Öffentlichkeit, die die Interessenkonflikte klarlegt und zu artikulieren vermag, und andererseits eine passive Öffentlichkeit, die daraufhin hellhörig wird. So artikulieren sich zum Beispiel neuerdings die Jungsozialisten im Unterschied zu den Jungdemokraten immer an konkreten Detailproblemen, die natürlich von einem bestimmten ideologischen Horizont her angegangen werden; aber es handelt sich dabei um ganz konkrete Punkte, die eine Möglichkeit bieten, sich zu engagieren. Das haben wir zum Beispiel in Hannover und in einigen anderen Städten bei den Mietproblemen erlebt.

Reschke

Herr Rovon erwähnte als Beispiel das Wasser, das nicht bis in den vierten Stock ging. Ein solches Beispiel tut natürlich dem professionell schlechten Gewissen eines Oberbürgermeisters dann am meisten wohl, wenn er hört, daß es in einer anderen Stadt, noch dazu in einem anderen Land, passiert ist. Ich möchte versuchen, dieses Beispiel einmal ins Grundsätzliche zu wenden, um damit auch auf Herrn Litten und Herrn Stern zu antworten.

Das Beispiel zeigt zunächst - und das ist heute ein absolutes Kriterium des Lebens in einer Großstadt - die ungeheure Abhängigkeit des einzelnen von Gemeinschaftseinrichtungen. Durch das erhöhte individuelle Einkommen ist zwar die Mobilität des einzelnen größer geworden, zugleich aber auch seine Abhängigkeit. Denn mit dem höheren Einkommen entstehen höhere Bedürfnisse, die zwangsläufig zur Abhängigkeit von Gemeinschaftseinrichtungen führen. Niemand ist heute mehr in der Lage, seiner eigenen Lebenssphäre auch nur noch das Primitivste zu entnehmen. Früher hatte man einen Brunnen und brauchte sich nicht das Wasser in den vierten Stock leiten zu lassen. Heute kann man nicht einmal mehr einen Karton in seiner Wohnung verbrennen. Diese totale Abhängigkeit von Gemeinschaftsinstitutionen reicht von den Schulen bis hin zu den primitiven Einrichtungen. Man kann eine Stadt durch nichts so durchschlagend außer Betrieb setzen, als wenn die Müllabfuhr streikt.

Dagegen ist ein Streik von Lehrern oder Universitätsprofessoren für den "praktischen" Ablauf des Lebens in einer Stadt völlig irrelevant.

Herr Rován hat dann berichtet, daß das fehlende Wasser zu einem kleinen Aufstand geführt habe und die Gemeindevertretung beim nächsten Mal abgewählt worden sei. An diesem Beispiel zeigt sich aber auch, daß die Bürger in ihrer Gemeinde am ehesten da ansprechbar sind, wo sie in ihr einen unpolitischen Kundendienst sehen. Damit geht aber die Gemeinde als politische Lebensform, wie sie Herr Litten gefordert hat, für das Bewußtsein der meisten Menschen weitgehend verloren. Das heißt, man kann viele Bürger nur noch mit dem unpolitischen Kundendienst für oder gegen die Gemeinde aufbringen - je nachdem, wie er gerade funktioniert.

Rován

Die Auflehnung gegen schlechte Bedienung des Kunden hat aber in meinem Beispiel zu einer politischen Bewußtwerdung geführt.

Reschke

Das glaube ich nicht. Es dürfte eher zu dem Wunsch geführt haben, einen besseren Kundendienst zu bekommen, den man in diesem Falle nur dadurch erhalten konnte, daß man die bisher Verantwortlichen durch andere ersetzte, denen man zutraute, mit dem Problem besser fertig zu werden. Der Ausgangspunkt war ein absolut unpolitischer Vorgang, nämlich das fehlende Wasser.

Rován

Aber dieser unpolitische Vorgang hat zur Folge gehabt, daß eine Bürgervertretungsgruppe nach politischen Gesichtspunkten gewählt wurde. Die Revolte gegen schlechte Bedienung wurde von politisch bewußten Minderheiten aufgenommen. Diese waren in der Lage, jene Bürger, die sich im Grunde nur für den Kundendienst interessieren, auf den politischen Inhalt ihres Protestes aufmerksam zu machen und in diesem Sinne erzieherisch zu wirken. Das Wesentliche ist also, daß der Protest gegen das fehlende Wasser in ein Politikum umgesetzt wurde und hierbei die Rolle der nicht in einer Partei tätigen militants ausschlaggebend war.

Wocker

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß Wasser nicht unpolitisch ist.

Reschke

Dennoch möchte ich zunächst bei meiner These bleiben. Ihr Beispiel, Herr Rován, beweist nicht, daß die Bürger ihre Stadt noch als politische Einheit erleben. Das haben Sie übrigens selbst in Frage gestellt. Als Sie von der Sehnsucht nach Überschaubarkeit sprachen, meinten Sie etwas anderes als Herr Litten, der der Ansicht ist, die Gemeinde sei das Überschaubare. Das trifft aber nur noch bei ganz kleinen Gemeinden zu. In einer großen Stadt ist das nicht mehr der Fall. Dort erleben wir das Abwandern von der politischen Realgemeinde in Personalgemeinschaften, die sich als Gesprächspartner der Stadt nur noch da präsentieren, wo sie Anliegen vertreten, die bei der Stadt enden. Der politische Stadt-Bürger als solcher ist nicht mehr die Norm.

Wenn Sie davon sprechen, Herr Rollmann, daß es heute sehr schwer sei, Leute für die Gemeindevertretung zu bekommen, dann würde ich eher meinen, daß es schwer ist, geeignete Leute zu finden. Mir ist noch keine Gemeindevertretung bekannt geworden, die an fehlenden Mitgliedern eingegangen wäre. Das eigentliche Problem liegt vielmehr in folgendem: Die Vorgänge, die das Feld der gemeindlichen Arbeit beherrschen, sind so kompliziert geworden, daß sie ohne eine erhebliche Mitarbeit in diesen Vertretungen überhaupt nicht mehr zu bewältigen sind. Nun ist es eine Tatsache, daß diejenigen, die eine einkommenslose Arbeit verrichten, ein arbeitsloses oder zumindest von Arbeitszeit unabhängiges Einkommen haben müssen. Das trifft auf Pensionäre und Funktionäre zu, und aus denen setzt sich die Gemeindevertretung der meisten Städte zusammen. Die großen Wirtschaftler sind auf kommunalpolitischer Ebene im allgemeinen nicht mehr sichtbar, und auch die freien Berufe sind kaum noch vertreten, weil sie es sich nicht leisten können, Zeit für die Arbeit in den Gemeindevertretungen aufzubringen. Dadurch wird aber das demokratische Prinzip weitgehend eingeschränkt, denn die Gemeindevertretung sollte eigentlich ein politisches, berufliches und sonstiges Spiegelbild der Bevölkerung bilden.

Es kommen noch zwei weitere Probleme hinzu: Wir erleben immer mehr, daß Wohn- und Arbeitsgemeinde auseinanderfallen. Sehr viele Bürger wohnen nicht mehr in der Gemeinde, in der sie

arbeiten. Das fängt bei den Normalpendlern an und geht hin bis zu den Edelpendlern im Mercedes. Es gilt auch für die Studenten, soweit sie in der Gemeinde überhaupt das Wahlrecht erwerben, was ja erst nach einer bestimmten Zeit der Fall ist. Das Auseinanderfallen von Wohn- und Arbeitsgemeinde hat zur Folge, daß die Menschen da, wo sie den eigentlichen Mittelpunkt ihres Lebens haben, nämlich da, wo sie arbeiten, kein politisches Wahlrecht besitzen. Dagegen haben sie in ihrer Wohngemeinde, wo sie das Wahlrecht ausüben, kein Interesse, sich sonderlich um die politischen Vorgänge zu kümmern, weil sie dort nur ihre müden Abendstunden verbringen. Man könnte sich mit einem zweiten Wohnsitz helfen; einige wenige tun das. Die Zahl derer, die diese Unbequemlichkeit in Kauf nehmen, nimmt aber immer mehr ab.

Ein letzter Punkt: Die Gemeindeverwaltung drängt gerade als Planungs- und Regionalplanungsfaktor immer stärker über die politischen Grenzen hinaus. Sie kann diese Aufgaben nur dadurch erfüllen, daß sie sondergesetzliche Verbände schafft oder Verbände des privaten Rechtes, die im Auftrage der Gemeinde sehr wichtige Funktionen wahrnehmen, die früher von der Gemeinde selbst entschieden wurden. Diese Verbände haben eher bestenfalls einen vom Gemeinderat bestellten, also aus indirekter Wahl hervorgegangenen Aufsichtsrat. Ihnen fehlt eine unmittelbare Beziehung zum wahlberechtigten Bürger, dem sich die Vorgänge in diesen Gremien weitgehend entziehen.

Pirker

Sie werden mir sicherlich zustimmen, daß die Aufsichtsratskonstruktion für die Kommune eine sehr anfechtbare Analogie ist.

Reschke

Die Aufsichts- und Verwaltungsräte, die nicht entbehrlich sind, bedeuten eine Übertragung von Zuständigkeiten von dem direkt gewählten Gemeindeorgan auf ein indirekt gewähltes Organ, das sich der Kontrolle der Bevölkerung weitgehend entzieht.

Das sind nur stichwortartig ein paar Tatsachen, die zeigen, warum es so überaus schwer ist, die große Stadtgemeinde weiterhin als politisch tragfähige Kraft in der Demokratie zu erhalten.

Ich will ein leidvolles Kapitel, das die politischen Entscheidungen generell betrifft, nur berühren. Herr Rovon fragte, welche echten Entscheidungsmöglichkeiten denn beim Aufstellen eines Haushaltsplanes zum Beispiel für eine Großstadt noch vorhanden sind. Wir sind durch unser Finanzsystem in unseren Entscheidungen in einem ungeheuren Maße fremddeterminiert. Das, worüber im Gemeinderat disponiert werden kann, was also noch zu echter Entscheidung ansteht, ist so geringfügig, daß es zweifelhaft ist, ob dafür das Pathos politischer Demokratie noch in Anspruch genommen werden darf.

Rollmann

Das ist doch aber im Bund und in den Ländern genauso, Herr Reschke.

Grossner

Das ist doch gerade das Problem: Wieweit läßt die "Fremddetermination" - die Entfremdung - noch Entscheidungen zu?

Reschke

Beim Bund stehen große politische Entscheidungen an, während es in den Gemeinden im Grunde nur darum geht, Prioritäten zu setzen. Die Entscheidung über die richtigen Prioritäten ist allerdings ein absolutes Politikum, denn die Aufgaben können nicht alle gleichzeitig erfüllt werden. Selbst diese Entscheidung wird aber weitgehend dadurch paralyisiert, daß die Zuschüsse, die für die einzelnen Projekte erforderlich sind, die Aufstellung der Prioritäten beeinflussen. Auch da richtet man sich nach dem Gesetz der größeren Zahl. Wenn man eine Straße baut, ist die kommunale Mark 1,80 wert; wenn man eine Schule baut, ist die kommunale Mark 1,25 wert; und wenn es sich um eine kulturelle Einrichtung handelt, ist die kommunale Mark nur 100 Pfennig wert. Auch das ist eine Fremddeterminierung. Wenn also schon einmal über Prioritäten entschieden wird, geschieht das leider nach der Phonstärke, mit der die einzelnen Wünsche vorgetragen werden.

Menke-Glückert

Das braucht aber nicht so zu sein.

Mahrenholz

Wieweit kann man die Parlamente an den Planungen beteiligen? Früher war die Beratung des Haushaltsplanes das nobelste Recht des Parlaments, weil der jährliche Haushaltsplan von allen in seinen Voraussetzungen begriffen werden konnte. Dem Parlament wurde nicht ein fertiges Paket vorgelegt, bei dem auf Grund der fixen Posten überhaupt keine Dispositionsmöglichkeiten mehr vorhanden sind. Mir scheint, daß die Haushaltsberatungen nur deshalb so unbefriedigend sind, weil die Planung, sofern der Staat sie macht, nicht alternativ geschieht.

Wenn wir ein langfristiges Alternativkonzept hätten, dann würde es die Aufgabe der Technokraten sein, das gesamte Material - Grunddaten, Folgekosten, notwendiges Personal und so weiter - nach politischen Gesichtspunkten in Alternativprogramme einzufangen und so Beratung und Entscheidung des Parlaments zu ermöglichen. Das Problem, ob nicht auch solche Entscheidungen der Parlamente manipuliert werden, und zwar dadurch, daß man bereits die Alternativen manipuliert, würde ebenfalls wegfallen; denn die Prioritäten und die Maßstäbe, nach denen sie gefunden werden, müßten mit angegeben werden. Dann hätte das Parlament drei oder vier Modelle zur Verfügung und könnte entscheiden, wie es sich eine langfristige Entwicklung vorstellt. Damit würde es seine bisher im Budgetrecht wurzelnde Souveränität wiedergewinnen. Dadurch wäre auch ein Beitrag zur Bestimmung der Rolle der Technokraten in der Demokratie geleistet.

Menke-Glückert

Wie steht es mit den Informationen, die gerade bei der Langfristplanung notwendig für aktive Bürgerinitiativen sind? Wie kann das Informationsmonopol der Exekutive gebrochen werden?

Reschke

Nicht die Exekutive hat ein Monopol, sondern die Parteien haben es, weil sie genau wissen, was von der Bevölkerung gewünscht wird; sonst würden sie ja nicht wiedergewählt.

Menke-Glückert

Das läßt sich aber nicht in Handlungsalternativen, die mit Daten belegt sind, umsetzen. Das können die Parteien oft überhaupt nicht. Sie haben meistens nicht die Mittel und Expertenstäbe. Vielleicht ändert sich das mit Hilfe der vom Bundesinnenminister gezahlten Gelder.

Glötz

Man muß eine Konkurrenz zwischen den Institutionen schaffen. Die Hochschulplanung zum Beispiel wird auf der einen Seite von den staatlichen Instanzen gemacht. Auf der anderen Seite ist jetzt eine autonome Planung der Hochschulen durch eine Bundeshochschulkonferenz in der Diskussion. Es könnte dann auch von der Hochschulseite ein Alternativplan vorgelegt werden, da die Hochschulbürokratie ebenfalls über Informationen verfügt.

Mahrenholz

Die Daten der Bürokratie müssen allgemein zugänglich gemacht werden, und zwar schon in einem relativ frühen Stadium, sobald sich Alternativen herauszukristallisieren beginnen. Das gleiche gilt für die Kommunen bei der Aufstellung eines Landesentwicklungsprogramms.

Menke-Glückert

Wer entscheidet darüber, was Alternativen sind?

Mahrenholz

Das wird nach gesellschaftspolitischen Maßstäben entschieden, die notwendig sind, um Prioritäten zu setzen. Solche Prioritäten können zum Beispiel sein: Schule oder Umweltschutz; und innerhalb des Sektors Schule wiederum kannte es darum gehen, ob Vorschulklasse oder zehntes Schuljahr den Vorrang haben soll.

Litten

Diese Prioritäten setzt aber das Parlament.

Mahrenholz

Die setzt das Parlament nicht, es entscheidet über sie. Aus diesem Grunde müssen die Daten dafür zugänglich gemacht werden.

Litten

Durch Sendungen wie "Panorama"?

Mahrenholz

Beispielsweise über öffentlich-rechtliche Datenbanken, oder indem der Planungsstab an die Öffentlichkeit tritt und seine Vorschläge vorlegt.

Pirker

Sind in Ihrem Modell auch die Forderungen der Wissenschaftler und der Wissenschaftsorganisationen enthalten?

Litten

Die sind doch entscheidungsmäßig impotent.

Haus

Es wurde vorhin gefragt, was sich denn in den letzten fünf oder zehn Jahren in bezug auf unser Demokratie-Thema verändert hat. Verändert hat sich nach meiner Meinung, daß das Thema Partizipation, das heißt der Wille zur Mitwirkung an der Entscheidungsfindung, an vielen Stellen, speziell im Gemeindebereich, aufgeworfen worden ist. Wir können heute keine Hauptstraße mehr umbenennen, ohne es mit einer dagegen aufbegehrenden Bürgerinitiative zu tun zu bekommen. Wir können in einer Stadt kein Kraftwerk oder gar Klärwerk mehr ansiedeln, ohne uns in den Repräsentativorganen der Gemeinde mit Bürgerinitiativen auseinandersetzen zu müssen. So sind in den letzten Jahren im kommunalen Gebiet zahllose Initiativbewegungen entstanden, Bürgerinitiativen, die etwa zu Kindergartengründungen, Eröffnung von Gemeinschaftseinrichtungen oder zur Rücknahme kommunaler Entscheidungen führten. In diesem Bereich zeigt sich, daß vor allem die jüngere Generation das rationalere, planende Element in bezug auf die öffentliche Verwaltung und die Gesamtheit der Daseinsvorsorge fordert und sich dort engagiert. Hier ist jedenfalls ein Ansatzpunkt, das Fundament stärkerer Teilnahme an der - zunächst örtlichen - Demokratie zu verbreitern.

Die Entscheidungsprozesse, gerade im kommunalen Bereich, sind zwar weitgehend durch überregionale Daten präformiert, aber keineswegs so weit, wie Herr Grossner vorhin meinte. Im kommunalpolitischen Entscheidungsspielraum der Gemeinden sind noch erhebliche Felder für eine Mitwirkung offen. Nicht ohne Grund wendet sich der politische Reformeifer der jüngeren Generation gerade diesen konkreten Punkten zu. Dafür ist das Gebiet der Stadtentwicklung besonders prägnant. Planen bedeutet zum Teil zwar Vorentscheiden, zum Teil aber auch, daß Entscheidungen aufgeschoben werden; und durch den Aufschub besteht die Möglichkeit, die Betroffenen früher, in größerem Umfang und auch konkreter zu informieren, als das heute in den meisten Städten und Gemeinden der Fall ist.

Auf diese Weise könnte man den zu weiten Vorsprung der Exekutive und der Vertretungskörperschaft hinsichtlich der Informationen abbauen, damit die Betroffenen eben nicht nur gelegentlich auf dem Marktplatz vor einer verstaubten Vitrine stehen mit der Aufschrift: "So sieht deine Stadt morgen aus": Es kommt darauf an, die Betroffenen wirklich an den Vorplanungen durch Information, Anhörung und so weiter zu beteiligen. Auf diese Weise könnte man neben das Repräsentativsystem in den Gemeinden einen sekundären, aber wichtigen Verbindungskanal schaffen, zum Beispiel in Form von gemischten Ausschüssen für Gemeinderatsmitglieder und Betroffene, damit diese zu einem Zeitpunkt einbezogen werden, an dem noch wirkliche Alternativen und Prioritätsentscheidungen offen sind und daher auch sinnvoll erörtert werden können.

In München versucht man es mit Bürgerforen. Man kann auch an neue kommunale Informationswege zum Beispiel mit Hilfe des örtlichen Rundfunks oder des Kabelfernsehens denken, um die Bürger, vor allem die jüngere Generation, zum Mitagieren zu gewinnen. Ein solches Engagement wird den Verantwortlichen in der Verwaltung häufig lästig und verdächtig sein. Es wird auf seilen der aktivierten Bürger Utopisten, Konflikttideologen und Querulanten geben. Beirren lassen darf man sich dadurch zumindest für eine sehr lange Einübungszeit keinesfalls.

Zum Mitentscheiden müssen allerdings noch Verfahren gefunden werden; denn das Repräsentativsystem soll nicht grundsätzlich verändert werden, weil wir zur Zeit kein nachweislich

besseres, in der Praxis demokratischeres zur Hand haben. Räteysteme mit gebundenem Mandat eröffnen aller bisherigen Erfahrung nach manipulatorischen, weniger demokratischen Verfahren das Tor. Bürgerentscheide eignen sich für Grundentscheidungen. Häufige komplizierte Einzelentscheidungen sind mit Ja/Nein-Suggestiventscheidungen - im Anschluß an oft emotionale Agitation - nicht gut zu praktizieren.

Der Grund, daß es heute zu wenige Menschen gibt, die an den Dingen des Gemeinwesens aktiv teilnehmen, liegt an der mangelnden Information, an ungenügender Grundausbildung sowie an traditionellen Resignationsschwellen, wie etwa der: "Die machen da oben ja doch, was sie wollen". Um eine demokratisch tragfähige Motivation der Bürger entstehen zu lassen, dazu bedarf es auch einer gewissen Selbstentäußerung derer, die in den gewählten Repräsentativgremien, den Stadträten, den Magistraten und so weiter sitzen. Denn sie müssen lernen, eigene traditionelle Informations-Kompetenzen zugunsten unbequemerer, zeitaufwendiger Beteiligungsverfahren einzuschränken. Eine "vollständige" Information für die Kommunalbürger, wie sie Herr Litten gefordert hat, ist auch auf lange Sicht eine Utopie. Es können aber Informationen gegeben werden, die als Grundlage für eine Mitsprache überwiegend ausreichen.

Die Entscheidungsverfahren in der Repräsentativ-Demokratie - auch am Fundament unseres Staates, in der Gemeinde - sind heute zu geschlossen; sie sind starr, verharscht, oft unrational und wenig effektiv. Das macht die nächste Generation nicht mehr mit, wie wir in einigen Jahren in den Gemeinden, angefangen von den Großstädten bis hin zu den kleineren Gemeinden, vermutlich erleben werden.

Es ist zu früh, schon jetzt ganz Konkretes über Einzelverfahren einer stärkeren Beteiligung Betroffener an Entscheidungen innerhalb unserer Repräsentativ-Demokratie zu sagen. Es ist aber nicht zu früh, sich um solche Ansätze zu bemühen und die im Kommunalbereich bereits aufkeimenden Versuche zu erkennen.

von Bismarck

Alles das, was in der letzten Runde gesagt worden ist, vor allem die Argumente von Herrn Reschke, haben die These von Herrn Rovon bestätigt, daß die Konzeption des föderalistischen Aufbaues der Demokratie von unten nach oben nicht nur mit einem, sondern mit vielen Fragezeichen zu versehen ist.

Lombardo-Radice

Demokratisierung der Demokratie meint auch eine Stärkung der traditionellen demokratischen Institutionen. In Italien erleben wir zum Beispiel seit kurzem einen demokratischen Kampf um die Regionen. Die kommunistische Partei Italiens, die ich hier vertrete, setzt sich für diese Regionen ein. In der Verfassung ist schon seit einem Vierteljahrhundert davon die Rede. Wir halten es für sehr wichtig, dieses Netz von repräsentativen Institutionen zu erweitern und zu verstärken. Da das italienische Parlament heute sehr schwach ist, muß man dafür kämpfen, daß es wieder stärker wird. Diese und ähnliche Maßnahmen sind zwar notwendige, aber noch keine hinreichenden Bedingungen für eine Demokratisierung der Demokratie.

Ich möchte noch zwei Bemerkungen machen. Erstens: Die großen Veränderungen in Italien erfolgten ohne eine Entscheidung der Parlamente oder der Regierungen. So befindet sich zum Beispiel Süditalien in einem schrecklichen Zustand; Millionen von Arbeitern sind abgewandert, unter anderem nach Westdeutschland; Hunderttausende gingen nach Norditalien. Dabei verfügt Süditalien potentiell über einen sehr großen Reichtum. Jetzt ist es fast zu einer Öde geworden. Worauf ist das zurückzuführen? Den Ausschlag hat die italienische Großindustrie gegeben, die alles im industriellen Dreieck um Turin und Mailand konzentriert hat. Das wirtschaftliche und industrielle Ungleichgewicht zwischen Nord- und Süditalien ist durch die Kapitalisten herbeigeführt worden. Das hat zwar niemand direkt entschieden, dennoch geschah es. Das gleiche gilt für Veränderungen in den Großstädten.

Meine zweite Bemerkung gilt der Frage, ob eine Profitwirtschaft mit einem demokratischen Entscheidungssystem vereinbar ist. Denken Sie etwa an das Wohnungsproblem in den Großstädten. Um eine Demokratisierung der Demokratie zu erreichen, muß die Profitmacht der Kapitalisten bis zu einem gewissen Grade kontrolliert werden. Ich spreche nicht davon, sie abzuschaffen, sondern sie zu kontrollieren. Das ist keine Propaganda und nicht nur eine Frage, die Kommunisten oder Revolutionäre stellen, sondern ein allgemeines öffentliches Problem.

Die Demokratisierung der Demokratie ist außerdem eine Frage, die seit 1968 in Italien von Arbeitern und jungen Leuten sehr heftig diskutiert wird. Wir haben nach 1968 Studenten- und

Arbeiterversammlungen erlebt. In den Fabriken gab es die sogenannten Liniendelegierten. Das ist ein Repräsentantensystem, welches eng mit der Produktion verknüpft ist. Ich bin also der Meinung, daß die repräsentative Demokratie durch Formen der direkten Demokratie vollendet werden muß.

Litten

Und wie kontrolliert man die Kontrolleure?

Lombardo-Radice

Mit demokratischen Wahlen - allgemeiner gesagt: mit Freiheit.

von Bismarck

Herr Lombardo-Radice hat die Frage gestellt, ob bei einem liberalen kapitalistischen System der Antrieb des Profits zu einer gesellschaftlichen Entwicklung führt, die dem gesamtgesellschaftlichen Interesse entgegengesetzt ist. Das ist keine speziell italienische Frage. Welche Potenz muß demgegenüber die zentrale Gewalt haben, um solche Entwicklungen verhindern zu können?

Rovan

Ich möchte noch einmal auf die Autonomien zurückkommen, die Herr Altmann erwähnte. Ich habe in meinem Vortrag davon gesprochen, daß die Grenzen der Autonomien zu weit gesteckt sind und diese zum Teil als Autonomien gar nicht mehr existieren. Das hat auch Herr Reschke eben betont. Die meisten Gemeinden sind für eine Aktivierung von Beteiligung schon räumlich viel zu groß. Die Frage ist, wie man einerseits echte Autonomien schaffen kann, ohne die der Wunsch nach Mitbestimmung und Mitbeteiligung in aktiven Minderheiten an der Kompetenzlosigkeit erstickt, ohne andererseits die Notwendigkeit von zentralen Entscheidungen aufzugeben. Ich sehe hier einen konkreten Widerspruch: Je mehr Autonomien man schafft, desto größer wird die Gefahr von anarchischen Erscheinungen. So ist für mich heute zum Beispiel die Auflösung des Überzentrismus des französischen Universitätssystems von Bedeutung. Wie können sechzig Universitäten, die Erben der napoleonischen Überzentrierung sind, autonom sein? Welche Autonomie müssen sie haben, damit die Mitverwalter nicht enttäuscht werden, weil sie nichts zu sagen haben? Und welche Grenzen muß es geben, damit hier nicht eine heillose Anarchie eintritt? Es ist klar, daß Autonomien auf allen Ebenen der Gesellschaft Voraussetzung für die Demokratisierung der Demokratie sind. Ich habe vorhin etwa auf die Möglichkeiten der regionalen Kabelfernsehsysteme als Gegengewicht zu den großen nationalen Fernsehangeboten hingewiesen. Hier könnte eine zusätzliche Aktivierung entstehen.

Zu Herrn Rollmann: Warum sind die Leute nicht da, wo Sie wünschen, daß sie sein sollten? Ich kann mich nicht damit begnügen zu sagen, sie sollten da sein, und durch bessere Erziehung sowie mehr Transparenz werden sie vielleicht dahin kommen. Die Unzufriedenheit mit den mangelnden Möglichkeiten der Teilnahme gerade in den Institutionen, von denen Sie sprachen: Parteien, Schöffengerichte, Betriebsräte und so weiter, ist unbezweifelbar.

Ich habe darauf hingewiesen, daß sich Nebeninstitutionen informeller Art ausbilden, zu denen man in eine neue Beziehung treten muß. So wurde zum Beispiel in den Gemeinderatswahlen vor sechs Jahren in keiner französischen Gemeinde die Kulturpolitik von den Parteien an die erste Stelle gesetzt. Durch Aktionen vom Typus Grenoble hat sich die Situation im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen im Sommer 1971 völlig verändert. Es wurde dadurch nämlich erreicht, daß die Entscheidungen der Gemeinden auf dem kultur- und schulpolitischen Sektor - wo sie an sich in Frankreich sehr wenig zu sagen haben, aber durchaus mehr tun könnten - vornehmlich von den Linksparteien in den Vordergrund gestellt werden. Das hat seine Ursache in dem Zusammenwirken bestimmter kulturpolitischer Gruppen in den Gemeinden und den drei Linksparteien - Sozialisten, PSU, Kommunistische Partei. Diese Parteien haben sich allmählich aufgeschlossen gezeigt, wenn auch nicht ohne Widerstände der Apparate. Es besteht eine gewisse Komplementarität zwischen den informellen Gruppen der militation und den traditionellen mehr repräsentativen Gruppen. Natürlich können die parallelen Gruppen die repräsentative Demokratie, das heißt die Parteien, die Gemeinderäte und die Parlamente nicht ersetzen; aber sie führen vielleicht zu einer zusätzlichen Belebung.

Ebenso verhält es sich auf der nationalen Ebene: Dort kann das Parlament, etwa in den Fragen der Planung, heute praktisch überhaupt nichts tun; denn die wesentlichen Auseinandersetzungen finden im Rahmen der Plankommission statt. Man muß sich also fragen, wie man das Parlament in diesen Dingen aktiver machen und wie man die Rolle der nach anderen Prinzipien ausgewählten Gruppen des Plankommissariats besser mit den Organen der repräsentativen Demokratie koordinieren kann.

Tritt das Parlament vielleicht in einem falschen Moment auf? Müßte die Einwirkung des Zentralparlaments auf die Budgetdiskussion zum Teil nicht schon in die internen Besprechungen der Ministerien verlegt werden? Denn der Staatshaushalt, so wie er heute vor die Nationalversammlung kommt, ist bereits sehr weit ausgearbeitet und in den Details festgelegt.

Rollmann

Dieses Problem besteht in der Bundesrepublik nicht, weil die Bedeutung des Bundestages ungleich größer ist als die der französischen Nationalversammlung unter der Verfassung der Fünften Republik.

Rovan

Daß der Bundestag eine größere Bedeutung hat, Herr Rollmann, ist unbezweifelbar. Aber die Klagen über die ungenügende Beteiligung an Parteien, Schöffengerichten und Betriebsräten haben Sie aus der deutschen Wirklichkeit gebracht.

Herr Reschke möchte ich sagen, daß die Schaffung neuer Einheiten der Mitwirkung etwa in den Stadt und Wohnvierteln durchaus wichtig ist. Wir müssen auf ganz andere Strukturen hin denken. Vielleicht ist die gegenwärtige Gemeindestruktur zugleich zu groß und zu klein, wie Sie richtig sagten. Wenn etwa mehrere Gemeinden zu einer größeren Einheit zusammengeschlossen werden, dann reichen die indirekt gewählten Aufsichtsräte nicht aus, sondern es müssen repräsentative demokratische Institutionen geschaffen werden. Aber auch hier stellt sich das Problem: Wie können die aus irgendeinem Grund aktiv werdenden Minderheiten befruchtend und animierend auf die Institutionen der repräsentativen Demokratie einwirken? Zum Beispiel durch Hearings und Kommissionen, durch Öffnung der Repräsentativorgane für die Vertretungen von aktiven Minderheiten und anderes mehr.

Das wirkt sich besonders bei den konkreten Großproblemen aus, von denen Herr Lombardo-Radice sprach, zum Beispiel in der Wohnbaupolitik. In keiner Stadt kann man die Wohnbaupolitik ohne eine Reform der Eigentumsgesetzgebung angehen. Denken Sie an die Landreservation: Stockholm hat diese Frage gelöst, weil die Gemeinde vor fünfzig Jahren praktisch das ganze umliegende Land gekauft hat. In den meisten europäischen Gemeinden ist das Problem nur dadurch zu lösen, daß die Frage des Verfügungsrechts über Grund und Boden in einer radikalen Weise angefaßt wird. Das weiß jeder Aktivist einer *fondation municipale*. Diese Minderheiten sind eben genügend motiviert, um auch viel zu lernen.

Das betrifft wiederum die Bildungssysteme, Herr Rollmann. Wenn wir glauben, es gehe lediglich darum, mehr zu lernen und deshalb müßten mehr Schulen gebaut werden, sind wir wahrscheinlich fehlgelagert. Es handelt sich vielmehr darum, im Sinne einer *éducation permanente* ganz neuartige Bildungseinrichtungen und -möglichkeiten zu schaffen. In welchem Land gibt es zum Beispiel eine permanente Schulungsmöglichkeit für Gemeinderäte? Die wenigen vorhandenen Institutionen dieser Art sind weit entfernt von dem, was wirklich nötig wäre.

Grossner

Die Ausführungen von Herrn Lombardo-Radice über den politischen Entscheidungsprozeß in Italien, daß nämlich große Veränderungen stattgefunden haben, ohne daß dies auf konkrete Einzelentscheidungen zurückzuführen sei, haben systematische Bedeutung. Das zeigte sich besonders in seiner Frage, ob der politische Kapitalismus mit den Bedingungen, die wir als demokratische bezeichnen, vereinbar ist. Das ist gleichzeitig die Frage nach den systematischen Bedingungen von Entscheidungsfreiheit. Herr Reschke hat dazu an konkreten Beispielen, die die gesellschaftliche Basis betreffen, einen Aushöhlungsprozeß aufgezeigt, in dem scheinbar politische Entscheidungen gefällt werden, während in Wirklichkeit nur das nachvollzogen wird, was von anderen, etwa von Budgetierern, bereits festgelegt ist.

Dieses gesamtgesellschaftliche Verständnis von politischen Entscheidungen, wie es Herr Lombardo-Radice und Herr Reschke haben, ist diametral entgegengesetzt jener "unheiligen" Allianz, die sich hier vorher zusammengetan hatte. Ich meine einmal die orthodoxe Theorie des liberalen Rechtsstaates des 19. Jahrhunderts von Herrn Stern, die zu der pragmatischen, personalisierten Parteitheorie von Herrn Rollmann paßte. Andererseits führte die Allianz von Herrn Litten und Herrn Altmann zu ähnlichen Konsequenzen. Litten und Altmann versuchen festzustellen, inwieweit innerhalb der Gesamtgesellschaft kleineren Einheiten Mitbestimmung oder Demokratisierung ermöglicht werden kann. Dabei führte die Gehlen/ Schelskysche Analyse von Herrn Altmann, nach der keine realen Entscheidungsmöglichkeiten angesichts der "Sachzwänge" mehr vorhanden sind, zu der konsularischen Diktatur auf Zeit bei Herrn Litten.

Bei dem gesamtpolitischen Verständnis von Herrn Lombardo-Radice, Herrn Reschke und auch von Herrn Rován stellt sich nun die Frage, wo zum Beispiel innerhalb der Stadt noch eine reale Entscheidung getroffen werden kann. Herr Lombardo-Radice hat versucht, die politischen Entscheidungen innerhalb des Parlaments mit Interessengruppierungen in Zusammenhang zu bringen. Er nannte das Beispiel des industriellen Dreiecks in Norditalien und sagte, die Entscheidungen seien eigentlich in einem "pressure group"-Prozess herbeigeführt worden.

Aber fällt diese Konzeption, deren gesamtpolitischen Ansatz ich für richtig halte, nicht doch wieder zurück auf die liberale und damit personalisierende Rechtsstaatsposition des 19. Jahrhunderts, bei deren Kritik Marx vor hundert Jahren mit Recht ansetzte? Geht diese Position nicht heute unter veränderten Gesellschaftsbedingungen allzu nahtlos von Ausbeutern und Ausgebeuteten aus und glaubt, bestimmte Klasseninteressen eindeutig einzelnen Gruppierungen innerhalb der Gesellschaft zuordnen zu können? Wenn diese Zuordnung aber der empirischen Analyse nicht standhält, dann fällt das scheinbar marxistische Modell eines der führenden Theoretiker der Kommunistischen Partei Italiens zurück hinter das, was Marx in einer anderen Zeit geleistet hat.

Litten

Herr Altmann hat versucht aufzuzeigen, welche Autonomiebereiche es heute noch geben, wie man sie ausfüllen und wie weit die politische Kategorie der Identität einer solchen Autonomie noch ihren Sinn haben kann. In diesem Zusammenhang finde ich es auch richtig, Herr Reschke, was Sie über die Unüberschaubarkeit der modernen Gemeinde gesagt haben. Hier wäre allerdings mit Gegenmaßnahmen einzusetzen, um Demokratieverständnis und politisch bewußtes Bürgertum wieder hervorzurufen. Hierzu möchte ich den Generalsekretär der CDU zitieren, der Demokratie eine Angelegenheit des Staates und nicht der Gesellschaft nannte. Dazu habe ich vorhin gesagt, daß es darum gehe, die Demokratisierung der Gesellschaft in den Räumen vorzunehmen, die noch überschaubar sind. Es geht darum, bestimmte Bereiche von Gesellschaft herauszuarbeiten, innerhalb derer Demokratie notwendig und möglich ist.

Herr Rován sprach vom antiautoritären Staat beziehungsweise von der antiautoritären Autorität. Wenn dieser Staat als ein Sozialstaat begriffen werden soll, dann muß es sich zwangsläufig um einen antiautoritären handeln, da er für alle Gruppen der Gesellschaft die Verteilerfunktion vornehmen soll. Diese Funktion kann er aber nur dann vollziehen, wenn er eine entsprechende demokratisch legitimierte Autorität besitzt.

Ich bin nämlich der Meinung, daß es diesem Staat weiß Gott an Autorität gebricht. Er wird zum Beispiel in den Tarifaueinandersetzungen als Schiedsrichter gerufen, was ich im Rahmen seiner Funktion als Sozialstaat für begrüßenswert halte, denn die Tarifautonomie ist im Grunde genommen ein liberales Relikt, bei dem man sich fragen muß, wieweit in diesem Falle nur bestimmte Gruppeninteressen gegen ein wohlverstandenes gesamtgesellschaftliches Interesse geltend gemacht werden. Beides müßte man gegeneinander abwägen. Wenn man die Tarifautonomie als Element eines demokratisch verstandenen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses beibehalten will, bedarf es eines Regulativs, um eine Entscheidung zu erreichen. Dann braucht aber dieser Staat mehr Autorität, als er heute hat. Auch wenn es paradox klingen mag: Gerade der demokratisch legitimierte Staat braucht mehr Autorität in Situationen, in denen er zur Entscheidung gerufen wird.

Grossner

Von wem wird er - frei nach Carl Schmitt - "zur Entscheidung gerufen?"

Litten

Zum Beispiel von den Tarifpartnern.

Pirker

Er ist doch in den meisten Tarifverhandlungen selber Partner. Ist dieser Staat überhaupt im Sinne des Tarifrechtes der Weimarer Republik als Schiedsrichter legitimiert?

Litten

Er ist eben nicht mehr der Staat der Weimarer Republik, sondern er muß heute als Sozial- und Verteilerstaat begriffen werden.

Pirker

Sie meinen also, er wird im Grundgesetz als ein Staat der autoritären, antiplebischen Demokratie begriffen?

Litten

Das ist eine Unterstellung, die ich nicht mitmache.

Die Autorität, von der ich spreche, kann der Staat meines Erachtens nur erlangen, wenn er in den Stand versetzt wird, bestimmte Prämien auf den legalen Machtbesitz zu ziehen. Solange die eigentliche Funktion dieses Staates durch bestimmte Ideologien verdeckt wird, kann er diese Autorität gar nicht haben. Wenn ich also auf der einen Seite die Demokratisierung und Politisierung der Gesellschaft fordere, dann verlange ich auf der anderen Seite, daß die politisierte Gesellschaft ihren Staat legitimiert. Und von dieser Legitimation her müßte er dann auch eben jene Autorität haben, eine Schlichterfunktion auszuüben, wenn es um konfligierende Interessen innerhalb der Gesellschaft geht.

Rovan

Das Verständnis unserer entgegengesetzten Positionen wird mir jetzt viel klarer. Ich möchte nur sagen, daß es für mich einen Staat als eigenständige Institution nicht gibt.

Litten

Das sage ich ja auch nicht.

Glötz

Litten konterkariert Brandt: Der eine will mehr Demokratie und der andere mehr Autorität wagen.

Rollmann

Die Herren wollen das auf verschiedenen Ebenen machen.

Glötz

Darauf müßte man im Zusammenhang mit einer Reihe von sozialdemokratischen Ideen zurückkommen.

Litten

Aber dasselbe gilt doch, wenn Christdemokraten regieren; das kann ja auch mal passieren.

Glötz

Weil das eben passieren kann, habe ich solche Angst, wenn Sie mehr Autorität wagen wollen.

Mahrenholz

Was Sie hier als Autorität ausgeben, Herr Litten, ist nichts weiter als potestas. Diese beiden Begriffe werden immer verwechselt. Wie Herr Rován, weiß auch ich eigentlich nicht mehr genau, was ein Staat ist; es gibt bestimmte gesellschaftliche Funktionen und Institutionen, die in der Verfassung normiert sind. Natürlich müssen solche Institutionen Macht haben. Das würde ich aber nicht Autorität nennen. Sie haben von einer Prämie gesprochen. Diese Prämie ist eine Frage der Macht und nicht der Autorität. Herr Pirker hat ja zu Recht gefragt, wie jemand Autorität haben könne, der selbst davon profitiert, wenn er zum Beispiel unmittelbar vor Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst eine Orientierungsleitlinie setzt. Der Unterschied zwischen sieben und dreizehn Prozent kann nämlich die gesamte investive Spanne für innere Reformen auffressen.

Altmann

Das ist ein schlechtes Beispiel, weil der Beschluß des Parlaments über den Haushalt durch die Tarifverhandlungen konterkariert wird. Damit wird die Omnipotenz des Parlaments in der Haushaltsfrage gestört. Wir nehmen das hin, weil wir meinen, es sei praktisch besser so. Aber darin liegt ohne Frage ein Widerspruch. Deswegen ist Ihr Beispiel nicht gut.

Pirker

Das Beispiel ist zumindest rechnerisch richtig, Herr Altmann.

Mahrenholz

Ich wollte nur darauf hinweisen, daß sich Autorität hier nicht manifestieren kann, weil der, der Autorität ausüben soll, zugleich Partei ist.

Bauer

Demokratisierung der Demokratie ist hier so besprochen worden, als hätten wir darüber zu diskutieren, ob der Parlamentarismus in der heutigen Zeit noch möglich ist. Alles, was etwa zur Frage der Überschaubarkeit gesagt wurde, spricht eigentlich dagegen, daß der Parlamentarismus in der jetzigen Form bestehenbleiben kann. Ich bin nicht dieser Meinung. Ich verstehe unter Demokratisierung der Demokratie vor allem, wie man jene, die durch die Abgabe ihrer Stimme mit über die Wahl der Abgeordneten entscheiden, reifer machen kann, um damit einen Einfluß auszuüben.

Wir haben in den letzten zwei Jahren in der Bundesrepublik eine ganze Reihe konkreter Beispiele erlebt, wo demokratische Initiativen Entscheidungen beeinflußt haben. So hatte zum Beispiel die Sozialdemokratische Partei zur Bayernwahl aus der Überzeugung heraus, daß die FDP dort keine Chance habe, in Mittelfranken die Parole herausgegeben: Wählt SPD - die Stimmen für die FDP sind verloren. Dagegen haben sich auf Grund eigener politischer Bewußtseinsbildung in einer Reihe von Universitätsstädten und mittleren Gemeinden Wählerinitiativen gebildet, und zwar gegen den Willen der SPD-Führung. Diese Initiativen haben dafür gesorgt, daß die FDP die erforderlichen Prozente an Stimmen bekam und in den Bayerischen Landtag zurückkehrte. Dadurch wurde die Bundesregierung bis zu einem bestimmten Grade stabilisiert.

Litten

Es gibt auch eine Basisentwicklung, die dahin geführt hat, daß die CSU 56 Prozent der Stimmen erhielt.

Bauer

Sowohl die CSU als auch die FDP haben sich des Instruments der Wählerinitiative bedient, das 1965 zur Unterstützung der SPD entstanden war.

Diese Wählerinitiative möchte ich als einen Schritt zur Demokratisierung bezeichnen, indem die Wähler, ohne parteipolitisch gebunden zu sein, aus ihrem politischen Bewußtsein heraus auf die Wahl einwirken, um bestimmte politische Entscheidungen an der Spitze zu beeinflussen.

Ein zweites Beispiel: Die derzeitige Entwicklung der Ostpolitik hat nicht mit dem Jahre 1969 begonnen, sondern war ein längerer Prozeß, der in verschiedenen Phasen vorbereitet werden mußte, damit die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung innerhalb eines Jahres so initiativ werden konnte.

Altmann

Meinen Sie Gerhard Schröders Initiative?

Bauer

Zum Teil auch von Herrn Schröder. Ich denke hier aber insbesondere an die Rolle bestimmter Massenmedien. Die Wähler wußten 1969 genau, was die künftige Bundesregierung unter Führung eines Bundeskanzlers Willy Brandt in der Ostpolitik machen wird.

Rollmann

Nein.

Bauer

Dafür hatte schon die CDU mit ihrer Wahlpropaganda hinreichend gesorgt, Herr Rollmann. Die Wähler sind 1969 mit vollem Bewußtsein an die Urne gegangen und haben sich für eine bestimmte Politik entschieden.

Mir scheinen diese Vorgänge der Demokratisierung zumindest genauso wichtig wie eine abstrakte Diskussion über die Frage: Wie schaffen wir von oben bestimmte Veränderungen in der Struktur?

Altmann

Sprechen Sie nicht doch von den Sorgen des Parteiapparates der SPD, Herr Bauer?

Bauer

Nein, Herr Altmann, darin liegt eben der Unterschied zu Ihrer Organisation. Was die Entscheidungsprozesse an der Spitze betrifft, so geht es dabei nicht allein um Fragen des politischen Bewußtseins oder des politischen Willens der Regierenden. Das Problem ist vielmehr, daß eine Reihe von Interessengruppen auf die Entscheidungen der Exekutive Einfluß nehmen. Herr Rovon hat mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Gruppen zum größeren Teil keine demokratische Legitimität besitzen. Das gilt für den Deutschen Industrie- und Handelstag genauso wie für die Arbeitgeberverbände oder andere Institutionen.

Altmann

Sind Sie der Meinung, daß in der modernen pluralistischen Gesellschaft nur Massenorganisationen wie der Deutsche Gewerkschaftsbund demokratisch legitimiert sind?

Bauer

Keineswegs: Ich bin sehr dafür, Herr Altmann, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag existiert. Nur sollten Sie sich überlegen, wie Sie zu einer Legitimation kommen.

Altmann

Die Industrie- und Handelskammern sind durch Gesetz Körperschaften des öffentlichen Rechts. Wir haben demokratisch gewählte Vollversammlungen.

Rollmann

Es ist gut, daß das einmal gesagt wird.

Grossner

Das sind nominell-formale Wahlprozesse, die doch über die Realität "Demokratie" noch nichts aussagen.

Altmann

Die Vollversammlung wählt nach einfachem Mehrheitsprinzip den Vorstand. Das ist die demokratische Legitimation der Industrie- und Handelskammern; sie ist durch Gesetz festgelegt. Wenn Sie meinen, das wäre nichts mehr ...

Wocker

Herr Altmann, jede rechtsradikale Partei wählt ihren Vorstand auch so. Das Wählen allein sagt noch nichts über Demokratie.

Altmann

Auch bei den Gewerkschaften nicht.

Wocker

Selbstverständlich.

Altmann

Man darf Demokratie nicht festlegen als Intention der Linksparteien und ihrer Anhänger - das geht zu weit.

Bauer

Ich habe das Prinzip der Demokratie nicht für die Linksparteien gepachtet, sonst hätte ich nicht das Beispiel der Sozialdemokraten in Mittelfranken angeführt.

Ich wollte generell zur Frage der Demokratisierung der Demokratie nur folgendes sagen: Gerade beim politischen Entscheidungsprozeß geht es nicht darum, wie man hier etwas von oben ändern kann. Das Problem ist vielmehr, wie sich der Demokratisierungsprozeß mehr und mehr von unten durchsetzen kann.

Fischer-Appelt

Ich verstehe unter Demokratisierung der Demokratie erstens, wie Herr Rollmann, die bessere Nutzung der vorhandenen Räume und die Aktivierung einer Teilnahme innerhalb der politischen Institutionen, die wir haben. Über die Schwäche dieser Möglichkeit ist hier bereits gesprochen worden. Man wird sich fragen müssen, ob die Analyse schon bis zu den Gründen vorgestoßen ist.

Zweitens verstehe ich unter Demokratisierung der Demokratie die demokratische Gestaltung derjenigen Institutionen, die innerhalb der Gesellschaft eine bestimmte, gleichsam stellvertretende Rolle für alle spielen. Dabei geht es um die Wahrnehmung eines Gesamtaspektes, der nicht zum Teilaspekt verkommen darf. Damit ist auch schon ein Kriterium für ihre Einspielung auf das gesamtgesellschaftliche Interesse genannt. Das gilt ebenso für Subkulturen, die gleichsam erst damit beginnen, sich ihre institutionellen Formen zu erringen.

Drittens verstehe ich unter Demokratisierung der Demokratie die Aktivierung der Grundrechte und Freiheitsräume, von denen Herr Stern sprach, und zwar nicht nur im Sinne eines liberalen Verfassungsstaates des 19. Jahrhunderts, sondern in dem elementaren Sinne einer Demokratie, deren Verfassung, ob sie nun parlamentarisch ist oder eine andere Form hat, auf diesen Grundrechten beruht. Hier geht es in der Verfahrensweise allein um die bestmögliche Wahrnehmung dieser etwa bei uns in den ersten 20 Artikeln des Grundgesetzes verbrieften Grundrechte.

Hierbei muß ich feststellen, daß sich die Kritik an Gesellschaft und Demokratie, die in unserem Lande, speziell aber innerhalb der Hochschulen, aufgebrochen ist und die einem eruptiven Feld gleicht, in den Grenzen unserer geltenden Verfassung hält, wenn sie zum Beispiel versucht, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und das damit heute essentiell verbundene Recht auf freie Berufswahl und freien Zugang zu den Ausbildungsstätten zu aktivieren.

Es ist in der bisherigen Debatte noch nicht deutlich genug geworden, daß eben dieses Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit unter den Bedingungen der fortgeschrittenen technischen Zivilisation im wesentlichen darauf beruht, daß entsprechende Bildungsmöglichkeiten bereitgestellt sind. Es muß aber auch die Bereitschaft der Menschen geweckt werden, solche Bildungsangebote zu realisieren. Insofern handelt es sich hier nicht nur um einen wissenschaftspolitischen, sondern um einen im strengen Sinne politischen Prozeß. Erst dann wäre es möglich, ein im weitesten Sinne als wissenschaftlich zu bezeichnendes Verhalten auszuüben. Damit meine ich eine bestimmte Form von Allgemeinbildung, und zwar die notwendige Verbindung von Theorie und Praxis, damit die Bürger überhaupt in der Lage sind, sich ihre Freiheitsräume zu bewahren und sie aktiv zu nutzen, und zwar in der Beeinflussung der politischen Prozesse, die hierbei im Gange sind.

Was uns daran vorläufig noch hindert, ist die überkommene und verfestigte Unterscheidung von Sachverstand und Demokratie, die der Demokratisierung zahlreicher Institutionen entgegensteht. Ich gehe davon aus, daß der Sachverstand bisher in der Einwirkung auf die demokratischen Prozesse keineswegs immer nur zum Nutzen aller entfaltet werden konnte. Andererseits hat der Mensch als animal rationale immer schon die Dimension des zoon politikon bei sich und verlangt nach Teilhabe an gesellschaftlich relevanten Entscheidungsprozessen. Man sollte also endlich die diastatische Entgegensetzung von Sachverstand und Demokratie, von Wissenschaft und Politik und was es dergleichen Entgegensetzungen noch mehr gibt, aufgeben. Hier scheint mir eine besondere Verantwortung bei der Wissenschaft zu liegen, durch deren Erkenntnisse wir in ein neues Zeitalter eingetreten sind. Die Bedingungen der Realisierung dieser Erkenntnisse haben wir noch kaum von ferne erahnt und erfüllt.

Ein weiteres Grundproblem sehe ich darin, daß wir als Bürger heute einem Übermaß von Information aus aller Welt ausgesetzt sind. Es fehlen uns Möglichkeiten, die Informationen zu systematisieren und zu überschauen. Deshalb können wir sie auch im politischen Prozeß nicht nutzen und fallen immer wieder in die Isolierung bestehender Kleinkulturen zurück, in denen unsere Mitwirkung deswegen frustriert erscheint, weil eine so große Differenz klafft zwischen der Universalität heteronomer Entscheidungsvorgaben und der Partikularität autonomer Mitwirkungsmöglichkeiten. Die Überwindung dieser Diastase kann aber nur dadurch geleistet werden, daß dem einzelnen, ausgehend von seiner Arbeitssituation, die Möglichkeit gegeben wird, sich zunächst einmal erkenntnismäßig in diesen Prozeß, einzuspielen, um dann auch durch institutionelle Vorkehrungen entsprechend handeln zu können. Dabei setze ich voraus, daß Erkenntnis selber schon eine Form des Handelns ist.

Die Frage ist nun, ob eine Demokratisierung der Prozesse in allen anderen Institutionen der Gesellschaft stattfinden kann, wenn sie nicht innerhalb der Hochschulen beginnt, wo solche Erkenntnisse gewonnen werden. Ich meine, daß wir auch in dieser Hinsicht Fortschritte gemacht haben. Diese Fortschritte durch öffentliche Erklärungen zu diskreditieren und einen Aufruf zum Widerstand zu verfassen, ist sicherlich nicht die angemessene Form, diese Aufgabe vernünftig wahrzunehmen. Eine solche Form aber müssen wir gerade von denen erwarten, die bislang die Universitäten als die dazu Berufenen vertreten haben.

An diesem Punkt ist noch der Gedanke der Planung aufzunehmen. Herr Mahrenholz hat richtig gesagt, daß die Planung eine Aufgabe ist, der wir nur dann gerecht werden, wenn wir sie alternativ vollziehen. Solche alternativen Ansätze stellen uns aber vor die Schwierigkeit, daß wir gleichsam den Vogel im Fluge zu zeichnen haben, der wir selber sind. Die Paradoxie dieses Bildes ist dahingehend zu verdeutlichen, daß zunächst alle Anstrengungen darauf verwandt werden müssen, um die Geschäfte in den vorhandenen Institutionen am Laufen zu halten; zugleich muß der "Schritt zurück" gemacht werden, um ein Regulativ für die Zukunft zu erhalten und den Kreislauf des Bestehenden auf neue Ziele hin zu öffnen. Diese Aufgabe kann bewältigt werden, wenn man in stiller Geduld daran mitarbeitet und nicht mit öffentlichen Erklärungen rasoniert, die sich gegen alles richten, was heute notwendig ist. Dann wird es uns auch gelingen, über diese kritische Situation hinwegzukommen.

Grossner

Wie ist es denn zum Beispiel in Südamerika mit der "stillen Geduld"?

Litten

Wir sprechen hier doch im Augenblick von deutschen Universitäten.

Fischer-Appelt

Ich glaube, daß man von etlichen Leuten durchaus erwarten kann, diese Mitarbeit zu zeigen und weder in Resignation noch in einen bloß gestenhaften Widerstand zu verfallen. Denn es geht doch darum, das Schiff der Institutionen, gerade der Universitäten, an das nächste Ufer zu bringen.

Dazu ein letztes Wort. Ich glaube nicht, daß die Probleme, denen wir uns heute an der Universität gegenübersehen, nur solche der Universität sind, sondern sie sind gesellschaftliche Probleme, und zwar insofern, als hier paradigmatisch politische Auseinandersetzungen vollzogen werden, die der gesamten Gesellschaft gelten. Und es ist durchaus zu beklagen, daß diese Gesellschaft wie auf den Rängen eines Theaters sitzt und unter dem grellen Scheinwerferlicht der Massenmedien auf jene Bühne starrt, auf der sich heute die scheinbar grotesken Auseinandersetzungen abspielen, für die die Universitäten inzwischen offenbar berühmt geworden sind und um derentwillen die Gefahr besteht, daß sie aus dieser Gesellschaft ausgestoßen werden.

Rovan

Ich finde in dieser Diskussion zunächst die These bestätigt, daß es in der gegenwärtigen Entwicklung der Demokratie zwei komplementäre Wege der Repräsentation gibt. Der eine ist der traditionelle der Wahl von Vertretern, die im Prinzip das Nichtpartikulare vertreten. Jeder Abgeordnete ist ja im Prinzip Abgeordneter der Nation und nicht nur eines Wahlkreises oder einer Partei. Andererseits gibt es auf den verschiedenen Ebenen - vom fränkischen Wahlkreis bis hin zu den umfassendsten Gremien - die Intervention von aktiven Minderheiten, deren Repräsentationsprinzip ein anderes ist als das der Wahl. Die Frage ist erstens, worin es besteht, und zweitens, ob es irgendwie regulierbar ist. Die meisten dieser Gruppen sind entweder nach Vereinsgesetzen angetreten oder überhaupt nicht organisiert; sie werden aber immer wichtiger.

Der zweite Punkt ist, daß nicht nur die Methoden, sondern überhaupt die Funktion der Parlamente und ähnlicher Institutionen in einen immer stärkeren Widerspruch zur Wirklichkeit kommen. Das heißt, ihre Arbeitsmethoden sind falsch, sie können erst zu spät intervenieren und so weiter. Die gesamte Institution gehört gewissermaßen einer anderen Gesellschaft an und muß, da wir sie bejahen - zumindest unter allen denkbaren Formen für die am wenigsten schlechte halten;- in der heutigen Wirklichkeit funktionsfähig gemacht werden. Dazu gibt es eine ganze Reihe von wichtigen Ansätzen.

Die dritte Überlegung ist, daß alles, was mit Vorbereitung, Aufbereitung und Planung gemeint ist, in diesem Zusammenhang immer wichtiger wird. Einerseits wird der Ruf nach Intervention - sei es von den Normalgewählten, sei es von irgendwelchen aktiven Minderheiten, sei es von Verbänden - immer stärker; gleichzeitig ist aber die Planungsmethode größtenteils noch prä-rational. Die Ausarbeitung von

Alternativprogrammen mit den verschiedenen Ebenen, Finalitäten, Zielgruppen, Objektiven und so weiter ist noch viel zu wenig in die Praxis der Parlamente und auch der anderen Gruppen eingegangen. Eine der größten Schwierigkeiten besteht darin, wie der Privatbesitz jenes Basismaterials für die Planarbeit aufgehoben werden kann. Die Veröffentlichung sowohl der Informations- als auch der statistischen Quellen und so weiter ist also einer der wichtigsten Punkte. Wenn ich Aufhebung des Privatbesitzes sage, dann meine ich das in dem Sinne: Wer besitzt das Basismaterial? Wer hat ein Interesse daran, es weiter zu besitzen? Das betrifft also die Verwaltung sowie wirtschaftliche und technische Kreise. Besitz von Information ist heute ebenso ein Problem der Verallgemeinerung wie der Besitz von Produktionsmitteln. Denn Information ist in diesem Sinne ein Produktionsmittel.

Das sind konkrete Dinge. Jede Demokratisierung der Demokratie - ob nun auf der parlamentarischen oder der komplementären Ebene - hängt eng mit der Verwirklichung eines wirksamen Systems von permanenten Erziehungsmöglichkeiten zusammen. Unser gesamtes Schul- und Forschungssystem muß verändert werden unter dem Aspekt des lebenslangen Lernens.

Das impliziert eine Veränderung des Verhältnisses von Anfangsstudium und späterem Studium und muß die Möglichkeiten einschließen, sich bei Bedarf auf allen Lebensgebieten permanent weiterzubilden, ob es sich dabei nun um die Weiterbildung von Gemeinderäten, Betriebsräten und so weiter oder um berufliche Fortbildung handelt. Es müssen also Möglichkeiten geschaffen werden, um die notwendigen Informationen, die sich infolge der raschen technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung ständig erneuern, aufzunehmen. Dies ist vielleicht noch zu abstrakt, aber Sie sollten sich einmal überlegen, welche Veränderungen der gesamten Gesellschaftsstruktur eine Verwirklichung der *éducation permanente* zur Voraussetzung hat, und was sie hervorbringt.

Menke-Glückert

Das ist Futurologie.

Rovan

Futurologie ist alles, was: nicht sofort vollziehbar ist. Aber eine Regierung kann heute im Rahmen der finanziellen Gegebenheiten eine schrittweise Verwirklichung der *éducation permanente* durchführen - ob es sich dabei nun um die Öffnung der Universitäten für Nicht-Abiturienten handelt oder um die Einrichtung eines Bildungsurlaubs für Arbeitnehmer. Ich glaube nicht, daß es das Privileg des in vieler Hinsicht unterentwickelten Frankreich ist, diese Dinge schrittweise angehen zu können. Ich bin zum Beispiel stellvertretender Präsident einer Universität, an der immerhin sechzig Prozent der Studenten Nicht-Abiturienten sind.

Herr Bauer fragte nach der demokratischen Legitimität der Verbände. Die Frage kann im doppelten Sinne verstanden werden. Einmal kann sie die interne Demokratie betreffen; das heißt: Sind die Organe regulär gewählt und handelt es sich um eine echte Willensbildung oder nur um eine Fiktion? Zum anderen kann damit aber auch gemeint sein, ob zum Beispiel die Gewerkschaften legitimiert sind, über Ostpolitik oder über Kirchenpolitik zu sprechen; ob die Arbeitgeberverbände legitimiert sind, über Erziehungspolitik zu sprechen. Mit anderen Worten: Ist die demokratische Mitwirkungslegitimität auf bestimmte Sektoren beschränkt, oder ist sie mehr oder minder auf allen Gebieten vollziehbar?

So kann man sich zum Beispiel im Anschluß an das, was Herr Fischer-Appell sagte, die Frage stellen, ob das Gremium, das eine Universität leitet, nur aus Studenten, Lehrkräften und Mitgliedern des Verwaltungsapparates bestehen soll, oder ob die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft in ihr vertreten sein müßten. Das gilt aber ebensogut für den Rundfunk, für die Post oder für andere Institutionen.

Warum kann sich nun die enorme Mobilisierung an Beteiligungswillen nicht so vollziehen, daß jeder Bürger auf jedem Lebensgebiet aktiv wird? Es gibt hier ohne Zweifel eine Arbeitsteilung: Aktivisten in der Kirche, in der Gewerkschaft, in der Universität und in den Parteien, die sich vielleicht ergänzen und die auf allen Lebensgebieten den Veränderungsprozeß in Gang setzen und beschleunigen. Und da stellt sich wiederum die Frage: Wie sind diese Aktivisten legitimiert? Gibt es Möglichkeiten, die Repräsentation auf irgendeine Weise legal zu machen? Kann hier nur die Selbstbeauftragung herrschen, und wie ist es dann möglich, eine derartige Legitimation in die Realität einzubeziehen?

von Bismarck

Wir haben bisher eine Generaldebatte über die Frage geführt: Was ist in der Demokratie besser demokratisierbar? In der zweiten Runde sollten wir uns auf bestimmte Punkte konzentrieren und diese

dann eingehender diskutieren. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wir gehen thematisch vor, greifen also zum Beispiel das Thema Bildung oder das Thema Information auf. Oder wir nehmen uns bestimmte soziologische Bereiche vor, etwa die Gemeinde, die Betriebe, die Universität, die Verbände oder die Partelen. Ich bitte Sie mitzuhelfen, daß wir die Entscheidung, was wir in der zweiten Runde behandeln wollen, möglichst demokratisch vollziehen.

In einer kurzen Verfahrensdebatte wurden von den Teilnehmern folgende Themen für die weitere Diskussion genannt: Direkte Demokratie, Kommunikation und Information, Strukturpolitik und Planung, Universität, Parlament und Parteien, Gemeinde, Partizipation in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und in der industriellen Arbeitswelt.

In der anschließenden Abstimmung einigte man sich auf die Themen Partizipation und Information/Kommunikation.

Mayer

Wahrscheinlich bin ich hier nicht der einzige, der dem ersten Teil unserer Debatte mit einem großen Unbehagen gefolgt ist. Sie war, soziologisch gesprochen, doch stark affirmativ. Das heißt, man diskutierte das Thema Demokratie einfach im Rahmen der gegebenen Sozialstruktur; wenn Sie so wollen, im Rahmen des Grundgesetzes der Bundesrepublik. Das, was Herr Stern sehr mit Recht unter Bezug auf Dietrich Schindler als die Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Verfassungswirklichkeit darstellte, haben wir weitgehend ausgeklammert und die Diskussion rebus sic stantibus geführt. Nun stellen wir aber fest, daß unsere Thematik zunächst von einer Minorität an den Universitäten, aber nicht von den schlechtesten Bürgern dieses Staates, nicht mehr rebus sic stantibus diskutiert wird. Die Frage dieses Status soll gerade Gegenstand der Diskussion werden.

Der Fehler des vorzüglichen Referates von Herrn Rován liegt, dramaturgisch gesehen, darin, daß er das Thema unter zwei sehr verschiedenen Aspekten betrachtet hat. Einmal haben Sie die Demokratie aus den gegebenen Daten der heutigen Wirklichkeit, der *pays réels*, der wirklichen Länder, genannt Bundesrepublik oder Frankreich, gesehen. Gleichzeitig haben Sie es aber auch von außen betrachtet, indem Sie das Problem der Demokratie als solche aufwarfen. Diese Frage ist seit den Studentenunruhen besonders in Frankreich 1968 neu zu stellen. Wir haben in Frankreich eine Bewegung der Kontestation erlebt, in der nicht nur die junge Generation, sondern vor allem auch die Arbeiterschaft die soziale Struktur ihrer Gesellschaft in Frage gestellt haben.

In diesem Zusammenhang komme ich auf die sogenannte Unruhe an den Universitäten. Sie ist nicht nur eine Studentenrevolte, sondern auch eine Frage der Wissenschaftsstruktur und der ideologischen Struktur. Die Universität will heute in der Tat, wie ein Teil der Studenten ihr vorwirft, nichts anderes als einen wissenschaftlichen Output für eine technokratische Gesellschaft liefern. Wer etwa Wirtschaftswissenschaften studieren will, stellt fest, daß man von ihm erwartet, dieses Fach im Rahmen der hiesigen großkapitalistischen Gesellschaft zu studieren, während politische Ökonomie in einem anderen Sinne nicht angeboten wird. Dann ergeben sich eben die Auseinandersetzungen mit Institutsbesetzungen und so weiter. Das gilt auch für die juristische Fakultät, wenn die Studenten etwa die Grundfrage stellen möchten, welches Recht *de lege ferenda* diskutiert werden müßte, und man sie immer wieder auf eine Situation *de lege lata* verweist.

Mir erscheint also die Frage bedeutsam: Wie ist heute das Problem der Demokratie und ihres Selbstverständnisses vom Standpunkt derjenigen aus zu verstehen, die sagen, die juristische Überbausituation dieses Staates stehe in immer schärferem Widerspruch zu seiner Basis, also zu seiner soziologischen und sozialökonomischen Struktur? Was müßte folglich getan werden - ich interpretiere weiter die Meinungen, die von Studenten, einem Teil der Jungsozialisten und einem Teil der Gewerkschaftsbewegung mit Recht vertreten werden;- , damit sich eine Realwirklichkeit auch im politischen und gesellschaftlichen Leben durchsetzt, die nicht mehr die Wirklichkeit der heutigen Bundesrepublik ist? Anders ausgedrückt: Welche Möglichkeiten bietet dieser Staat mit seiner Demokratie, mit seinem Parlament, mit seinen Gemeinden, um im Rahmen des Grundgesetzes eine Umstrukturierung, eine Reformierung der Basis zu erzeugen? Ist sie möglich, oder was steht ihr im Wege?

Ich bin der Ansicht, daß wir diese Fragen zunächst klären müßten, bevor wir hier über Partizipation sprechen. Denn wie können wir das Problem der Partizipation adäquat behandeln, wenn wir uns nicht darüber klar sind, daß die jetzige Struktur dieser Gesellschaft einem großen Teil der Bevölkerung als nicht wünschenswert, sondern als von Grund auf an Haupt und Gliedern reformierbar erscheint? Diese Frage darf hier nicht ausgeklammert werden; und sie hat Herrn Rován doch offensichtlich zu seinen Überlegungen veranlaßt.

Rovan

Ich habe diesen doppelten Ansatz bewußt gewählt, Herr Mayer. Denn einmal gibt es Probleme der Demokratisierung, die sich aus der Logik der heute bestehenden Demokratien ergeben; andere Probleme der Demokratisierung dagegen entwickeln sich aus der Aktion der Gegenkräfte. Beide Aspekte sind vorhanden, und infolgedessen wäre es vorschnell, sie irgendwie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Die zweite Bewegung läßt sich etwa mit folgender Frage charakterisieren: Ist die heutige Demokratie fähig, Strukturveränderungen, wie sie von diesen Kräften angestrebt werden, mit normalen Mitteln durchzuführen? Ja, antworten wir, wenn diese Minderheiten in der Lage sind, sich zu Mehrheiten umzubilden. Gegenfrage: Gebt Ihr uns die Möglichkeit, Mehrheiten zu werden? Selbst wenn diese Möglichkeiten der Veränderung vorhanden sind, fragt es sich, ob die Manifestation der Ungeduld mit dem bisherigen Instrument der Demokratie dazu angetan ist, die Entwicklung neuer demokratischer Mittel zu fördern. Werden nicht vielmehr die Gegenkräfte entfesselt? Es ist so wie mit den Examina: Sie sind die schlechteste aller Möglichkeiten, um Kenntnisse zu fördern; aber wenn man sie abschafft, profitieren davon die Söhne der Reichen. Man kann sie nur verbessern.

Altmann

Es erscheint mir höchst problematisch, Herr Mayer, ob sich für das Problem der Teilnahme in der Demokratie eine klare Antwort aus der Forderung radikaler Demokratisierung im sozialistisch - kommunistischen Sinne finden läßt.

von Bismarck

Das hat Herr Mayer auch nicht behauptet.

Altmann

Ich entnehme das seiner Feststellung, daß sich die großkapitalistische Gesellschaft ändern müsse. Ich meine das nicht polemisch; denn es handelt sich hierbei um ein Problem, das die Entwicklung radikaldemokratischer Bewegungen sowohl in westlichen Ländern als auch in den sozialistischen Staaten betrifft. Es ist heute in sozialistisch-kommunistischen Staaten sogar wesentlich schärfer gestellt als bei uns. Dabei sehe ich das Problem der Teilnahme weitgehend als eine Konsequenz des Verlustes der Demokratie an Repräsentation.

Mayer

Sie stellen die Frage, Herr Altmann, ob es im Rahmen der Partizipation nicht wesentliche Unterschiede gäbe zwischen Staaten mit einer sogenannten sozialistischen Planwirtschaft und Staaten mit einem System, bei dem ich weniger auf Liberalität als vielmehr auf Rechtsstaatlichkeit abstellen würde, die ich für das Entscheidende halte. Diese Unterschiede gibt es sicher.

Menke-Glückert

Rechtsstaatlichkeit ist ein wichtiges Verdienst der Liberalen.

Mayer

Die Geschichte der Sowjetunion und auch der späteren Volksdemokratien einschließlich der DDR bestätigt meine These. Denn ein Problem, mit dem man dort nie fertig werden konnte, ist die Rolle der Gewerkschaften. Schon 1920 fand die große Gewerkschaftsdebatte zwischen Lenin und Trotzki statt. Die Degeneration der Gewerkschaften in der DDR ist eine Tatsache, das heißt, ein großer Teil der werktätigen Bevölkerung sieht in den Gewerkschaften nur den verlängerten Arm des Staatsapparates oder der Planungsbürokratie. Eine echte Partnerschaft gibt es nicht. Gerade in Jugoslawien und auch in der kommunistischen Partei Italiens ist die Diskussion etwa um die Rätebewegung oder um die echte Partizipation in den Fabriken an der Basis entstanden, weil man erkannt hat, daß das sowjetische Modell nicht demokratisch ist.

Neth

Teilnahme an der Willensbildung ist ein dynamischer psychologischer Prozeß, der mit zur Partizipation, zur Mitbestimmung gehört. Über diesen Prozeß haben wir bisher nicht gesprochen,

sondern nur über das Endresultat, und zwar in der Form, daß man Mitwirkung als Mitkonsum diskutierte; ich denke etwa an den unpolitischen Kundendienst.

Dagegen sollten in der Mitbestimmung diejenigen Möglichkeiten erfaßt werden, die zum Mitagieren führen. Eine Gesellschaft, die nicht mehr mitagieren kann, ist eine frustrierte Gesellschaft. Das ist hier zum Teil klar zum Ausdruck gekommen. Es wurde behauptet, man könne eine Demokratie nicht von unten aufbauen, und oben haben Sie dann Riesenwellen gemacht, weil Sie frustriert sind - wenn ich das als Mediziner einmal so pointiert sagen darf.

Ich meine, daß die Möglichkeiten des Mitagierens stärker zum Tragen kommen müssen, weil dies ein existentielles Problem für jeden von uns ist. Wenn wir nicht mitagieren können, sind wir dazu verurteilt, als Psychopathen zu resignieren, auch wenn dies auf angenehme Art im Kreise einer angesehenen, intelligenten Gesellschaft stattfindet. Ein Säugling, der nicht mit einer ihm zugewandten Mutter agieren kann, sondern nach dem Stundenplan einer erwachsenen Gesellschaft hungern, weinen und lachen muß, verliert das Urvertrauen. Ein Kind, das in der Schule nicht mitagieren kann, wird ein schlechter Schüler. Die Probleme der ersten Lebensjahre müssen also bei der Frage der Mitbestimmung mitdiskutiert werden.

Wir können uns auch nicht in demokratische Strukturen einzwängen lassen, solange Familien nicht gelernt haben, so demokratisch zu empfinden, daß jedes Mitglied dieser kleinen Gruppe mitagieren kann. Dieser Lebensbereich des einzelnen wird nicht allein durch einen Parlamentsbeschuß oder durch eine Betriebssatzung bestimmt, sondern erst durch ständige pädagogische Anstrengungen ausgefüllt. Trainingskurse, bei denen nicht die Information im Mittelpunkt steht, sondern das selbständige Mitagieren des einzelnen Teilnehmers geübt wird, müßten eine allgemein zugängliche Einrichtung werden und nicht nur wenigen Gruppen zur Verfügung stehen. Hier sieht es allerdings trübe aus. Solange Schulen und Eltern sogar bei Verhaltensgestörten völlig hilflos den pädagogischen Problemen ausgeliefert sind, ist an Trainingskurse für eingeordnete Konsumenten kaum zu denken.

Rovan

Es ist hier allerdings die Frage der Demokratisierung der Familie von niemandem aufgegriffen worden, Herr Neth. Sie weisen sehr richtig auf die entscheidenden ersten Jahre hin. In diesem Zusammenhang steht auch das Problem einer wirklichen Gleichheit in der Ehe, nämlich die gleichberechtigte Anerkennung der weiblichen Sexualität, die in unserer Zivilisation erst am Anfang steht.

von Bismarck

Die Intention von Herrn Neth halte ich vor allem deshalb für wichtig, weil wir uns fragen müssen, warum der Partizipation eine so vorrangige Bedeutung zukommt. Sind das primär psychologische Gründe? Wird ein Mensch, der nicht mehr mitagieren kann und zum bloßen Objekt wird, krank? Oder ist er auf eine gefährliche Weise bereit, sich unter bestimmten Voraussetzungen zum Werkzeug machen zu lassen? Und welche Voraussetzungen sind das?

Ich schlage also vor, daß wir zunächst nach der Motivation fragen. Warum wollen wir partizipieren? Geht es darum, um mit Herrn Mayer zu sprechen, den Beteiligten die Möglichkeit zu geben, gewissermaßen die "Jacke des Großvaters" - also die bürgerliche - zu verändern oder wegzuwerfen und eine andere anzuziehen. Handelt es sich hier um psychologische Gründe oder worum sonst?

Litten

Ich meine, daß man Partizipation auf zwei Ebenen diskutieren muß, nämlich einmal als mitagieren, zum anderen als mitentscheiden. Mitagieren, dabei denke ich auch an den Raum der Entscheidungsvorbereitung, etwa an Beiräte oder an Universitätsgremien und ähnliches mehr. Das ist etwas anderes, als wenn man unbedingt mitentscheiden, also in den verschiedensten Gremien an den Entscheidungen selber beteiligt sein will.

Bei der Frage nach der Motivation wird man wohl zwischen Selbstverwirklichung und Ersatzhandlungen unterscheiden müssen. Was die meisten Mitglieder in den politischen Parteien heute als mitagieren ausgeben, sind doch weitgehend Ersatzhandlungen, um dadurch in der eigenen sozialen Umwelt das Sozialimage und das Selbstwertgefühl zu verbessern. Ich sage das gar nicht mit irgendeinem negativen Wertakzent, sondern stelle nur fest, daß Partizipation auch in Ersatzhandlungen bestehen kann, weil man in anderen Lebensbereichen frustriert wird.

Glitz

Muß das ein Gegensatz sein? Wenn man an einer Schaltstelle mitentscheidet, kann das psychologisch gesehen auch als Ersatzhandlung dienen.

Litten

Völlig richtig. Nur ist ein Entscheidungshandeln, das gleichzeitig eine Ersatzhandlung darstellt, meistens ein Handeln ohne entsprechendes Verantwortungsbewußtsein. Damit meine ich, daß jene, die im politischen Bereich Entscheidungen zu treffen haben, für die Konsequenzen ihrer Handlungen nicht in gleicher Weise einstehen, wie sie es bei einer anderen Motivation tun würden. Wenn also die Forderung nach Partizipation gestellt wird, und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen, dann muß man über diese möglichen Konsequenzen nachdenken.

von Bismarck

Wenn Sie von Ersatzhandlung sprechen, meinen Sie dann, daß Partizipation zum Beispiel in einer Partei, in einer Gewerkschaft oder in einer Berufsorganisation ein Ersatz ist für Mitwirkung in einem Gesang- oder Schützenverein?

Litten

Nein, es ist ein Ersatzhandeln, weil man sich innerhalb seines persönlichen Lebensraumes nicht genügend ästiniert fühlt.

Pirker

Woher wissen Sie das?

Litten

Weil ich das als mittlerer Funktionär einer politischen Partei dreimal in der Woche erlebe, Herr Pirker.

von Bennigsen-Foerder

Was hier diskutiert wird, ist ja alles gut und schön; ich folge dem mit einem großen Interesse und einer großen Bedrückung. Herr Litten spricht über mithandeln und mitentscheiden als Ersatzhandlungen. Vorhin wurde von Herrn Lombardo-Radice und Herrn von Bismarck gefragt, ob Profit- und Leistungsstreben noch mit einem demokratischen System zu vereinbaren seien. Solche Überlegungen sind natürlich möglich, solange der Steuerzahler für die dabei auftretenden Fehlleistungen eintritt. Wenn wir es uns in der Wirtschaft erlauben würden, in der hier geschilderten Form - gewissermaßen als Ersatzhandlung - "mitzuagieren" und dabei von geistig-sanitären Maßnahmen zu sprechen, dann wären wir sehr schnell pleite. Ich meine allerdings, daß sich eine wohlverstandene Demokratie in der Wirtschaft in Form von Mitbestimmung auf die Grundsatzentscheidung der Personenauswahl beschränken muß. Wenn die Personen nicht geeignet sind und Fehler machen, dann fliegen sie.

Litten

Das ist nicht immer so.

von Bennigsen-Foerder

Auch bei der Bereitstellung der Mittel und ihrer richtigen Zweckbestimmung ist eine Mitentscheidung möglich. Alles, was darüber hinausgeht, lehne ich ab.

von Bismarck

Was die Vereinbarkeit von Demokratisierung und Leistungsstreben angeht, so habe ich Herrn Lombardo-Radice insofern zugestimmt, daß es, wenn man etwa dem Profitstreben der Industrie oder anderer Gruppen unkorrigiert Raum läßt, unter Umständen siehe Konzentration der Industrie in der Poebene - zu bestimmten, gesamtgesellschaftlich unerwünschten Konsequenzen führt. Die Frage ist also, ob der Demokratisierung durch das Leistungsprinzip Grenzen gesetzt sind. Ich bin dieser Meinung.

Menke-Glückert

Ich sehe drei Motivationen für Partizipation. Einmal geht es darum, die Freiheitsräume für den einzelnen Bürger zu vermehren, also die Gesellschaft zu verändern. Wenn wir etwa die von Leo Bauer

erwähnten Wählerinitiativen in Mittelfranken nehmen oder die Studenten-Initiativen "Bildung aufs Land", Aktionen der Entwicklungspolitik wie "Brot für die Welt" und "Dritte Welt" und so weiter, dann wird hier nicht von einem partikularen egoistischen Interesse her gedacht, sondern es besteht ein echtes gesellschaftspolitisches Engagement, um die gesellschaftlichen Institutionen zu verändern. Demokratisierung bedeutet immer Störung, Änderung, Politisierung. Demokratisierung ist im Grunde das radikale ständige Infragestellen der vorhandenen Institutionen und was in Ihnen geschieht. Die junge Generation stellt heute zum Beispiel die Frage: Warum müssen jedes Jahr 820 Milliarden Dollar für die Rüstung in der Welt ausgegeben werden? Warum ist es notwendig, daß wir mehr Geld für Kosmetika und Luxusartikel ausgeben als für dringend notwendige Sozialinvestitionen oder Maßnahmen der Hilfe für die Dritte Welt?

Die zweite Motivation ist die ökonomische: Wir wollen wissen, was mit unserem Geld geschieht. Der Steuerzahler hat ein Recht darauf, daß die Entscheidungsvorgänge transparent sind, weil er ihre Folgen finanziert.

Als dritte Motivation möchte ich erwähnen, daß wir in unserer komplizierten Gesellschaft ohne Mitsprache und Mitbeteiligung nicht auskommen können. Ohne die verständige Mitwirkung aller Systemteile, also jedes einzelnen Bürgers, kann unser kompliziertes System der modernen Industriegesellschaft nicht funktionieren. Dieses Argument wird auch selbst der härteste Gegner der Mitbestimmung einsehen müssen.

von Bismarck

Ihre Argumentation, Herr Menke-Glückert, läuft darauf hinaus, daß die notwendigen Korrekturen schneller und zweckmäßiger geschehen, wenn man der Partizipation Raum gibt. Demnach müßte eine liberale Demokratie mit einem parlamentarischen System und einer Opposition zu Korrekturen eher in der Lage sein als ein totalitäres System, das danach viel schwerer reagieren müßte, weil es der Partizipation in einer spontanen Form nicht Raum geben kann.

Mayer

Das ist ja auch der Fall.

von Bismarck

Auch ich halte diesen Schluß für zwingend.

Grossner

Herr Menke-Glückert hat zuletzt gesagt, der kluge Unternehmer, der seinen Betrieb in Gang halten will, müsse auf eine Dezentralisierung der Entscheidung und damit auf eine funktionale Mitbestimmung sehen. Das ist zwar funktional richtig beschrieben - ich denke an den Litton-Konzern;- , aber man müßte versuchen, von diesem funktionalen Mitbestimmungsmodell, das repräsentativ auch für die anderen Voten zur Partizipation ist, auf den Inhalt, etwa des Begriffs Motivation, zu kommen. Wie ist also die Motivation zu sehen für eine Mitbestimmung, die sich nicht nur rein formal an bestimmten Regeln, die vollzogen werden sollen, orientiert, sondern die inhaltlich bestimmt ist? Dabei kommt es darauf an, wie die Interessen derjenigen, die mitbestimmen sollen, jeweils zu definieren sind. Und hier ist empirisch nachweisbar, wie sehr die Möglichkeiten des einzelnen und auch der gesellschaftlichen Gruppen, die eigenen Interessen zu erkennen, durch die gesellschaftlichen Bedingungen, in denen sich dieser Erkenntnisvorgang abspielt, schon so vorbestimmt sind, daß die Möglichkeiten einer formaler Mitbestimmung bereits als reale angesehen werden.

Menke-Glückert

Nicht immer.

Grossner

Ich spiele jetzt ein bestimmtes Modell durch: Jede Frage nach dem, was Mitbestimmung, Partizipation oder Teilhabe an politischen Prozessen sein kann, muß davon ausgehen, inwieweit die Erkenntnis der Interessen schon durch die gesellschaftlichen Bedingungen vorgeformt ist.

Bauer

Ich kann hier keine Modelle durchspielen, sondern will versuchen, in der Realität zu bleiben und drei Motivationen nennen, die mir aus meiner Praxis bekannt sind. Das eine ist das, was Herr Menke-Glückert Engagement genannt hat, also die Überzeugung, daß es an der Zeit ist, die Intention des Grundgesetzes, nämlich die Schaffung der sozialen Demokratie, zu realisieren. Ein solches Konzept beinhaltet, daß man unter anderen jene unkontrollierten Kräfte in dieser Gesellschaft durch Partizipation, das heißt durch Mitbestimmung, unter Kontrolle bekommt. Um es konkret zu sagen: Damit meine ich - um ein Wort von Katzer zu übernehmen - die Kontrolle der Großbetriebe, der Konzentration. Partizipation ist hier also im Sinne einer Kontrolle verstanden. Das ist gewissermaßen die Motivation von oben.

Die Motivationen von unten gehen auf das zurück, was Herr Neth und Herr Mayer sagten. So sehe ich eine zweite Motivation in dem großen Unsicherheitsgefühl, das weite Teile unserer Bevölkerung, besonders der Arbeitnehmerschaft, erfaßt hat. Diese verstehen unter Partizipation auf Grund ihres Bewußtseinsstandes in erster Linie die Sicherung des Arbeitsplatzes, die Sicherung ihres Einkommens. Sie wollen etwa mitbestimmen, wann jemand entlassen wird. Das ist die Realität.

Grossner

Das ist Positivismus.

Bauer

Nein, das ist die Realität. Aber selbst wenn es Positivismus wäre, ist mir das gleichgültig.

Die dritte Motivation, die besonders die Studenten aber auch viele andere, zum Beispiel die Lehrlinge, angeht, hat ihre Ursache in der unerhörten Schwerfälligkeit unserer formalen Demokratie. Diese Schwerfälligkeit zeigt sich - um nur ein Beispiel zu nennen, das ich sehr genau kenne - beim Umbau der Berufsausbildung, die noch aus der Handwerkszeit stammt. Es braucht Jahre, um schrittweise etwas zu verändern; und wenn schließlich etwas geschieht, dann ist es durch die industrielle Entwicklung bereits wieder überholt. Dieser schwerfällige Prozeß der Gesetzgebung der formalen Demokratie, die Rücksichtnahme auf bestimmte Interessen, schafft eine Stimmung, in der die Menschen sagen: Wir wollen mitbestimmen und dafür sorgen, daß diese Demokratie lebendiger wird.

Rollmann

Demokratie ist für mich nicht nur ein staatliches, sondern in erster Linie ein politisches Ordnungsprinzip. Bei den engen Wechselbeziehungen zwischen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ist es aber undenkbar, nur im Staat Demokratie zu haben und nicht auch in den anderen Bereichen Versuche zu einer stärkeren Demokratisierung zu unternehmen.

In diesem Zusammenhang spricht nun Herr Bauer von der Kontrolle der Großindustrie durch Mitbestimmung. Von der Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb, die ich durchaus befürworte, müssen wir aber die erweiterte Mitbestimmung der Gewerkschaften im Betrieb unterscheiden. Letzteres ist nicht nur aus einer Reihe von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gründen abzulehnen, sondern ist auch aus einem einfachen politischen Grund unmöglich. Solange wir nämlich nicht einen pluralistischen, sondern de facto einen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund haben, kommt es für die Mehrheit der CDU überhaupt nicht in Frage, den Deutschen Gewerkschaftsbund auf dem Wege einer erweiterten Mitbestimmung in mehr Positionen, also Aufsichtsräte, hineinzubringen, als er jetzt ohnehin schon innehat.

Gretz

Der Industriebetrieb hat einen Parameter, der ihn für die Demokratisierung fragwürdig, aber im Einzelfall auch besonders interessant macht: das ist der Zwang zum Gewinn. Es geht also nicht, wie Herr Lombardo-Radice meinte, um die Lust am Gewinn. Dieser Zwang zum Gewinn steht in seinen Auswirkungen natürlich oft im Gegensatz zu dem, was wir innerhalb des Betriebes an Demokratisierung wünschen. Alle Fragen, die wir hier diskutieren, können also im Industriebetrieb in ihrer Problematik besonders deutlich gemacht werden. So erwähnte Herr Bauer etwa das elementare Interesse des Arbeitnehmers an seiner Sicherheit, an der Erhaltung seines Arbeitsplatzes und seines Einkommens.

Visentini

Meine Erfahrung als Chef eines bedeutenden Unternehmens bestätigt mir, daß Partizipation an den Unternehmen nicht den Bereich der Unternehmerentscheidungen betreffen darf. Sie muß vielmehr in

gewissem Maße die Macht der Entscheidungsträger in den Unternehmen beschränken. Diese Beschränkungen sind einerseits von außen, das heißt durch die Planung, die der Staat vornehmen muß, bedingt. Andererseits rühren sie aus den gesetzlichen Rechten der Arbeiter, der Macht der Gewerkschaften und aus den Tarifverträgen her.

Es gibt in den Unternehmen außerdem einen Sektor, der direkt demokratisiert werden muß, das ist der Bereich der Sozialaufwendungen. In unserem Unternehmen verwalten die Repräsentanten der Arbeitnehmer zu diesem Zweck eine bestimmte Summe, die jedes Jahr zur Verfügung gestellt wird.

Im Gegensatz zu dem, was hier behauptet worden ist, glaube ich nicht an eine Unvereinbarkeit zwischen dem Profitstreben der Unternehmen und der Demokratie. Die Gewinnerzielung und der Gewinn aus den im Unternehmen angelegten Kapitalien sind das Kontrollmittel für die Leistungsfähigkeit des Unternehmens und für die Verwertung der Produktionsmittel. Die Kontrolle der Leistungsfähigkeit und des wirksamen Einsatzes der Produktionsmittel ist in jedem wirtschaftlichen System unentbehrlich. Anstelle der Finanzbewertung kann man auch eine quantitative Analyse vornehmen, das heißt, für jeden Erzeugungssektor, für jeden Betrieb und für jeden Produktionsgang kontrolliert man die Ergebnisse anhand der ausgebrachten Erzeugnisse im Verhältnis zu den eingesetzten Produktionsmitteln. Jedoch zeigt uns die Erfahrung anderer Länder, daß diese Art der Kontrolle viel komplizierter, willkürlicher und ungenauer ist als die Kontrolle nach der Finanzbewertung, also durch den Gewinn.

Schließlich gibt es auch, im Gegensatz zu dem, was hier jemand behauptet hat, keine Unvereinbarkeit zwischen dem Vorhandensein von Privatunternehmen und der Demokratie. Der demokratische Staat muß durch Gesetze und Planung Kontrollmöglichkeiten gegenüber den Unternehmen haben. Ich bin also der Meinung, daß die Kontrolle nicht durch die Mitbestimmung der Arbeiter ausgeübt werden kann, sondern durch den demokratischen Staat vorgenommen werden muß. Ich sehe die Existenz vieler Privatunternehmen als einen Schutz für die Demokratie an.

Mayer

Wenn hier von Kontrolle die Rede ist, dann stellt sich für mich die Frage: Welche Möglichkeiten bestehen, um mit Hilfe der Partizipation, mit Hilfe der Kontrolle eine relevante Strukturänderung dieses Staates im Soziologischen und ökonomischen durchzuführen? Allerdings sollten wir uns davor hüten, Worte wie Mitbestimmung und Partizipation zu Fettschen zu machen; denn dieses Problem stellt sich auf sehr unterschiedliche Weise. Für die Arbeiterschaft zum Beispiel handelt es sich bei der Partizipation um eine Frage der antagonistischen Klassenstruktur, in der die Interessenlage eindeutig ist.

Anders ist es bei der Studentenschaft. Ich habe an der Universität, gerade von der marxistischen Theorie her, immer wieder die Auffassung mancher Studententheoretiker bekämpft, die argumentierten: Die Studenten seien auch eine unterdrückte Klasse und führten an den Universitäten einen Klassenkampf. Wenn man etwa von der Barrikade zwischen den Lehrenden und Lernenden spricht, so ist das eine soziologisch nicht haltbare Theorie. Die Partizipation an den Universitäten hat eine andere Motivation als bei den Gewerkschaften und in den Betrieben. Sie ist aber wahrscheinlich ähnlich im Theater oder in kulturellen Vereinigungen.

Es handelt sich hier um das Problem des imperativen Mandats. Wie vertragen ich eine wirkliche Partizipation und die berechtigte Motivation der Studenten, in einem Institut, an einem Forschungsplan mitzudiskutieren, mit einem gebundenen Mandat, wenn auf der anderen Seite die Professoren kein gebundenes Mandat haben und auch nicht haben können, was sich aus dem Wesen der Professur ergibt? Das trifft im Grunde auch für die Assistenten zu, obwohl viele Studenten die Assistentenvertreter und die Bundesassistentenkonferenz dahin bringen möchten, daß sie in den paritätisch zusammengesetzten Gremien en bloc abstimmen, also mit imperativem Mandat.

Bei einer Diskussion mit Studenten in unserem Institut in Hannover haben wir darauf hingewiesen, daß die Erfahrungen mit dem imperativen Mandat der Studenten in Berlin, Heidelberg und Frankfurt zeigen, daß dadurch eine wirkliche Partizipation verhindert wird und es lediglich zu kristallisierten, erstarrten Positionen führt. Partizipation an der gemeinsamen Entscheidungserstellung, das heißt mitagieren und mitentscheiden, ist nur möglich, wenn frei diskutiert werden kann und nicht imperativ abgestimmt wird. Selbstverständlich muß die Möglichkeit einer Partizipation im weitesten Sinne an den Universitäten geschaffen werden. Besteht sie aber, dann bedeutet ein Zusammenwirken von drei mandatgebundenen Blöcken eine sehr ernste Gefahr. Dann hört auch die Demokratie auf.

Rollmann

Wenn Sie als Marxist das imperative Mandat ablehnen, Herr Mayer, dann bin ich darüber besonders erfreut. Das muß aber nicht nur für den Sektor der Universität, sondern für alle Bereiche des politischen und staatlichen Lebens gelten; denn kein Parlamentarismus und kein Rätssystem können jemals auf der Grundlage des imperativen Mandates funktionieren. Das ist weder in der Theorie zu Ende gedacht, noch hat es sich in der Praxis jemals bewährt.

Wocker

Wie verhält es sich mit der Fraktionsdisziplin?

Mayer

Bei den Fragen über Paritäten und Mitbestimmung wird im Gespräch mit den Studenten klar, daß diese Problematik an den Universitäten mit den Problemen der industriellen Gesellschaft nicht unmittelbar etwas zu tun hat. Es geht in der Universität weder darum, dort bürgerlichen Parlamentarismus als Attrappe einzuführen, noch in einem Bereich des akademischen Überbaus Rätssysteme gleichsam im Sandkasten durchzuspielen. Es geht vielmehr um das aktive Recht der Studenten zur Kontestation, wie es Herr Rovin nannte. Dies halte ich für die wichtigste spezifisch wissenschaftliche Aufgabe der Studenten, nämlich die Infragestellung der bisherigen bürgerlichen Bildung als Substanz unserer Universität. Es ist das aktive Recht der Lernenden - so wie wir es auch als Lehrende ausüben;- , den überkommenen Bildungs- und Wissenschaftsbegriff in Frage zu stellen. Das allein kann der Sinn dessen sein, was wir unter Demokratisierung der Hochschulen zu verstehen haben.

Litten

Ich möchte den Gedanken von Herrn Mayer weiterführen. Ich glaube nicht, daß die Frage der Paritäten in den nächsten Jahren das vorrangige Problem sein wird. Nachdem das, was Studenten mitveranlaßt hat zu protestieren, nämlich die kritische Theorie, durch deren Verfechter mehr oder minder desavouiert worden ist, müssen wir uns wohl darüber klarwerden, daß die Protestrevolte an der Universität eine bürgerliche gewesen ist und kein Klassenkampf. Es ging um eine Auseinandersetzung zwischen verschiedenen bürgerlichen Generationen, und zwar um Mitbestimmung innerhalb des bürgerlichen Lagers. Es war kein gesellschaftliches Anliegen, das kann ich als Beteiligter selbstkritisch anfügen.

Grossner

Das waren nicht nur Generationsfragen.

Litten

Es waren Fragen bürgerlicher Generationen, und ich lege hier das Schwergewicht auf den Begriff "bürgerlich". Die Universität muß endlich den Anspruch einlösen, eine gesellschaftliche Institution zu sein. Das ist sie bisher nämlich nicht; sie ist immer noch eine bürgerliche Elite-Institution, und das gilt insbesondere für diejenigen, die sich als radikale Elite verstehen. Für die Universität der Zukunft muß eine neue Verfassung gefunden und etwa ein "Board of Trustees" geschaffen werden, das so zu besetzen ist, daß die gesellschaftliche Funktion der Universität wirklich erfüllt werden kann.

Schon aus diesem Grunde bin ich der Meinung, daß die Partizipation zwischen Professoren und Studenten in den verschiedenen Gremien, die in den letzten Jahren eine Rolle gespielt hat - und dieses wohl auch zu Recht;- , in Zukunft keine Rolle mehr spielen darf. Diese Konsequenz scheint mir notwendig, wenn wir uns nicht den Anspruch aus der Hand nehmen lassen wollen, eine Institution zu schaffen, in der über gesellschaftliche Probleme und Zustände nicht nur reflektiert wird, sondern die dort gefundenen Erkenntnisse auch in praktische Münze umgesetzt werden. Auch diesen Anspruch muß die elfenbeintönerne Institution Universität einlösen.

Das heißt, die Universität muß endgültig in die Gesellschaft entlassen werden, die in dem Sinne keine bürgerliche Honoratiorengesellschaft mehr ist, sondern eine pluralistische Gesellschaft sein will. In diesem Sinne bedeutet Partizipation eben sehr viel eher Partizipation der Gesellschaft an der Universität als Selbstverwaltungsgremien. Das muß bestimmte Auswirkungen haben einmal auf die Verfassung der Universität, zum anderen auf ihr Selbstverständnis, zum dritten auf ihren Wissenschaftsbegriff und schließlich auf ihren inhärenten Humanismus, den sie immer wieder verrät.

Lombardo-Radice

Man muß die Begriffe Partizipation und Mitbestimmung scharf unterscheiden, das ist nicht ganz dasselbe. So bin ich der Meinung, daß die Teilnahme der Studenten an der Verwaltung der Universitäten keine parlamentarische Frage ist. In Italien sind zum Beispiel die linksorientierten Professoren gegen eine Mitbestimmung der Studenten. Die Studenten müssen ihre eigenen Versammlungen, Räte und Organisationen haben, und ihre Abgeordneten sollen sich dann mit den Professoren zusammensetzen. Das gilt in gleicher Weise für die Betriebe. Auch die Arbeiter müssen ihre eigenen Organisationen haben, um damit einen Einfluß auf die Produktion auszuüben. In diesem Sinne halte ich Mitbestimmung nicht für den richtigen Begriff.

Auch Autonomie und Teilnahme müssen unterschieden werden. Autonomie meint gesonderte Körperschaften. Eine der großen Entdeckungen der Studentenbewegung im Jahre 1968 war, daß es in einer sogenannten demokratischen Gesellschaft autonome Körperschaften gibt. Damit hatten die Studenten prinzipiell recht, wenn sie sonst auch viel Unsinn geredet haben. Die Ausdehnung der Demokratie bedeutet unter anderem, daß diese autonomen Körperschaften einer sozialen Leitung unterworfen werden müssen. Das gilt auch für die Universitäten, denn die Wissenschaftler üben ebenfalls einen großen sozialen Einfluß aus. Deshalb müssen die Gewerkschaften, die Arbeiter und andere über die wissenschaftliche Forschung mitreden können. In diesem Sinne spreche ich von sozialer Leitung. Sie unterscheidet sich von der Mitbestimmung dadurch, daß es dabei nicht um lokale Mitentscheidungen geht, sondern um globale Partizipation. Die notwendige Entfaltung der Demokratie ist meiner Meinung nach ein Prozeß, der unter Leiden und Konflikten vor sich geht, und Kämpfe sind die eigentliche Basis dafür.

Stern

Als seinerzeit im Parlamentarischen Rat über den Begriff der Demokratie diskutiert wurde, hat man Demokratie nicht so absolut gesetzt, wie das hier in einigen Beiträgen anklang. Man hat vielmehr die Demokratie in die Rechts- und Sozialstaatlichkeit eingebaut. Es wurde eine Reihe von Staatsstrukturbestimmungen gewählt, die untereinander als Gegengewichte wirken. Wenn Demokratie, wie Herr Menke-Glückert sagte, ein radikales Infragestellen bedeutet, dann könnte das auch dazu führen, daß man die Werte, die wir mit dem Grundgesetz gesetzt haben, wieder aufgibt und damit einen Staat, der eine beispielhafte Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit gefunden hat, erschüttert.

Wocker

Wie lange, glauben Sie, gelten diese Werte, die 1949, also vor 20 Jahren, festgesetzt worden sind: bis zum Jahr 2000, 3000 oder 4000?

Stern

Die Rechtsstaatlichkeit ist ein Begriff, der in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts aufgekommen ist; er ist also 150 Jahre alt. Warum sollte er nicht weitere fünfzig Jahre halten?

Wocker

Warum gerade fünfzig?

Stern

Ich kann eine überschaubare Zukunft nur auf eine Generation beziehen.

Wocker

Die Zeit der Generation von 1949 ist ja nun fast vorüber.

Stern

Das ist doch eine ganz andere Frage. Warum wollen wir den Bau, den wir 1949 geschaffen haben, mit aller Gewalt in Zweifel ziehen?

von Bismarck

Die Frage von Herrn Wocker: Wie lange hat die Norm Geltung, auf die wir unsere Demokratie bauen, halte ich unter anderem auch für das Thema Partizipation für sehr relevant.

Stern

Neben Rechts- und Sozialstaatlichkeit sind in der Demokratie noch Freiheit und Gleichheit als Determinanten maßgebend. Beide sind in gewissem Maße miteinander unvereinbar. Freiheit kann - absolut gesetzt - ausarten zu einer Negation jeder Bindung und Gleichheit - absolut gesetzt - zu einer Negation jeder Unterordnung. Wenn man beides in dieser Radikalität setzt, dann fürchte ich für diesen Staat und diese Gesellschaft.

Litten

Das ist doch ein Popanz, Herr Stern.

Grossner

Das ist "Bund Freiheit der Wissenschaft".

Stern

Es hat nichts mit der Wissenschaft zu tun, sondern ich rede bewußt von diesem Staat und dieser Gesellschaft. Alle Forderungen nach verstärkter Mitbestimmung und Partizipation außerhalb politischer Strukturen sind keine Fragen der Demokratie, sondern müssen unter dem Aspekt der Sicherung der Rechte des einzelnen diskutiert werden, von der Herr Bauer sprach. Das ist für mich aber ein Anliegen der Sozialstaatlichkeit.

Rovan

Ein Wort zur Rechtsstaatlichkeit. Diese hängt weitgehend mit dem Wunsch nach Sicherheit zusammen. Ob die Rechtsstaatlichkeit ein Prinzip ist, das 1000, 2000 oder nur 50 Jahre Geltung hat, ist nicht relevant. Darin drückt sich vielmehr das Bedürfnis der Menschen nach objektiven Kriterien aus für das, was mit einem geschieht. Man will nicht in einem Zustand der Willkür leben, sondern es muß Gesetze geben, die halbwegs sicher interpretiert werden können. Daß der Raum des Zufälligen, des Nichtvorhersehbaren beschränkt wird, ist ein zentrales Anliegen gerade der Masse der Menschen, die in der bisherigen Geschichte eher Objekte als Subjekte der Entscheidungen waren.

Es wäre fast ein wenig hochmütig - ich würde das ebenso den Reaktionären wie den Putschisten sagen;- , den Fortschritt der menschlichen Geschichte, der in einem Minimum an Rechtsstaatlichkeit liegt, als etwas Vorübergehendes oder vorschnell Opferbares hinzustellen. Rechtsstaatlichkeit ist eine der wesentlichsten Grundlagen, auf denen die beschränkten Lebenserwartungen, die Freuden und Möglichkeiten des Daseins derer beruhen, die nicht privilegiert sind. Gerade gegenüber den Radikalen sollte man ständig wiederholen, daß die durch jahrhundertelange Kleinarbeit mühsam erkämpften Fortschritte auf diesem Gebiet etwas sind, woran diejenigen, die es miterobern mußten, mehr hängen als jene, die glauben, es gehöre sozusagen dazu, weil sie aus Schichten stammen, wo man diese Dinge immer schon besessen hat.

von Pufendorf

Ich bin der Meinung, daß wir die großen Aufgaben in der Anpassung unserer gesellschaftlichen Strukturen an radikal veränderte - und sich rasch weiter verändernde - Daseinsbedingungen mit dem heute verfügbaren "demokratischen Potential" nicht bewältigen können. Sollen Reformen - ich denke dabei besonders an das Bildungs- und Wissenschaftswesen und die Regionalstrukturen - zu einer wirklich durchgreifenden Verbesserung der Lebensbedingungen für alle führen, so darf sich die Funktion der Öffentlichkeit nicht auf einen nachträglichen Konsensus beschränken, sondern es muß bereits bei der Urteils- und Willensbildung, die der Zielbestimmung vorausgegangen ist, Partizipation gewährleistet sein. Sie bildet somit auch eine Voraussetzung des gesellschaftlichen Fortschritts. Wir brauchen dafür eine Revision unseres noch viel zu etatistisch bestimmten Öffentlichkeitsbegriffs und neue Formen einer Informationspolitik und -ethik. Es geht darum, nicht nur Wissen um Vergangenes und das Gegenwärtige, sondern in immer stärkerem Maße die Dimension des Kommenden zu vermitteln. Mit den bisherigen extensiven Formen der Aufklärung ist es nicht mehr getan.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß das Problem der Partizipation nicht nur auf der nationalen Ebene gestellt ist. Die Umwandlungsprozesse in den nationalen Gesellschaften sind Teilerscheinungen der gesellschaftlichen Wandlung der ganzen Welt. Wer sich zum Beispiel mit dem Strukturwandel der Agrarwirtschaft bei uns und in der Welt befaßt, dem werden die unabdingbaren Wechselwirkungen zwischen nationaler und internationaler Agrarentwicklung sehr deutlich. Aber ebenso wird auch erkennbar, daß die Öffentlichkeit weder die gesamtgesellschaftliche Bedeutung dieser Prozesse begreift, geschweige denn ihren internationalen Zusammenhang. In dieser

Diskrepanz zwischen Bewußtsein und gesellschaftlicher Wirklichkeit liegen große Konfliktstoffe. Ihr Abbau ist nicht ohne Beteiligung der Betroffenen denkbar.

Partizipation beinhaltet ein demokratisches Grundprinzip, nämlich die Mitverantwortlichkeit des einzelnen für das Gesamtgeschehen. Insofern bildet sie auch eine Bedingung der Selbstverwirklichung der Person. Partizipation hat heute auch einen weltpolitischen Aspekt, was Wilson bereits im Jahre 1919 erkannt hatte, als er in der Deutung des Ersten Weltkrieges sagte: "Die tragischen Ereignisse, durch die wir soeben hindurchgegangen sind, haben uns zu Weltbürgern gemacht. Unser persönliches Geschick und das Schicksal unseres Volkes ist davon betroffen, ob wir das so haben wollen oder nicht." Nach dem Zweiten Weltkrieg ist dieser Tatbestand noch viel deutlicher hervorgetreten. Es ist kein Zufall, wenn sich heute bei uns die junge studentische Generation stärker an den Weltfragen engagiert zeigt. Sie sucht sich neue Leitbilder, weil sie die eigene national begrenzte Situation als unbefriedigend empfindet.

Rovan

Nach meiner Meinung leidet diese Debatte darunter, daß sich unter dem Begriff Partizipation drei verschiedene Formen eingeschlichen haben, die man nicht in einem Atem nennen kann, weil sie verschiedene politische Anliegen beinhalten und auch auf verschiedenen Wegen verwirklicht werden. Die erste nenne ich das Recht zur contestation. Das heißt, man will keine Mitverantwortung an Entscheidungen tragen, bei denen man von vornherein weiß, daß man bei der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur nur minderheitlich zu Wort kommt. Vielmehr möchte man alle Möglichkeiten der gegenwärtigen Lage ausnützen, um einerseits konkrete Vorteile für die herauszuholen, die man vertritt, und um andererseits Veränderungen zu beschleunigen. Bei diesem aktiven Recht zur contestation geht es vor allem darum, dafür zu kämpfen, daß man die konkreten Möglichkeiten erhält, um es ausüben zu können.

Wocker

Sperrminorität.

Rovan

Nein. Das Problem ist: Welche Bedeutung hat das Recht zur Partizipation, wenn man nicht die notwendigen Informationen erhält, wenn die Vertreter nicht die erforderliche freie Zeit - etwa in Form von bezahltem Urlaub - bekommen, wenn man nicht die Propagandamöglichkeiten in den Betrieben oder in der Verwaltung hat, um sich durchzusetzen. Das sind die konkreten Voraussetzungen, damit Partizipation nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch verwirklicht wird. Man kann so viele Rechte in die Verfassung schreiben, wie man will: wenn man nicht gleichzeitig die Garantien zu ihrer Wahrnehmung mit festlegt, werden diese Rechte oft nicht realisiert.

Den zweiten Begriff von Partizipation würde ich cogestion nennen, das heißt die Bereitschaft, gegen einen Teil der Macht einen Teil der Verantwortung zu übernehmen. Der dritte Begriff ist der der autogestion, das heißt, diejenigen, die an einem Unternehmen beteiligt sind, führen und verwalten es zusammen - auch eine Universität ist in diesem Sinne ein Unternehmen. Wie sich das auf die einzelnen Träger verteilt, ist eine andere Frage. Diese drei Formen von Partizipation ...

Lombardo-Radice

Die vierte Form ist die der sozialen Leitung.

Rovan

Sie ist im Grunde ein Teil des Rechts auf contestation. Sie bedeutet also die Eroberung von gewissen Positionen, ohne eine Übernahme etwa der wirtschaftlichen Mitverantwortung im Betrieb zum Inhalt zu haben. Zum Beispiel unterscheidet sich die Haltung der deutschen Gewerkschaften von der der französischen zur Frage der Mitbestimmung wesentlich dadurch, daß die französischen Gewerkschaften die Übernahme der Mitverantwortung am einzelnen Betrieb und an der Gesamtwirtschaftsführung ablehnen.

Ich bin weiter der Meinung, daß in der Diskussion die verschiedenen Ebenen, auf denen die unterschiedlichen Formen der Partizipation zur Geltung kommen, durcheinandergingen. So gehören Partizipation in den Betrieben und Partizipation in der Wirtschaftspolitik zwar zusammen, haben aber jeweils andere Probleme. Den Übergang bilden die Großbetriebe. Was Herr Rollmann sagte, daß in seiner Auffassung von Mitbestimmung einzelne Betriebsmitglieder in der Leitung der Großbetriebe

vertreten sein sollten, kann man vielleicht akzeptieren, wenn man den einzelnen Betrieb für sich betrachtet. Wenn man den Großbetrieb aber als eine Machtkonzentration in der Gesamtwirtschaft ansieht, lassen sich andere Gesichtspunkte anführen. Nebenbei: Wenn es in der Tat so ist, daß die meisten Gewerkschaftsvertreter, die sich in Aufsichtsräten von Mitbestimmungsbetrieben befinden, der SPD nahestehen, dann kann man doch wohl annehmen, daß unter den Vertretern des Kapitals verhältnismäßig weniger SPD-Mitglieder sind.

Rollmann

Die Kapitalisten in Deutschland gehören keiner Partei an.

Rovan

Auf der Betriebsebene sind nach meiner Meinung eine Reihe von Motivationen nicht zur Sprache gekommen. Dabei unterscheide ich zwischen der Motivation der Militanten und der Motivation der übrigen Belegschaft, obwohl zwischen beiden natürlich Beziehungen vorhanden sind. Eine erste Motivation scheint mir in dem Wunsch zu liegen, sich gegen Willkür, gegen nicht auf objektive Kriterien fußende Entscheidungen abzusichern. Das hängt mit den Sicherheitsbedürfnissen zusammen, die Herr Bauer erwähnte - ich deutete das im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit bereits an. Eines der großen Probleme des Arbeitnehmers ist die Nichtdurchschaubarkeit der Entscheidungen, deren Objekt er ist; es ist der Wunsch nach objektiven Kriterien für Entscheidungen. Partizipation ist in diesem Falle also motiviert als Aufstand gegen autoritäre, willkürliche Entscheidungen.

Ein zweites Motiv ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse. Von der Partizipation erwartet man höhere Löhne und weniger Angst um den Arbeitsplatz: Man will mitbestimmen, um etwas davon zu haben.

von Bismarck

Ist das Interesse an der Verbesserung der Lebensverhältnisse in jedem Falle ein Grund für Partizipation? Partizipation könnte doch im Gegenteil gerade deshalb wichtig sein, weil sie mit dazu beiträgt, gesamtgesellschaftlich oder gesamtwirtschaftlich zu denken. Sie könnte sich also unter Umständen - jedenfalls kurzfristig - auch gegen die eigenen Interessen richten.

Rovan

Ich möchte dann noch zwei psychologische Motivationen nennen. Ich meine einmal die Freude vieler Menschen am Entscheiden, an der Übernahme von Verantwortung; sie fühlen sich gewissermaßen dazu berufen. Diese psychologische Motivierung hängt eng zusammen mit dem moralischen oder emotionellen Profit, den man daraus zieht. Das andere ist eine intellektuelle Motivation: Man will verstehen und Einsicht haben und an globalen Verbesserungen mitwirken.

Meine letzte Motivation ist die ideologische: Man ist für Mitbestimmung, weil es in einen ideologischen Gesamtkomplex paßt.

von Bismarck

Ich breche jetzt die Debatte über das Stichwort "Motivation" ab. Vielleicht teilen Sie mein Empfinden, daß uns diese Runde eine Fülle von Anregungen eingebracht hat, obwohl wir das Thema nicht ausdiskutieren konnten.

Ich schlage Ihnen vor, daß wir uns im folgenden zunächst mit dem Problemkreis Information - Kommunikation beschäftigen.

Mahrenholz

Ich möchte zum Thema Information-Kommunikation Bemerkungen zu drei Stichworten machen: 1. das Problem der Sprache, 2. das Problem der Programmreflexion, 3. das Problem der finanziellen und personellen Mitbestimmung, wobei ich primär die Rundfunkanstalten im Auge habe, deren Geschäft mir vertrauter ist als das der Zeitungen.

Was die Sprache betrifft, so macht man sich zum Beispiel in den Rundfunkanstalten zur Zeit keinerlei Gedanken darüber, wie man das, was man sagt, richtig sagt. Ein Rundfunkkommentar muß doch so aufgebaut sein, daß beim Hörer etwas verändert werden kann. Das gilt natürlich auch für Zeitungskommentare. Aber Karl-Hermann Flach hat auf einer Tagung in Loccum einmal sehr pointiert

gesagt: "Wenn ich einen Kommentar in der Zeitung schreibe, erhalte ich Briefe zur Sache, wenn ich einen Kommentar im Hörfunk spreche, zu Mißverständnissen, und wenn ich im Fernsehen spreche, zu meiner Krawatte." Ist das unausweichlich? Es gibt keine Untersuchung darüber, wie sich das Empfängerprofil bei Redakteuren darstellt.

Die Sprache als notwendiges Kommunikationsmedium hat entweder eine demokratie-stützende, das heißt eine auf Verständnis und Teilhabe des Empfängers an politischen Fragen ausgerichtete oder eine demokratie-feindliche Funktion. Wer etwa das Partei-Chinesisch der äußersten Linken kennt, weiß, daß es nichts Elitäreres und Antidemokratischeres gibt als ihre Sprache. Mutatis mutandis besteht diese Gefahr aber bei allen Fachleuten des politischen Betriebs.

Rovan

In Italien wurde vor einigen Jahren eine Untersuchung durchgeführt, die zeigte, daß das Vokabularium des Informationsdienstes für einen sehr großen Prozentsatz der italienischen Bevölkerung weitgehend unverständlich ist.

Litten

Das Sprachproblem, Herr Mahrenholz, könnte gelöst werden, wenn man einmal Kommentatoren und Moderatoren von Rundfunk und Fernsehen absetzte, wenn also die Oberlehrer und die vielen Messiasse vom Bildschirm verschwinden würden, die nur auf Grund eines Mißverständnisses über Funktion und Aufgabenbereich der Moderatoren in diese Positionen hineingekommen sind.

Mahrenholz

Mein zweiter Punkt betrifft die Programmreflexion. Rundfunkanstalten sind hierarchisch aufgebaut. In ihnen wird nicht in institutioneller Form und ständig über die Frage nachgedacht: Was ist "dran"? Welche Form bietet sich für welches Thema und für welchen Empfängerkreis an? Sollten zum Beispiel die Rundfunknachrichten vielleicht gleich denen der BBC auch Reporterberichte zum Inhalt haben? Wie sollen Unterhaltungssendungen aussehen und so weiter?

Drittens die finanzielle und personelle Mitbestimmung. Die Frage, was und wo investiert wird, ist für die Mitarbeiter außerordentlich wichtig. Aber es beraten und entscheiden Gremien, die aus Vertretern der Parteien und sonstiger gesellschaftlicher Großorganisationen zusammengesetzt sind. Eine Mitwirkung des Betriebes findet nicht statt.

Auch bei der Personalpolitik gibt es keine entschiedene Rücksichtnahme der Parteien auf die Interessen der Anstalt. Wichtig ist nur, und zwar für alle Parteien gleichermaßen: Was frommt den Leuten, die uns nahestehen? Wie können wir sie so postieren, daß sie in unserem Interesse einen maximalen Einfluß auf die Programmanstalten ausüben?

Es liegt auf der Hand, daß alle drei Problemkreise etwas mit Demokratie und Partizipation zu tun haben.

von Bismarck

Man könnte sie auch unter dem Stichwort "Krise der Selbstverwaltung" behandeln.

Wocker

Wenn Herr Mahrenholz das Problem des Kommentars in den Vordergrund stellt, dann ist das eine sehr deutsche Erscheinung. In anderen Ländern, zum Beispiel in England, wird dagegen das Problem der Nachricht als sehr viel bedeutsamer angesehen. Ursprünglich war der einzelne Korrespondent einmal der Mitteiler dessen, was sich ereignete; heute machen die anonymen Organisationen der großen Agenturen das viel besser.

Das eigentlich Wesentliche ist die Information. Sie ist das, was der deutsche Bürger, wenn er abends um 20.00 Uhr vor dem Fernsehschirm sitzt, erfahren möchte. Und wenn man einmal über das Wesen der Information im Fernsehen nachdenkt, dann zeigt sich, daß dort Partizipation am wichtigsten wäre, aber gleichzeitig auch am unmöglichsten ist. Es kann vielleicht eines Tages eine Partizipation der Arbeitnehmer an der Leitung der Geschicke selbst der großen Konzerne geben, und zwar eine Partizipation, die den Namen verdient. Es kann unmöglich eine Mitbestimmung der Zuschauer darüber geben, was das Fernsehen an Information liefert. Sicher, es gibt die von Herrn Rován angesprochenen Räte und Beiräte; es gibt die hausinterne Mitbestimmung über die

Programmgestaltung. Das alles betrifft aber nicht die Information als solche. Sie ist jeden Tag neu und stellt den Journalisten vor Entscheidungen, die nur er allein treffen kann.

Mahrenholz

Aber die Feststellung von Auswahlkriterien ist doch möglich.

Wocker

Natürlich, aber solche Richtlinien ändern nichts an der Tatsache, daß bei Nachrichten, weder im Rundfunk noch im Fernsehen, eine Partizipation möglich ist. Besonders das Fernsehen hat aber die Illusion geweckt, daß es das beste Informationsmittel im Sinne der Massenaufklärung ist, das wir haben. Die Leute, die vor dem Fernsehschirm sitzen, haben die Illusion, daß dort die Wahrheit vom Tage herauskommt. Es gibt Umfragen, nach denen die Leute zum Beispiel der Meinung waren, daß, solange die CDU an der Regierung war, Herr Kopeke Mitglied der CDU sei, weil er die Fernsehnachrichten immer mit den Worten begann: "Die Bundesregierung hat heute dies oder jenes getan." Viele Leute glauben auch, daß das Fernsehen in der Bundesrepublik eine staatliche Institution sei.

Das alles zeigt, daß die Information nicht das gehalten hat, für was wir sie alle noch halten möchten, wenn wir täglich mit ihr umgehen. Da, wo die Partizipation also am nötigsten wäre, ist sie aus Gründen des Mediums und der Technik absolut undurchführbar. Es kann keine Zuschauerbeiräte geben, die in den Redaktionen sitzen und sagen: "Heute bringt Ihr dies oder das". Man kann die Information nicht zu einem Gegenstand der Teilnahme derjenigen machen, die informiert werden.

Glötz

Natürlich wird es keine Beiräte geben, Herr Wocker, die darüber diskutieren, welche Informationen Sie als Journalist bringen können und welche nicht. Aber in die heute völlig brachliegenden Publikumsorganisationen werden demnächst aktive Gruppen wie Jungsozialisten, Jungdemokraten und andere hineingehen und versuchen, diese Organisationen zu beleben, um in diesem Sinne Partizipation zu betreiben.

Herr Mahrenholz sprach von der unzureichenden Programmreflexion. Den Grund dafür sehe ich unter anderem darin, daß zu wenig konkrete Informationen über den Zuschauer vorliegen. Das wird sich aber ändern, wenn wir bessere Forschungsinstrumente benutzen, die uns differenziertere Aussagen über den Zuschauer liefern. Zum Beispiel wird es bald technisch möglich sein, beim Fernsehen das "feed back" über eine elektronische Rechenanlage zu organisieren. Diese können die Zuschauer anrufen, um zu einzelnen Sendungen positiv oder negativ Stellung zu nehmen. Damit würden wir eine erheblich schnellere Reaktion erhalten als das, was heute mit Infratest oder Infratan möglich ist, die uns erst erreichen, wenn die Sendung längst vergessen ist.

Jedenfalls werden wir auf diesem Feld sehr viel mehr Aktivität von selten des Publikums bekommen, als das bisher der Fall ist, und das ist auch für jene gut, die dort als Vermittler, als Journalisten tätig sind.

Diese größere Aktivität von Seiten des Publikums wird aber von vielen Redakteuren keineswegs begrüßt. Vorschläge, die etwa darauf hinauslaufen, einzelnen Gruppen, wie beispielsweise den Studenten, eigene Programmteile zu geben - was sicherlich schwer zu realisieren ist;- , werden von vornherein abgelehnt. Die Frontstellung gegenüber diesen Formen der Partizipation gibt es also selbst bei den Journalisten, die doch im Grunde viel aufgeschlossener gegenüber solchen Bemühungen sind als andere Gruppen der Gesellschaft. Wen wundert es da, daß die Widerstände gegenüber Partizipation in anderen Bereichen noch viel stärker sind.

Mahrenholz

Das vorrangige Problem ist, Partizipation am politischen Leben überhaupt durch eine richtige Form der Information zu ermöglichen. Diese Arbeit, die eine Voraussetzung für Demokratisierung unserer Gesellschaft ist, wird durch die Rundfunkanstalten unzureichend geleistet.

Bauer

Wenn wir alle Empfänger beim Fernsehen und Funk partizipieren ließen, würden wir auf Grund der derzeitigen Bewußtseinsbildung das Ergebnis erhalten, daß 99 Prozent der Zuschauer Unterhaltungssendungen verlangen. Um das zu verhindern, gelangen wir doch wieder dazu, nur eine bestimmte Minorität bei der Programmgestaltung partizipieren zu lassen. Deshalb kommt es im

Hinblick auf eine Verstärkung der Partizipation vor allem darauf an, die Aufnahmefähigkeit des breiten Publikums für kritische Information und Kommunikation zu entwickeln. Das scheint mir das zentrale Problem der Demokratisierung der Demokratie zu sein. Wir können die besten Informationen, Nachrichten und Kommentare haben, entscheidend ist, daß die Mehrheit der Menschen durch eine *éducation permanente* in die Lage versetzt wird, sie auch aufzunehmen und zu verarbeiten.

Grossner

Darum ist es auch nicht das entscheidende Kriterium, Herr Bauer, ob beim Publikum etwas "ankommt". Es gibt den Unterschied zwischen quantitativer und qualitativer öffentlicher Meinung.

Neth

Für mich ist vor allem die Frage wichtig, welche Möglichkeiten der Rundfunk und das Fernsehen heute haben, um die Menschen zum Mitagieren zu bewegen und nicht durch ein endloses Nuraufnehmen zu frustrieren. Sie sagen, Herr Bauer, 99 Prozent wollen nur Unterhaltung; aber auch die besten Informationen, Nachrichten und Kommentare sind letztlich nur Mitkonsum und kein Mitagieren. Eine *éducation permanente*, die nur die Aufnahmefähigkeit für sogenannte kritische Informationen vergrößert, verschiebt lediglich das Konsumbedürfnis vom rot lackierten Auto zum mehr oder weniger geistreichen Gespräch. Mitagieren üben ist der entscheidende Punkt. Hier sollten Rundfunk und Fernsehen nach Möglichkeiten suchen, die mehr bieten als Unterhaltung und Information.

Menke-Glückert

Ich habe in den letzten vier Jahren bei der OECD die Abteilung für Wissenschaftsressourcen geleitet, deren zentrales Thema Informationspolitik und Informationstechnik war. Eines der Projekte bestand in dem Versuch, eine Datenbank zu schaffen, die Problemprofile speichert und eine informierte Diskussion mit allen politischen und Interessengruppen ermöglicht. Langfristiges Ziel ist, im Fernsehen - so wie jetzt die Wetterkarte - eine Problemkarte zu zeigen, die jeden Fernsehzuschauer in die Lage versetzt, sich zu bestimmten kritischen Tagesproblemen direkt und sofort zu äußern. Damit würde die Möglichkeit geschaffen, daß die öffentliche Diskussion an den wirklichen Konflikten und nicht an Klischees, Stereotypen und zufälligen Meinungen erfolgt. Denn Demokratie bedeutet, Konflikte auszutragen und nicht, sie zu verschweigen.

Das Problem ist, wie wir eine informierte Öffentlichkeit bekommen, die in der Demokratie tatsächlich mitarbeiten kann, weil sie an den großen Informationsmonopolen teilhat. Mit Hilfe eines direkten Anschlusses an Datenbanken, die zu bestimmten Problemen nicht nur exakte Daten, sondern auch abrufbare Problem- und Interessenprofile oder Meinungen bereithalten, werden wir zu neuen Formen der Teilnahme kommen. Mit solchen Meinungsprofilen und gewichteten Positionen wäre es vielleicht möglich, eine viel informiertere und politisch relevantere Diskussion zu führen, als das heute der Fall ist.

Wocker

Eine viel manipuliertere Diskussion.

Menke-Glückert

Nicht notwendigerweise. Sind wir heute etwa nicht manipuliert durch Fernsehen oder Werbung? Das ist das Problem. Das beschriebene Informationssystem will ja gerade Pluralität erreichen. Natürlich ist es wichtig, wer Problemprofile, Argumente und Daten in die beschriebene politische Datenbank eingibt. Wenn genügend Interessenprofile von verschiedenen Interessengruppen eingegeben werden, ist es durchaus möglich, die Manipulation zu reduzieren. Im Grunde handelt es sich um eine Simulation der politischen Tages-Landschaft.

Genauso wichtig ist die Frage, wie ein Schutz vor dem Mißbrauch mit Daten zu erreichen ist. Ich denke etwa an die Personaldatenkartei, wie es sie in Dänemark und anderen Ländern gibt. Dort könnten theoretisch die sehr persönlichen Steuerdaten auch von anderen Behörden benutzt werden.

Nur mit diesen neuen Informations- und Kommunikationstechniken werden wir eine Reihe von Problemen unserer Gesellschaft lösen können. Ich denke etwa an den Vorschlag von Ernst von Weizsäcker in Heidelberg über Studien im Medienverbund. Das heißt, eine Reihe von Bildungsaufgaben, denen unser jetziges Erziehungswesen weder personell noch institutionell mehr gewachsen ist, wird von den Kommunikationsmedien übernommen. Schon heute sitzen viele amerikanische Kinder mehr Stunden vor dem Fernsehschirm als in der Schule. Bildung organisiert

sich in Zukunft über die Kommunikationsmedien immer mehr selbst. Dieser Vorgang wird in den bildungspolitischen Diskussionen - etwa im Deutschen Bildungsrat oder im Wissenschaftsministerium - bisher überhaupt nicht berücksichtigt.

Der Schritt vom passiven Fernseh-Medium zu einem aktivierenden und stimulierenden Informationsmedium, wie einem Datenbanksystem mit Telefon oder Vistaphon-Anschluß, ist sicher für weite Kreise der Bevölkerung noch ein weiterer Schritt. Aber vor fünfzig Jahren fuhren auch nur wenige begüterte Schichten oder Menschen in Elitepositionen Auto. Neue Kommunikationsmedien und Computer werden die Demokratie nicht überflüssig machen und ersetzen; sie werden im Gegenteil mehr an Chancen, mehr an Optionen und damit mehr an Demokratie bringen.

Altmann

Was Herr Mahrenholz und Herr Menke-Glückert über die Situation bei Hörfunk und Fernsehen gesagt haben, bedeutet eine Zentralisierung des Informationswesens, die nicht durch eine innerbetriebliche Mitbestimmung gelöst werden kann. Das gewaltige Machtinstrument der Massenmedien muß vielmehr neutralisiert werden, und das Recht der Redakteure und Journalisten, selbst darüber zu entscheiden, was sie formulieren wollen, sollte sogar außerordentlich beschränkt und kontrolliert werden. Ich bin hier gegen eine weitergehende Mitbestimmung und sehe in einer verantwortlichen Hierarchie eine der wenigen Möglichkeiten, um die Neutralität der Anstalten im Kampf der Gruppen und Parteien zu sichern. Ich verspreche mir gar nichts davon, wenn etwa die Jungsozialisten da nun auch noch mitmachen wollen. Natürlich bin ich mir darüber im klaren, daß die Besetzung der Beiräte heute eine willkürliche Angelegenheit ist, die einmal geklärt werden muß.

Mahrenholz

Je hierarchischer die Anstalt ist, um so gewichtiger wird doch die Frage, welches Parteibuch der Intendant haben muß.

Altmann

Die Verantwortlichkeit der Spitze muß gestärkt werden. Das geschieht nicht dadurch, daß, wie einige wohlmeinende Leute behaupten, ständig progressiv argumentiert wird. Es gibt ja auch Menschen, die konservativ sind und die in der Demokratie ebenfalls etwas sagen wollen. Ich wehre mich gegen die Einseitigkeit, die Wahrheitsgehalte etwa im Sinne von Herrn Merseburger oder im Sinne von Herrn Löwenthal herauszumodellieren. Hier ist Pluralismus notwendig, und den kann man nicht als Beschluß mitbestimmender Gremien innerhalb der Anstalten erreichen.

Wichtig ist die Ausweitung der Information, und da bedeutet das, was Herr Menke-Glückert so sehr hervorhebt, also die Entwicklung von Datenbanken und ähnlichem, hinsichtlich der Teilnahme doch eine Einschränkung der Information. Die breite Masse der Bevölkerung vermag diesen Informationen nicht mehr zu folgen. Sie dienen nur den Stäben der Verbände und Interessengruppen.

Menke-Glückert

Das soll doch gerade mit den neuen Kommunikationsmedien und Informationstechniken geändert werden.

Altmann

Dann können Sie hier aber nicht von Datenbanken reden. Dadurch wird die Unkenntnis der breiten Massen noch gesteigert; denn was da ausgeworfen wird, können nur Fachleute lesen und abrufen.

Menke-Glückert

Ihre Kinder werden mit dem Computer schon umgehen können; in wenigen Jahren wird es anders aussehen. Sie verbreiten Zukunftsangst, Herr Altmann. Information braucht nicht verstaatlicht, zentralisiert und manipuliert zu werden. Es ist eine Konkurrenz von allen Arten von staatlichen und privaten Datenbanken denkbar und viel wahrscheinlicher.

Altmann

Das sind utopistische Vorstellungen. Wenn die Information so technisiert und zentralisiert wird, ist eine Teilnahme in dem Sinne, daß die Gesellschaft zu einer permanenten Diskussion aktiviert wird, kaum denkbar. Dazu haben vernünftige Leute keine Zeit. Die Nation kann kein riesiger Stammtisch von

durch Datenbanken Informierten werden. Das Problem besteht gerade darin, daß Information und Kommunikation sich von den alten Prinzipien der Repräsentation trennen und sich technisch verselbständigen. Um ein Beispiel zu geben: Wenn der Bundestag diskutiert, werden Informationen, das heißt Meinungen über das, was er diskutiert, bereits im Fernsehen serviert. Die Abgeordneten befinden sich also in einer Art von Sekundär-Öffentlichkeit.

Das bedeutet ferner, daß der einzelne unauffhaltsam weiter mediatisiert, also mittelbarer gemacht wird. Eine Teilnahme an diesem äußerst zentralisierten Informationswesen ist für die Öffentlichkeit immer schwerer möglich. Information weitet sich quantitativ aus, verliert dabei aber an Qualität. Die Teilnahme des einzelnen an der Demokratie wird immer schwieriger und problematischer. Dieses Problem zeigt sich auch im Betrieb, in der Gemeinde und in den Parteien. Es geht um den einzelnen in der Demokratie, nicht um die Gruppen und nicht um die Demokratie an sich. Der einzelne kann in dieser schwierigen Situation kaum noch bestehen.

Menke-Glückert

Aus allen Ihren Problembeschreibungen lassen sich auch genau gegenteilige Schlußfolgerungen ableiten, Herr Altmann. Übertragung von Bundestagsdebatten läßt doch die Bevölkerung an politischer Diskussion teilnehmen, und zwar individuell. Der einzelne Bürger wird gerade nicht mediatisiert.

Litten

Wir haben uns bisher viel auf die öffentlich-rechtliche Konstruktion des Fernsehens zugute gehalten, weil wir glaubten, es damit aus den pluralen Interessen heraushalten zu können und dadurch eine objektive Information zu bekommen. Ich möchte in diesem Zusammenhang Günter Gaus zitieren, der in bezug auf den Springer-Konzern einmal gesagt hat, es geschehe dort weniger auf Anweisung des Verlegers als vielmehr durch Osmose. Auch in den öffentlich-rechtlichen Anstalten scheint mir mehr auf Osmose, auf Gleichklang, auf Einstimmung zurückzugehen als auf das, was man das Durchsetzen einer eigenen Meinung nennen könnte.

Grossner

Das sind funktionelle Abhängigkeiten.

Litten

Nein, das ist eben keine funktionelle, sondern eine eingebilddete Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung.

Zur Frage der Mitbestimmung möchte ich auf ein Plebiszit im Fernsehen hinweisen - Herr Rovon deutete das in seinem Referat schon an;- , das man auf seine Wirkungen untersuchen sollte. Ich denke an die Familiensendung von Dietmar Schönherr und Vivi Bach, bei der das Fernsehpublikum einer Stadt aufgefordert wird, zu einer bestimmten Zeit ihre häuslichen Lichtquellen ein- und auszuschalten. An den beim städtischen Kraftwerk registrierten Stromschwankungen kann eine Zustimmung oder Ablehnung der Zuschauer zu bestimmten Entscheidungen abgelesen werden. Hier ist in einem sehr trivialen Zusammenhang eine Möglichkeit gewählt worden, um ein Plebiszit zu gewissen Sachfragen herbeizuführen, ohne daß ich das jetzt generalisieren will.

Herr Altmann sprach eben von einer Art Sekundär-Öffentlichkeit. Ich halte es - etwa im Zusammenhang mit dem Kabelfernsehen - durchaus für denkbar, daß wir über eine unmittelbare Präsenz zu neuen Formen plebiszitärer Demokratie kommen werden, die allerdings sehr langer Erfahrungen bedarf, um nicht zu verheerenden Konsequenzen zu führen. Technologisch ist heute die Möglichkeit direkter Demokratie in ganz anderem Umfange gegeben als selbst zu den Zeiten Rousseaus. Dies zu Ende zu denken und auch in eine verfassungsrechtliche Form zu kleiden, scheint mir eine der Zukunftsaufgaben zu sein. Hier geht es also um die Teilnahme des Bürgers, der eine Vermittlung über das Medium Fernsehen bekommen kann.

Gretz

Wenn Herr Menke-Glückert von der Datenbank sprach, an die wir alle angeschlossen werden sollen, dann hat Herr Altmann mit Recht darauf erwidert, daß ein Zuviel an Informationen den Empfänger erst recht unmündig machen kann. Diese Problematik gilt auch im Industriebetrieb. Die Informationen müssen differenziert weitergegeben werden, indem wir uns in die Situation dessen hineinzusetzen suchen, der vom Wissensstandard oder von den Möglichkeiten an der Entscheidungsteilnahme her in

einer Position steht, die ihn deutlich zum Schwächeren abstempelt. Diesem Schwächeren gegenüber kann man nicht anders argumentieren als mit Methoden, die eher - fast möchte ich sagen - in christlichen Tugenden zu suchen sind, nämlich mit Offenheit, Geduld, Entgegenkommen. Dabei möchte ich Sie an Marx erinnern, der von genau dieser Basis her das, was später Marxismus genannt wurde, aufgebaut hat.

Wir sollten denjenigen, den wir informieren, über Alternativen aufklären und ihm sagen, mit welchen Methoden wir vor welchen Entscheidungen stehen. Die Entscheidungen im Industriebetrieb sind so komplex, daß der einzelne sie nur verstehen kann, wenn wir ihn an der Entscheidungsfindung selbst teilnehmen lassen. Das scheint mir ein Zwang für jede Unternehmensführung zu sein.

Rovan

Mein Eindruck von dieser Debatte über Information und Kommunikation läßt sich mit dem Titel des Films von Alexander Kluge "Artisten in der Zirkuskuppel: ratlos" zusammenfassen. Ich frage mich allerdings, ob das Problem nicht falsch gestellt ist. Hat Partizipation einen Sinn bei Rundfunk und Fernsehen, also gegenüber einer Institution, die auch etwas mit aufgeklärtem Despotismus zu tun hat? Wie Herr Wocker richtig sagte, ist die Idee demokratischer Abstimmungen über den Inhalt von Fernseh- und Rundfunkprogrammen absurd, weil sie eine Aktivität des Publikums fordert, an der Sie zu zweifeln scheinen.

Dagegen meint die Forderung nach hausinterner Mitbestimmung etwas ganz anderes, und darin unterscheidet sie sich nicht von den anderen Institutionen, über die wir sprachen. Das Fernsehen gehört so wenig den Fernsehschaffenden, wie die Kirche den Klerikern oder das Gaswerk den dort Tätigen. Nebenbei ist es zum Beispiel auch eine wichtige Frage, warum eigentlich die Konsumenten und die allgemeinen Wirtschaftslenkungskräfte bei der betrieblichen Mitbestimmung nicht mitberücksichtigt werden, sondern nur die Betriebsangehörigen. Leute, die zwar nichts mit dem Betrieb zu tun haben, aber an seinem Produkt interessiert sind, müßten also ebenfalls etwas zu sagen haben.

Herr Menke-Glückert sprach von den Möglichkeiten besserer Information, etwa durch das Fernsehen. Nun kann man nachweisen, daß diejenigen, die Informationssendungen sehen oder hören, die angebotenen Informationen nur in einem außerordentlich beschränkten Maße aufnehmen. Jedenfalls werden die auf diesem Wege übermittelten Informationen nur von einem sehr kleinen Prozentsatz der Zuhörer oder Zuschauer verarbeitet. Das Problem scheint mir insofern falsch gestellt zu sein, als die eigentlichen Wirkungsprobleme von Rundfunk und Fernsehen nicht in den Einzelsendungen, sondern im Globalangebot liegen. Ich bestreite also, daß die Unterscheidung zwischen Informationssendungen und dem übrigen Teil des Programms eine Bedeutung hat. Ich möchte überspitzt sagen: Nur Journalisten hören Informationssendungen mit Gewinn. Die eigentliche Problematik ist, welche Wirkungen das Gesamtangebot auf das kulturpolitische Verhalten an sich hat. Und diese Frage weigern sich die meisten Fernseh- und Rundfunkintendanten zu stellen. Es ist auch kein Fernseh- oder Rundfunkinstitut in der Lage, diese Frage zu beantworten, weil sie sich dazu nicht die wissenschaftlichen Mittel beschaffen.

Diese Institution ist primär darauf ausgerichtet, einen Konsum zu befriedigen und nicht Aktivitäten hervorzurufen, Herr Neth. Wir alle gehen da mit viel zu idealistischen Forderungen heran, die aus der Natur der Sache gar nicht erfüllt werden können. Die Frage, wie die Menschen zum Mitagieren kommen, ist ein ganz anderes Problem. Solche Aktivitäten laufen zwar auch über Rundfunk und Fernsehen, wenden sich aber mit bestimmten Zielsetzungen an genau bekannte Gruppen. In verschiedenen Ländern werden solche Sendungen nicht einmal von denselben Anstalten produziert. Beim gegenwärtigen Stand der Wissenschaft ist es nicht möglich, hier eine kongruente Antwort zu geben. Man könnte sagen, daß diese Institution sicherlich nicht die beste ist, die man sich denken kann; sie ist aber ohne Zweifel unter denen, die es heute im westlichen Europa gibt, eine der am wenigsten schlechten und hat wahrscheinlich zu einer globalen Volksbildung am meisten beigetragen. Ich bin davon überzeugt, daß die politischen Veränderungen im Sinne der Demokratisierung, die seit 1945 in der Bundesrepublik stattgefunden haben, zu einem guten Teil dieser Institution mitzuverdanken sind, auch ihrer relativen Autonomie, ihrem aufgeklärten Despotismus. Und es kommt gerade darauf an, wie man diese Struktur absichern kann.

Vielleicht könnte die Transparenz in den Fernseh- und Rundfunkanstalten erhöht werden. Denn die unumgängliche Passivität der Zuschauer und Zuhörer wird durch die Anonymität dieser Institutionen noch größer, da sie ihre Probleme - seien sie nun finanzpolitischer oder programmpolitischer Art - dem Publikum selten auseinandersetzen. Vielleicht wäre eine zusätzliche Bemühung um Selbstdarstellung von Nutzen. Aber darüber hinaus kann ich mir im Augenblick nicht vorstellen, wie der Anspruch auf

Partizipation, auf gezielte Veränderung der Informationsfähigkeit der Bevölkerung durch dieses Instrument verbessert werden soll. Das sind wahrscheinlich Aufgaben ganz anderer Institutionen, zum Beispiel der Schule.

von Bismarck

Natürlich ist es eine der wichtigsten Aufgaben des Hörfunks und des Fernsehens - mit seinen auch gefährlichen Faszinations-Wirkungsmöglichkeiten;- , Partizipation an der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zu wecken; in diesem Sinne müssen wir immer wieder neu das Programm aktivieren und zur Auseinandersetzung anregen. Diese Mahnung ergibt sich auch aus dieser Debatte.

Wir müssen uns aber davor hüten, gewisse Tendenzen von Mitbestimmung fordernd oder nachgebend allzu naiv auf sehr unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche zu übertragen. Sicher ist es möglich und nötig, den Stil des Miteinanderumgehens in den Funkhäusern zu verändern und auch festzulegen, wie das geschehen soll. Aber es ist Unsinn, mit Mehrheit darüber beschließen zu wollen, ob eine Sendung gebracht werden soll oder nicht. Ein solches Verfahren würde jedenfalls die Verantwortung in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt völlig verunklaren.

Aber gewiß läßt sich in den Funkhäusern im Sinne der Demokratisierung vieles besser machen. Der Informationszufluß von oben nach unten, von unten nach oben und auch kollegial auf der gleichen Ebene ist oft noch in keiner Weise in Ordnung. Das gilt auch für die mögliche Beteiligung verantwortlicher Mitarbeiter an vielen Entscheidungen für Vor- und Nach-Diskussionen bei wichtigen Sendungen und so weiter. Ich bin also der Meinung, daß die aktuellen Impulse im Sinne von mehr Partizipation auch ohne Veränderung der gesetzlichen Grundlagen vieles bewirkt haben und also heilsam sind. Die Ratlosigkeit, die Herr Rovon empfindet, mag zutreffen; aber sie hat auch hier unter uns eine Debatte ausgelöst, die ich für konstruktiv halte und die ich hiermit abschließen möchte.

Wir nähern uns jetzt dem Ende unseres Gespräches. Der Punkt, der unserem Plan zufolge noch zu behandeln wäre, ist Partizipation im Bereich der industriellen Arbeitswelt. Auf Grund der vorgeschrittenen Zeit sind wir sicher nicht mehr in der Lage, dieses wichtige Thema ausreichend zu diskutieren. Ich möchte jedoch Herrn Pirker fragen, ob er bereit ist, uns in kurzen Stichworten die besonderen Probleme der Industriellen Partizipation zu skizzieren.

Pirker

Die Frage der Partizipation im Betrieb ist ein so bedeutendes und komplexes Thema, daß man sich dabei nicht beschränken und es nicht in aller Kürze abhandeln kann. Ich möchte also darauf verzichten, hierzu noch Stellung zu nehmen.

von Bismarck

Sie haben natürlich vollkommen recht, Herr Pirker. Dieses Thema ist so umfassend und auch so wichtig, daß ich Herrn Körber zu erwägen bitte, über Partizipation im Betrieb einmal einen eigenen Gesprächskreis abzuhalten.

Darf ich Ihnen dafür vorschlagen, sich jetzt noch zu Punkten zu äußern, die Sie in der Diskussion nicht anbringen konnten, aber als Anregung aus diesem Gespräch für wichtig halten.

Bauer

Für mich als Politiker ist Demokratisierung der Demokratie in der Bundesrepublik ein Verfassungsauftrag, der beschleunigt durchgeführt werden muß. Das ist um so wichtiger, weil die Entwicklung des technischen Fortschritts erhebliche Probleme der Entfremdung des Menschen und der Gefährdung der Demokratie mit sich bringt.

Der Prozeß der Demokratisierung der Demokratie ist ferner ein Verfassungsauftrag im Sinne einer Vertiefung der sozialen Demokratie. Allerdings sollten wir daran denken, daß Demokratie aufhört Demokratie zu sein, wenn sie zu einem starren System wird. Sie muß als ein permanenter, lebendiger Prozeß der Reformen auf allen Gebieten gesehen werden, wie Willy Brandt gesagt hat.

Ich sehe die Demokratisierung der Demokratie weiter als eine zwingende Notwendigkeit im Hinblick auf den Wettbewerb der Systeme an, insbesondere deshalb, weil es möglich erscheint, bestimmte Konfliktsituationen à la longue auszuschalten. In den großen ideologischen Auseinandersetzungen dieser Zeit müssen wir bei der Demokratie, wie wir sie verstehen, von der Rechtsstaatlichkeit und vom Grundgedanken der Freiheit ausgehen.

Hans Mayer hat dann die Frage gestellt, wie Strukturveränderungen in unserer Demokratie stattfinden können. Dazu möchte ich sagen, daß unsere Aufgabe der Demokratisierung darin besteht, solche Strukturveränderungen ausschließlich durch Mehrheitsentscheidungen herbeizuführen und durch nichts anderes.

Stern

Ich möchte an ein Wort von Thomas Mann erinnern, der einmal gesagt hat: Wenn zwei von Demokratie reden, meinen sie keineswegs dasselbe. Das ist natürlich besonders dann der Fall, wenn über westliche und östliche Demokratien gesprochen wird. Das gilt aber auch für den Sprachgebrauch, in dem das Schlagwort Demokratisierung heute gemeinhin anzutreffen ist. Wenn man den Begriff der Demokratie im Sinne von Partizipation verwendet, dann müssen wir, Herr Bauer hat eben noch einmal daran erinnert, auch die Grenzen sehen, und diese Grenzen sind Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, Gewaltenteilung und so weiter. Ich möchte das auf eine kurze Formel bringen: Man kann einen Staat oder bestimmte Institutionen zu Tode demokratisieren, so wie man die Freiheit des Individuums in der Gesellschaft zu Tode egalisieren kann. Das impliziert, daß wir die Verantwortung deutlich sehen, die der einzelne als Entscheidungs- und Kompetenzträger hat - gleich an welcher Stelle er steht: ob im Staat, im Betrieb oder in der Universität.

Altmann

Demokratisierung ist auch für mich vor allem die Frage nach der Teilnahme des einzelnen. Ich sehe die Gefahr in der immer weitergehenden Mediatisierung des einzelnen, der zunächst einmal mehr Mut haben muß, seine Rolle in der Gesellschaft als einzelner zu spielen. Organisation ist für die Lösung dieses Problems sekundär.

Über eines müssen wir uns aber klar sein: Teilnahme am ökonomisch-sozialen Prozeß ist auch bei an sich geglückter Mitbestimmung kaum lösbar, ohne die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft und der Wirtschaft zu gefährden. Strukturveränderungen, die notwendig sind, werden die Gefahr der Mediatisierung des einzelnen noch verschärfen. Wir werden also wenig tun können, um die Probleme zu lösen. Die Spannungen innerhalb der Gesellschaft werden größer werden.

Mahrenholz

Ich stimme Ihnen zu, Herr Altmann, daß jede Demokratisierung auf den einzelnen abzielen muß - aber nur als letzten Zweck. Es geht an der Wirklichkeit des Menschen vorbei, wenn man daraus schließt, daß die Gruppen die Individuen mediatisieren. Eines der wesentlichsten Bildungsziele, das vom überkommenen Bildungssystem vernachlässigt wird, sehe ich darin, daß das Subjekt befähigt werden muß, seine Interessen zu erkennen, zu artikulieren und vor allen Dingen zu organisieren. Wenn das nicht geschieht, wird der einzelne nur noch machtloser. Wer eine Demokratisierung verlangt, in der das Individuum seine Rolle in der Gesellschaft als einzelner spielen soll und nicht von der Tatsache Kenntnis nimmt, daß die industrielle Massengesellschaft zur Organisation der verschiedenen Interessen geradezu verurteilt ist, der wird die Frustration des einzelnen gegenüber "denen da oben" nur fördern.

Mayer

Mir fällt an diesem Gespräch besonders die Unzulänglichkeit unserer theoretischen Ausbildung auf. Es ist doch eklatant geworden, daß wir mit den bisherigen staatsrechtlichen und staatstheoretischen Kategorien nicht mehr so recht arbeiten können. Weder die reine Rechtslehre noch der bürgerliche Nationalliberalismus und andere Theorien sind in der Lage, diese sich transformierende Gesellschaft adäquat zu erfassen. Leo Bauer hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Rechtsstaatlichkeit und die Freiheit zentrale Probleme sind.

Wenn aber die Gesellschaft in der Bundesrepublik nicht soziologisch und ökonomisch von Grund auf umstrukturiert wird, dann halte ich die Entwicklung der politischen Demokratie in diesem Lande für fraglich. Insofern bin ich skeptischer als Leo Bauer. In einer solchen sich umstrukturierenden Gesellschaft, die eine neue gesellschaftliche Form der Produktion und damit auch eine neue Form der politischen Demokratie finden muß, ist es aber unabdingbar, die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution, also die Menschenrechte, die Bürgerrechte und die Rechtsstaatlichkeit, zu wahren.

Es gehört zu den Grotesken der Geschichte, daß es ausgerechnet Stalin war, der auf dem neunten Parteitag der KPdSU in seinem Schlußwort erklärte, der Sozialismus müsse selbstverständlich die Prinzipien der bürgerlichen Revolution weiterführen und hochhalten. Obwohl gerade Stalin gegen diese Forderung immer wieder verstoßen hat, bleibt dieser Gedanke trotzdem eine richtige

theoretische Erkenntnis. Auch die Perspektive einer künftigen Demokratie kann ich mir anders nicht vorstellen.

Herr Neth hat immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Aktivierung der Menschen notwendig ist, um sie aus dem Konsumentenverhalten herauszubringen, auch im ästhetischen und im wissenschaftlichen Bereich. Diese Fragen sind zentral für die Perspektiven einer künftigen Demokratie. Wie kann eine solche Demokratie aber verwirklicht werden, wenn sie es mit Menschen zu tun hat, die Tag für Tag manipuliert werden? Ich habe einmal ein Experiment mitgemacht und mich acht Tage lang ausschließlich durch die Bild-Zeitung informiert. Danach habe ich mich gefragt, wie sich eine Demokratie verwirklichen soll, wenn Millionen Menschen nur auf diese Informationsmöglichkeit angewiesen sind.

Herr Rovon hat in seinem Referat auch die Frage gestellt: Kann Demokratie etwas anderes sein als die politische Lebensform einer klassenlosen Gesellschaft? Man kann auch umgekehrt fragen: Kann in einer klassenlosen Gesellschaft die politische Lebensform noch die einer Demokratie sein, und welche Art der Demokratie wäre das dann?

Wocker

Wenn Ich mir vorstelle, wie der Journalismus demokratisiert werden soll, dann scheidet zum Beispiel die Formel Mehrheitsbeschluß, die Herr Bauer erwähnte, schon aus. Journalismus mit Mehrheitsbeschluß ist eine höchst fragwürdige Sache, womit das Problem der Intellektualität dieser Arbeitsweise angesprochen ist. Aber das ist kein spezifisch journalistisches Problem. Der Professor ist zweifellos auch ein Intellektueller, und ein Unternehmer, der ein Dummkopf ist, wird nicht lange ein Unternehmer bleiben.

Worin liegt eigentlich der Unterschied zum Journalisten? Ein Professor hat in einem Seminar eine zwar von Semester zu Semester wechselnde, aber doch überschaubare Gruppe. Ein Unternehmer mit, sagen wir, tausend Angestellten produziert eine bestimmte Anzahl von Produkten; auch er kann diese Dinge überschauen. Wer aber ist der Partner des Journalisten? Der Leser, der Hörer - aber wer ist das? Das ist in jedem Fall eine nicht klar zu definierende Anzahl von Menschen, manchmal mehr, manchmal weniger. Die Unsicherheit des Journalisten rührt wohl auch daher, daß er seinen Partner nicht kennt und gar nicht weiß, in welcher Beziehung er eigentlich zu ihm steht: Kläre ich ihn wirklich auf, informiere ich ihn wirklich, will er meine Meinung überhaupt hören, oder was kann ich tun, damit er mich besser versteht? Das kann durch Leserbriefe nicht gelöst werden, denn wir alle wissen, daß nur eine qualifizierte, manchmal auch sich selbst disqualifizierende Minderheit von Leuten in dieser Weise reagiert.

Pirker

Der technische Fortschritt, der in der deutschen Tradition stets als völlig unpolitisch angesehen wird, ist für mich ein politisches Problem. Allen, die daran beteiligt sind - Unternehmen, Gewerkschaften und die staatlichen Präsenzen;-, sollte man klarmachen, daß Technik und technischer Fortschritt nicht anonym sind. Sie haben nicht nur gesellschaftliche Ursachen und gesellschaftliche Auswirkungen, sondern Technik und technischer Fortschritt kommen jeden Tag in den Betrieben und auch außerhalb zur Anwendung. Mit dem Bewußtsein, Technik sei sozusagen Schicksal oder werde nur von Spezialisten angewandt, ohne daß Kräfte innerhalb und außerhalb des Betriebes beteiligt sind, werden wir keine der anstehenden politischen und kulturellen Fragen lösen. Dieses Bewußtsein zu verändern, dazu möchte ich als Wissenschaftler und Journalist beitragen.

Grossner

Die theoretischen Erörterungen heute abend, inwiefern Möglichkeiten realer politischer Entscheidung bei Demokratisierungsprozessen gegeben sind, sollten an einzelnen Fällen exemplifiziert werden. Es gibt in einer Gesellschaft, die von Wissenschaft und Technik immer stärker abhängig wird, symptomatische Beispiele: Einmal die Universität und dann vor allem die Großforschungseinrichtungen.

Bei der Prioritätenbestimmung von Großforschungszielen werden zum Beispiel infolge der langfristigen, ungeheuren Investitionen, durch die Infrastruktur der Entwicklung von Wissenschaft und Technik und durch die Abhängigkeiten vom internationalen Wissenschaftspool Entscheidungsmuster vorgezeichnet: Die Marge, innerhalb derer Entscheidungen von einzelnen Wissenschaftlern, Politikern oder Wirtschaftlern gefällt werden können, wird immer kleiner. Man könnte also an einer solchen Einzelfrage anhand empirischer Beispiele wie Elektronische Datenverarbeitung, Kerntechnik und Luft- und Raumfahrt um nur die Themen der drei Hearings des Wissenschaftsausschusses im Dezember

1970 zu nennen - durchanalysieren, inwieweit das, was wir als reale politische Entscheidungen ansehen - etwa ein Projekt "Schneller Brüter" oder einen thermonuklearen Reaktor der Tokomak Linie am "Institut für Plasmaphysik" oder eine eigenständige deutsche Computer-Industrie zu starten;- , tatsächlich noch Entscheidungen sind oder nur Nachvollzug von Abhängigkeiten, die uns durch Parameter, wie ich sie eben genannt habe, schon vorgegeben sind.

Anhand empirischer Untersuchungen könnte man feststellen, welche Möglichkeiten die Mitarbeiter in solchen Großforschungsinstitutionen überhaupt noch haben, um über die Forschungsziele ihrer eigenen Institution mitzuentcheiden und damit in einen Prozeß der Politisierung der technischen Intelligenz einzusteigen. Denn möglicherweise könnte das, was Herr Mayer vorhin in einem orthodox-marxistischen Verständnis noch als Klassenstruktur bezeichnet hat, in einer neuen Form dazu führen, überholte Klassenstrukturen umzustürzen, und zwar von einer Basis der Gesellschaft aus, die nicht mehr eindeutig ökonomisch, sondern - wie etwa bei Marcuse und Habermas - auch durch Wissenschaft und Technik bestimmt ist.

Körper

Wenn ich empfehlen soll, was zu einer weiterführenden Demokratisierung in unserer Gesellschaft beitragen könnte, so beschränke ich mich bewußt auf Vorschläge, die ich selbst in die Praxis umsetzen kann, beziehungsweise auf Maßnahmen, die ich selbst als Beitrag zur Demokratisierung durchgeführt habe. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man mit mehr Mitbestimmung für den einzelnen in seiner unmittelbaren Umwelt beginnen sollte. Für mich als selbständiger Unternehmer ist das der Arbeitsplatz meiner Mitarbeiter. Da ich die paritätische Mitbestimmung durch unternehmensfremde Machtzentren, wie sie die Gewerkschaften darstellen, als eine Gefährdung für die Demokratie ansehe, halte ich mich an Artikel 14 des Grundgesetzes, wonach Eigentum zum Wohle der Allgemeinheit verwendet werden soll, und ich habe mein Unternehmen in eine gemeinnützige Stiftung eingebracht. Ich weiß, daß dieser industrielle Beitrag zur Demokratisierung wegen des in der Bundesrepublik vernachlässigten Stiftungsrechtes nur für wenige Unternehmen gangbar ist. Dennoch ist mir ein begrenzter Beitrag wichtiger als eine die ganze pluralistische Gesellschaft umfassende theoretische Zielprojektion, deren Verwirklichung außerhalb meiner Reichweite liegt. Ich meine praktische Beiträge zur Demokratisierung, die ich selbst anpacken kann, wie zum Beispiel den seit zehn Jahren bestehenden Bergedorfer Gesprächskreis.

von Pufendorf

Sie geben mir das Stichwort, Herr Körper: An dem Stand des Stiftungswesens läßt sich auch ablesen, welchen Stellenwert Partizipation und Bürgerinitiative als Elemente der Weiterentwicklung unserer demokratischen Lebensformen von unten her in der Öffentlichkeit und besonders bei den Vertretern des Staates einnehmen. Seitens der Bürokratie, aber auch bei Politikern, wird das Instrument "Stiftung" in seiner Bedeutung für die notwendige Kommunikation zwischen der staatlichen und der gesellschaftlichen Sphäre bisher wenig geschätzt. Das bei uns gültige Konzessionsverfahren macht deutlich, daß die Repräsentanten des Staates autonom zu bestimmen wünschen, was sie als gemeinnützig anerkennen wollen und was nicht. Die Vorschläge für eine bundeseinheitliche Regelung des Stiftungsrechtes, die vom Deutschen Juristentag erarbeitet wurden und die einerseits die heillose Rechtszersplitterung beseitigen und andererseits anstelle des Konzessionsverfahrens für die Stiftungsgenehmigung das Normativverfahren setzen sollen, haben bisher zu keiner Gesetzesinitiative geführt. Dagegen schafft der Staat Stiftungen, die nichts anderes sind als Instrumente zur Ausdehnung des Einflußbereichs der Exekutive unter Ausschluß der Kontrolle der Öffentlichkeit. Das bewirkt letztlich eine Aushöhlung des Stiftungsgedankens.

Die Öffentlichkeit - noch vielfach befangen in obrigkeitstaatlichen Vorstellungen der Vergangenheit erkennt nicht, wie sich heute Staat und Gesellschaft in einem Prozeß gegenseitiger Durchdringung befinden. Ebenso wird ihr auch nicht die Kommunikationsschwäche bewußt, die zwischen beiden Bereichen weithin besteht. Wir leiden an einem Mangel an intermediären Organisationsformen. Eines der wichtigsten Instrumente in diesem Felde ist das Rechtsinstitut "Stiftung". Damit ist Stiftungspolitik ein integrierender Bestandteil der Strategie zur Weiterentwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens.

Neth

Jeder von uns sollte nach diesem Gespräch einen Tätigkeitskatalog aufstellen, wo er in der Demokratie "unten" tätig werden kann und seine Wirksamkeit vielleicht größer ist als "oben". Ein Beispiel dafür wäre, aus einem mitkonsumierenden Bergedorfer Gespräch einmal eine Bergedorfer Aktion werden zu lassen, und zwar in dem Sinne, daß man einer Gemeinde die Möglichkeit zum

Mitagieren gibt. Dabei könnte jeder von uns mit seinen Informationen helfen. Das Beispiel, daß eine Gemeinde in toto mitagiert, ist meines Erachtens für die Demokratisierung wesentlich geeigneter als ein noch so geistreicher Kommentar im Rundfunk oder im Fernsehen. Wir hier müßten es zum Beispiel fertigbringen, im Rahmen einer solchen Aufgabe in unseren zwischenmenschlichen Verhaltensweisen so viel Zuwendung für den anderen zu erlernen, daß wir wenigstens von ihm verstanden werden und darüber hinaus ihn, den wir informieren wollen, wirklich verstehen lernen, um gemeinsam zu agieren.

Rovan

Mit einer confessio habe ich begonnen, mit einer confessio will ich schließen. Meine nächste Aufgabe in der Universität wird es sein, Wahlen zu organisieren. Dabei gilt es, die Idee einer autonomen Universität gegenüber einem konservativen Ministerium und einem reaktionären politischen Abenteuerium der Pseudo-Maoisten sowie der Gleichgültigkeit der Mehrheit der Kollegen und Studenten zu verteidigen. Das zeigt wiederum, daß die Partizipation ein Element von aktiven Minderheiten ist. Die Autonomie der Universität ist ein noch nicht zu Ende gedachtes Problem mit all den Folgen, die das in einem bisher überzentralisierten Großunternehmen hat. Es muß geklärt werden, was für die französische Universität Autonomie bedeuten kann in bezug auf Konkurrenz, auf Freiheit sowie auf das Infragestellen von nationalen Diplomen und Prüfungen. Was kann Selbstverwaltung in der Universität heute bedeuten? Diese Frage zwingt mich zu der Überlegung, ob die Vorstellung, die ich jahrelang hinsichtlich der Partizipation in der Universität hatte, noch stimmt, ob wir hier nicht am verfehlten Objekt handeln. Hans Mayer hat vorhin gesagt, daß es in der Universität weniger um Partizipation, sondern vielmehr um das Recht zur contestation, zur Infragestellung geht.

Auf dem Universitätssektor ist unsere nächste Aufgabe die Öffnung der Universität im Sinne der *éducation permanente*. Was machen wir mit den sechzig Prozent Nicht-Abiturienten an meiner Universität? Sie kann zu einer Getto-Universität werden, aber auch den Anstoß zu einer allgemeinen Öffnung hin geben. Wenn die Universität in das System der *éducation permanente* einbezogen wird, hat das eine Veränderung der gesamten Struktur der Universität auch im pädagogischen Sinne zur Folge. Sie wird dann Teil eines Gesamtprozesses und in diesem Sinne gesellschaftlich. Von diesem archimedischen Punkt aus ist die Aufhebung der bürgerlichen Universität im Gange. Sie muß sich dann darüber klar werden, welche Rolle sie in dem gesamten Bildungsprozeß der Gesellschaft, in der Auseinandersetzung mit anderen Problemen zu spielen hat.

Mein zweites Arbeitsgebiet ist die Leitung einer wichtigen Organisation der Erwachsenenbildung. Auch da geht es um die Verwirklichung der *éducation permanente*. Diese Aufgabe hat das Ziel, das Recht auf Bildung in allen Lebenslagen und auf allen Lebensgebieten konkret zu verwirklichen. Das schließt zum Beispiel das Recht auf zusätzlichen bezahlten Urlaub ein.

Eine weitere Aufgabe im Rahmen einer demokratischen Politik ist die aktive Teilnahme an der Planung der kulturellen Entwicklung in ihrem Zusammenhang mit den anderen Gebieten der Planung. So geht es bei der Vorbereitung des sechsten Planes in Frankreich um die Infragestellung des jetzigen Plansystems, um den Aufbau eines Gegenplanes und um die dafür nötigen demokratischen Organisationen. Das mündet in die Überlegung ein, welche Voraussetzungen wir zu einer wissenschaftlichen Erfassung der Entscheidungsprozesse benötigen. Wir wissen viel zu wenig über die Art und Weise, wie Entscheidungen gefällt werden, und können deshalb kaum eine Mitwirkung an ihnen ermöglichen. Die meisten Entscheidungen werden in einer vorsintflutlichen Art getroffen. So ist es zum Beispiel in Frankreich heute nicht mehr möglich festzustellen, wer die Entscheidung getroffen hat, den Concorde zu bauen, oder wer beschlossen hat, daß in Paris ein zentrales regionales Metrosystem geschaffen wird, das ausschließlich Gegenden bedient, in denen niemand wohnt. Es ist einfach nicht mehr festzustellen, wer diese Entschlüsse gefaßt hat und wann sie gefaßt worden sind. Es ist für mich auch ein Ergebnis dieser Tagung, daß hier eine Problematik besteht, die ungenügend erkannt ist, weil man im Grunde nicht weiß, wie Entscheidungen zustande kommen.

Mayer

Ich habe doch noch eine letzte Frage an Herrn Rován. Sie deuteten in Ihrem Referat die Zusammenhänge zwischen Unordnung und Ungerechtigkeit an. Und da erlauben Sie, daß ich an ein Wort von Goethe anknüpfe, der einmal gesagt hat: "Lieber eine Ungerechtigkeit als eine Unordnung ertragen." Was geschieht aber, wenn in einer Gesellschaft - nicht in der Bundesrepublik - die Ungerechtigkeit im sozialen Sinne so groß geworden ist, daß sie mit Unordnung schlechthin identisch ist, wo also die bestehende Ordnung nur noch als Ungerechtigkeit empfunden werden kann? Meine Erfahrungen, nicht zuletzt im vorigen Jahr in den USA, zeigen, daß tendenziell solche Möglichkeiten bestehen. Wie kann dann noch von einer Demokratie und ihrer Entwicklung gesprochen werden?

Rovan

Ich habe im Referat die provokatorische Formel gebraucht: Die Revolutionäre sind der Brennstoff der Reformen. Das heißt, die Berechtigung einer radikalen Umwälzung kann eigentlich nur von den Reformisten anerkannt werden. Wenn dieser Brennstoff nötig wird, dann bedeutet es immer einen tragischen Moment in der Geschichte. Zweifellos leben wir nicht in einer idyllischen Geschichte, und es gibt nichts Anti-Idyllischeres als meine so boshafte Formel. Es gibt also gewisse geschichtliche Ereignisse, die für die Weiterentwicklung unabdingbar sind und die trotzdem nur instrumental einen Sinn haben. Das ist eine Tragik, die jeder nur mit seiner Metaphysik lösen kann. Das Blut der Märtyrer, die für die rechtsstaatliche Ordnung gefochten haben, ist noch nicht getrocknet. Jede evolutionäre Weiterentwicklung braucht in den Krisenmomenten die Opfer, sagen wir, der Französischen Revolution; der Kommune von 1870 und so weiter. Trotzdem scheitert jeder dieser revolutionären Akte in sich selbst und ist nur durch das graduelle Fortschreiten der Veränderungen historisch gerechtfertigt. Diese Tragik ist einfach nicht aufzuheben.

von Bismarck

Es wäre vermessen, auch im Blick auf die Uhr, wenn ich es jetzt noch unternehmen würde, inhaltlich irgendetwas zusammenzufassen. Ich enthalte mich dessen völlig. Mein Dank gilt in erster Linie Joseph Rován, der mit seinem Referat eine lebendige Debatte eingeleitet hat, weil er so fragend, so im Sinne des Impulses gesprochen hat und uns damit die Möglichkeit gab, an irgendeiner Stelle einzuhaken und weiterzudenken.

Körber

Meine Herren, lassen Sie mich zum Abschluß unseres Gespräches den Versuch machen, meinen Eindruck in wenigen Sätzen zusammenzufassen.

Wir hatten für unser Vorhaben die Formulierung "Demokratisierung der Demokratie" gewählt, weil angesichts der Wandlungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik - und damit der Veränderungen unserer Gesellschaft selbst - neu bedacht werden muß, was Demokratie heute ist, welchen Weg sie nehmen kann. Ich verstehe Demokratie also nicht mehr als statischen Verfassungsbegriff, sondern als Entwicklung unserer Gesellschaft und ihrer Institutionen.

Daraus ergaben sich eine Fülle kritischer Fragen. Es ist nicht leicht - das haben wir auch heute abend erfahren;- , sie richtig zu stellen, noch schwieriger ist es, sie praktisch zu beantworten. Deshalb sind für die Fortentwicklung einer offenen und pluralistischen Gesellschaft kritische Gespräche kein Luxus, sondern elementare Voraussetzung für das Gelingen demokratischen Fortschritts: zur Klärung der eigenen Positionen, für das Zustandekommen tragfähiger Kompromisse, zur Einflußnahme auf die Politik. So verstehe ich den Sinn unseres heutigen Gespräches.

Drei Probleme haben sich nach meiner Meinung in den Vordergrund geschoben: Das erste liegt in der Frage, wie und wo mehr demokratische Teilnahme an politischen und auch an gesellschaftlichen Entscheidungen möglich ist: Das Problem erstreckt sich bekanntlich vom parlamentarischen System bis hin zur betrieblichen Mitbestimmung. Es betrifft mehr oder minder alle Institutionen.

Aber - zweitens - welche Form von Zusammenschlüssen brauchen wir, um eine breitere und intensivere Anwendung des demokratischen Prinzips in Gang zu setzen und zu sichern? Parteien und Verbände können wahrscheinlich nicht die einzigen kompetenten Organisationen demokratischer Aktivität in der Gesellschaft sein. In jedem Falle ist für sie die Anpassung an den ständigen Veränderungsprozeß Bedingung ihrer Wirksamkeit, vielleicht sogar ihrer Existenz.

Drittens sind Elitenbildung und Elitenkontrolle unter den Arbeits- und Lebensbedingungen der Massendemokratie zum Problem geworden. Hier scheint es heute an Spontaneität und Initiative zu fehlen.

Bei alledem genügt es nicht, nur theoretisch zu diskutieren. Wir haben auch keine ausreichende theoretische Selbstsicherheit und Kompetenz mehr. Anstelle der Theorie tritt mehr und mehr die Kritik. Das gilt offensichtlich auch für das Verhältnis von Ideologie und Theorie.

Um so wichtiger ist es, die Praxis zu durchdenken und Erfahrungen zu analysieren. Dabei hat Diskussion heute nicht mehr allein die Aufgabe, Überzeugungen und theoretische Erkenntnisse miteinander in Zusammenhang zu bringen, sondern sie hat vor allem Erfahrungen zu verwerten und aus ihnen Konsequenzen zu ziehen.

Damit bin ich bereits bei unserem nächsten Gesprächskreis, in dem Initiativen und Spontaneität eine ebenso große Rolle spielen wie unser Vermögen zur praktischen Gestaltung von Aufgaben: Ich meine die Reform der Infrastruktur unserer Gesellschaft.